



Alexander Hensel, Stephan Klecha

# Die Piratenpartei

Havarie eines politischen Projekts?

Eine Studie der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt/Main 2013

OBS-Arbeitsheft 74  
ISSN 1863-6934 (Print)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autoren:

Alexander Hensel, Stephan Klecha

Göttinger Institut für Demokratieforschung

Weender Landstr. 14

37073 Göttingen

[info@demokratie-goettingen.de](mailto:info@demokratie-goettingen.de)

Projektmanagement:

Jupp Legrand, OBS

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.

[www.textfeile.de](http://www.textfeile.de)

Hofheim am Taunus

Satz und Gestaltung:

[complot-mainz.de](http://complot-mainz.de)

Bildnachweis:

Titel: Karikatur Gerhard Mester

Druck:

[www.druck und so ... GmbH](http://www.druckundso...gmbh.de), Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

15. März 2013

Die OBS dankt der Hans-Böckler-Stiftung (siehe [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)) für ihre Beteiligung an der Förderung des Projekts. Ohne diese Unterstützung der HBS hätte die OBS die „Piraten-Studie“ nicht realisieren können.

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei kostenlos herunterzuladen.

**Mehr Infos im Netz unter [www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de)**

## Vorwort

Erstmals seit dem Entstehen der Grünen zu Beginn der 1980er Jahre schien eine neue Partei das politische System der Bundesrepublik aufzumischen: Die Politneulinge von den Piraten versprachen Transparenz, Basisdemokratie, Bürgerbeteiligung, Schwarmintelligenz und einen anderen Stil. Besonders bei Jung- und Erstwählern, aber auch bei etlichen bisherigen Nicht- und Protestwählern kam das gut an. Auf einer regelrechten Erfolgswelle segelte die junge Partei 2011/2012 in gleich vier Landtage, erklimmte in den Umfragen beachtliche Höhen und schien zu einer festen Größe im politischen System zu werden. Der Kurs war eindeutig, das „Entern“ auch des Deutschen Bundestages bei der Wahl 2013 die klare Perspektive.

So triumphal die ersten Erfolge und so hoffnungsvoll die Erwartungen vieler Beobachter waren, so jäh war zuletzt der Niedergang der Piraten in den Umfragen. Das Scheitern bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 scheint aus Sicht mancher Beobachter in den Medien mehr als nur das vorläufige Ende des Piraten-Hypes darzustellen; vom Ende des Parteiprojekts insgesamt ist schon die Rede.

Doch steckt hinter dem zeitweiligen Erfolg der Piraten nicht mehr als nur eine kurzzeitige Aufwallung der Wähler und die fluide Faszination des Neuen in den Medien? Der durch die Digitalisierung bedingte gesellschaftliche Wandel verändert die Arbeitsbeziehungen, beeinflusst die Mediennutzung, transformiert kulturelle Ausdrucksformen und verändert ökonomische wie soziale Austauschbeziehungen. In Gesellschaft, Medien, Politik und Wirtschaft vollziehen sich tief greifende Umbrüche – vor diesem Hintergrund haben die Piraten einen Teil ihres vormaligen Erfolgs erzielen können. Das alles aber ist nicht verschwunden, nur weil die ohnehin volatile politische Stimmung jetzt gegen die Piraten ausschlägt, sie in Meinungsumfragen eingebrochen sind, persönlicher Zwist und parteiinterner Streit die Schlagzeilen bestimmen. Offensichtlich gibt es jenseits der tagespolitischen Aufgeregtheiten ein Wurzelgeflecht von Entwicklungen, das es einer neuen Partei prinzipiell ermöglicht, sich im politischen System festzusetzen. Die Frage, ob es die Piratenpartei ist, die sich im Parteiensystem etablieren kann und zu einem stabilen Faktor der Politik wird, ist im Frühjahr 2013 allerdings nicht eindeutig zu beantworten, sondern weiterhin offen.

So lautet zumindest die Einschätzung der Göttinger Politikwissenschaftler Alexander Hensel und Stephan Klecha, die – initiiert von der Otto Brenner Stiftung und mitfinanziert von der Hans Böckler Stiftung – ein Jahr lang die Piratenpartei untersucht haben. Die Studie liefert eine komprimierte, aber doch umfassende Darstellung des neuen politischen Akteurs. Unsere Autoren erörtern die Funktionsweise

der Partei, die so anders agiert und kommuniziert als die etablierten Parteien. Sie geben Auskunft über ihre Mitgliederentwicklung, Wähler und Sympathisanten. Skizziert werden das Programm und die Ideologie der neuen Partei, aber auch wie die etablierten Mitbewerber auf die neue Herausforderung reagieren. Schließlich berichten die Autoren über die Arbeit der Piratenpartei in den Parlamenten.

Die Otto Brenner Stiftung dankt dem Leiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, Herrn Prof. Dr. Franz Walter, dass er die Idee zu einer „Piraten-Studie“ aufgriff und half, an seinem Institut die Voraussetzungen für diese Untersuchung zu schaffen. Unser besonderer Dank gilt den verantwortlichen Autoren Alexander Hensel und Stephan Klecha. Ihnen ist mit der Piraten-Studie der OBS eine gute Mischung aus Analyse, anschaulichen Beispielen, erörternden Erwägungen und politikwissenschaftlichen Zusammenhängen gelungen.

Wir hoffen, mit unserer aktuellen Studie die öffentlichen Diskussionen im Superwahljahr 2013 begleiten zu können. Die vorurteilsfreie Darstellung, die kritische Analyse und die abwägende Interpretation des neuen politischen Akteurs durch unsere Autoren soll helfen, Wandlungsprozesse im Parteiensystem angemessen verfolgen und besonders die gegenwärtige Entwicklung der Piratenpartei besser einordnen zu können.



Jupp Legrand  
Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt/Main, im März 2013

# Inhalt

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Entwicklung und Geschichte .....</b>	<b>7</b>
2.1 Internationale Piratenwelt .....	7
2.2 Deutschlands Piraten: Aufstieg der Außenseiter .....	9
2.3 Zwischen Idealen und Notwendigkeiten .....	13
<b>3. Organisation der Piraten .....</b>	<b>16</b>
3.1 Die formale Gliederung .....	16
3.2 Basisdemokratie und Delegation von Interessen .....	18
3.3 Zwischen piratigem Mandat und politischer Strategie .....	22
3.4 Kommunikationswege .....	29
3.5 Flexibilität und Komplexität als Organisationsherausforderung .....	34
3.6 Flaute in der Kasse der Piratenpartei .....	35
<b>4. Programm und Ideologie .....</b>	<b>38</b>
4.1 Programmentwicklung .....	38
4.2 Programmatische Ausrichtung .....	40
4.3 Jenseits der Grundlagen .....	46
4.4 Von Grundsätzen zum Konkreten .....	48
<b>5. Mitglieder und Sympathisanten .....</b>	<b>51</b>
5.1 Beitrittswellen und Themenkonjunkturen .....	51
5.2 Glücksritter, Parteiwanderer und merkwürdige Gestalten .....	54
5.3 Das gesellschaftliche Umfeld der Partei .....	56
5.4 Jenseits von Geschlecht und Quote? Frauen bei den Piraten .....	58
<b>6. Wählerschaft der Partei .....</b>	<b>62</b>
<b>7. Das politische System reagiert .....</b>	<b>66</b>
7.1 Kommunikative und organisationskulturelle Reaktionen .....	66
7.2 Inhaltliche Reaktionen .....	68
7.3 Strategische Orientierungen .....	69

8. Piraten in Parlamenten ..... 72

9. Fazit ..... 80

**Anhang**

Glossar ..... 88  
Literaturverzeichnis ..... 97  
Verzeichnis der Tabellen ..... 106  
Hinweise zu den Autoren ..... 107  
Danksagung ..... 107

[www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de) +++ [www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de) +++ [www.piratenstudie.de](http://www.piratenstudie.de) +++

Neben der Printfassung, die die wichtigsten Ergebnisse unseres Forschungsprojekts öffentlich zugänglich macht, informiert die OBS unter [www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de) zusätzlich über die Studie.

Hier können weitere Exemplare des Arbeitsheftes 74 elektronisch bestellt und/oder die Piraten-Studie als PDF heruntergeladen werden. Neben Materialien finden sich hier auch Reaktionen auf die Studie, Veranstaltungshinweise, Interviews mit den Autoren und z.B. eine Linksammlung interessanter Seiten, die sich ebenfalls mit den Piraten beschäftigen.

Bei der OBS entsteht eine weitere Kurz-Studie zu den Piraten. Autor Herbert Hönigsberger untersucht „die soziale Frage bei den Piraten“. Informationen zu diesem Arbeitspapier der OBS, das nur online zur Verfügung stehen wird, finden Sie ebenfalls in dem Zusatzangebot der Otto Brenner Stiftung.

[www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de) +++ [www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de) +++ [www.piratenstudie.de](http://www.piratenstudie.de) +++

## 1. Einleitung

Seit ihrem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus ist die Piratenpartei ins Visier einer breiteren Öffentlichkeit geraten. Während die Medien die Politneulinge anfangs noch interessiert bis wohlwollend begleitet hatten, nahmen im Verlauf des Jahres 2012 kritische Einschätzungen und Interventionen deutlich zu. Politische oder organisatorische Unzulänglichkeiten der Partei wurden zunehmend aufgegriffen und zuweilen auch skandalisiert. Die Piraten lieferten durch ihre im Internet offengelegte interne Kommunikation hierfür ausgiebig Stoff. Auch musste die Partei bei den vorhandenen programmatischen Fragmenten wie beim Urheberrecht auf einmal heftigen Gegenwind zur Kenntnis nehmen.

Zwar steht die Piratenpartei nach dem Einzug in mittlerweile vier Landtage und einem erheblichen Mitgliederwachstum auf den ersten Blick noch immer so gut da wie keine andere Parteineugründung seit dem Aufziehen der Grünen. Dennoch birgt das Wahljahr 2013 erhebliche Unsicherheiten. Das deutliche Scheitern in Niedersachsen zeigt, dass von einer Etablierung der neuen Partei keineswegs die Rede sein kann. Niederlagen bei den noch ausstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen sowie bei der Bundestagswahl könnten dazu führen, dass die Partei wieder in die Bedeutungslosigkeit abgleitet.

Für ein Forschungsvorhaben wie das unsere, bei dem wir nach der Herkunft, den Zielen und den Etablierungschancen einer neuen Partei fragten, besteht natürlich immer ein Restrisiko im Falle eindeutiger Antworten. Dennoch lassen sich im Lichte der Entwicklung der Pira-

ten im Laufe des Jahres 2012 einige längerfristige Trends beschreiben und grobe Prognosen abgeben. Grundlage unserer Untersuchungen bildet eine breit angelegte qualitative Methodik. In deren Mittelpunkt stehen Beobachtungen, Interviews sowie Analysen der umfangreichen, öffentlich zugänglichen Präsenz der Piratenpartei im Internet. Bei Parteitagen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, beim bundesweiten Vorstandstreffen, bei der Konferenz OpenMind 2012, bei lokalen Stammtischen und anderen inhaltlichen Treffen auf den verschiedenen Ebenen haben wir die Interaktion zwischen den Piraten, auch jenseits der verbalen Ebene, verfolgt. Mit über 100 Vertretern der Piratenpartei haben wir entweder kleinere, unstrukturierte Expertengespräche oder leitfadengestützte, halbstandardisierte Gespräche von unterschiedlicher Dauer geführt.

Nachdem wir einen Teil unserer Ergebnisse bereits Mitte 2012 publiziert haben (Hensel/Klecha/Walter 2012), sind die damals schon vorhandenen Zweifel hinsichtlich einer dauerhaften Verankerung im Parteienspektrum eher noch gestiegen. Einige offenkundige Schwächen hat die Piratenpartei zwar über einen längeren Zeitraum hinweg durch eine unkonventionelle politische Kultur und Organisation kompensieren können. Vielfach kokettieren die Piraten erfolgreich mit einem spielerischen Dilettantismus, der die eigene Unvollkommenheit offen thematisiert. Allerdings ließen der Charme des Neuen, der Reiz des Anarchischen und die mediale Nachsicht im Umgang mit Mängeln der neuen Partei im Laufe des Jahres 2012 erkennbar nach.

Spätestens ab dem Spätsommer 2012 blies den Piraten ein überaus scharfer Wind entgegen. Mit einem Mal war von „Flaute“ (Becker/Meiritz/Theile 2012) und einem „schlaffen Segel bei den Piraten“ (Thiede 2012) zu lesen. Die zuvor zweistelligen Umfragewerte sanken beständig. Mit dem Scheitern bei der niedersächsischen Landtagswahl schien für manche Beobachter das Ende des Piratenerfolgs besiegelt zu sein (Bewarder 2013; Reinbold 2013).

Allerdings rangieren die Piraten in Umfragen unverändert auf dem Niveau der zwar siechen, zuletzt bei Wahlen aber erfolgreichen FDP. Mithin sind die Chancen auf einen Einzug in den Deutschen Bundestag 2013 weiterhin gegeben. Im Gegensatz zum Piraten-Hype des ersten Halbjahrs 2012 ist es im Augenblick (d. h. Anfang Februar 2013) jedoch wahrscheinlicher, dass ein solcher Erfolg ausbleibt.

## EINLADUNG

Wir laden – wenige Tage vor dem nächsten Parteitag der Piraten – herzlich ein zur Präsentation und Diskussion der Ergebnisse der aktuellen OBS-Studie

### Die Piratenpartei – Havarie eines politischen Projekts?

und zu einem intensiven Austausch über die strategische Ausrichtung und die Chancen der Piratenpartei in den kommenden Wahlauseinandersetzungen.

Mit den OBS-Autoren: **Alexander Hensel**, **Stephan Klecha** und **Herbert Hönigsberger** („Die soziale Frage bei den Piraten“)

und den „Piraten“: **Matthias Schrade**, Ex-Vorstand, jetzt Koordinator Bundestagswahlkampf 2013, und **Julia Reda**, Junge Piraten, Piratenpartei, Hessen

Moderation: **Marie Katharina Wagner**, FAS, politische Redakteurin und Buchautorin „Die Piraten“, Gütersloh 2012

**Dienstag, den 7. Mai 2013, 19:00 Uhr**

**main\_forum (Vorstand der IG Metall)**

**Wilhelm-Leuschner-Str. 79**

**60329 Frankfurt am Main**

Mehr Infos zu den OBS-Studien, zu Veranstaltungen usw. unter: [www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de)

Das Team der OBS

## 2. Entwicklung und Geschichte

Bei der Piratenpartei handelt es sich um eine genuine Parteinuigründung, deren Wurzeln und Charakter eng mit dem relativ neuen Konflikt um die Folgen der digitalen Revolution verknüpft sind. Dieser bildet den Ausgangspunkt für die Entwicklung der grundlegenden Agenda, Kernklientel und politischen Kultur der Piraten (Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 7 f.). Hierbei griff die Piratenpartei zwei vom Parteiensystem bislang nicht hinreichend beachtete Themen auf: Erstens die Auseinandersetzung um die Nutzung und Regulierung von Wissen, Informationen und Kultur im digitalen Zeitalter, welche sich vor allem am Urheberrecht entzündet. Zweitens die fortschreitende Einschränkung von Bürgerrechten im Rahmen der Anti-Terror-Gesetzgebung, die sich auf verschiedene staatliche Überwachungs- und Regulierungsmöglichkeiten digitaler Kommunikation bezieht und sich vor allem an der Vorratsdatenspeicherung festmacht.

Dabei sind die Piraten keineswegs der erste politische Akteur, der sich diesen Konfliktfeldern zugewandt hat. So existiert ein fortgeschrittener politischer und akademischer Diskurs über Idee und Praxis der sogenannten Wissensallmende (Dobusch/Quack 2011). Eine vor allem von Künstlern, Wissenschaftlern und Juristen getragene Bewegung mobilisiert auf transnationaler Ebene seit Jahren für eine Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter (Dobusch/Quack 2010: 5 ff.). Auch über digitale Bürgerrechte wird in Deutschland seit den 1980er Jahren debattiert (Mayer-Schönberger 2011). Ebenfalls aus den 1980er Jahren stammen Impulse aus der Hackerbewe-

gung, die zeigen, welche technischen Möglichkeiten in den neuen Kommunikationstechnologien stecken, aber auch, wie anfällig diese für Missbrauch sind.

All diese Diskurse und Bewegungen sind Teil des historischen Vorfelds der Piraten und prägen den Kern der Partei. So finden sich in der Piratenpartei mannigfaltige Referenzen auf die Hacker-, Internet- und Bürgerrechtskulturen: ein technisch fundierter Optimismus hinsichtlich einer politischen Selbstermächtigung, die aus der Internetkultur stammende Mischung aus radikalem Individualismus und vernetztem Kollektivismus oder eine ausgeprägte Leidenschaftlichkeit für das Grundgesetz und seinen Grundrechtskatalog. Insofern kann allgemein festgehalten werden, dass die deutschen Piraten weder aus dem Nichts entstanden sind noch eine bloße Kopie der schwedischen Piraten darstellen, die als eine Art Mutterpartei jedoch den historischen Ausgangspunkt bilden.

### 2.1 Internationale Piratenwelt

Schon vor der Gründung der schwedischen Piratenpartei (Piratpartiet) hat es in Schweden mit Knivsta.Now, Demoex oder Aktiv Demokrati Parteien gegeben, die das Internet als ihre zentrale Mobilisierungsressource und als Ort ihrer Entscheidungsfindung einsetzten (Boyd 2008). Im Unterschied zu diesen gründete sich die Piratpartiet Anfang 2006 vor allem infolge des inhaltlichen Konflikts um eine stärkere staatliche Regulierung der Internetkommunikation. Dieses Thema war bei der besonders web-

*Radikaler Individualismus und vernetzter Kollektivismus*

### Kulturkampf in Schweden

affinen schwedischen Bevölkerung virulent, weil der internetbasierte Austausch von urheberrechtlich geschützten Daten zunahm (Bartels 2009: 28 ff.; Koß 2011: 353 ff.). Um das sogenannte Raubkopieren besser zu bekämpfen, gründeten verschiedene Unternehmen der Unterhaltungsindustrie im Jahr 2001 die Organisation Antipirateriebüro, woraufhin sich als Gegenreaktion 2003 das sogenannte Piratenbüro formierte, aus dem heraus Anfang 2006 schließlich die Piratpartiet entstand (F. Neumann 2011: 25 f.).

Die neue Partei verknüpfte in ihrem Programm das Ziel eines freien und offenen Austauschs von Wissen und Kultur im Internet mit bürgerrechtlichen Anliegen, vor allem auf dem Gebiet des Datenschutzes (Koß 2011: 356; F. Neumann 2011: 30 ff.). Immerhin 10.000 Mitglieder traten prompt der Partei bei, wobei die kostenfreie Mitgliedschaft diesen Wert natürlich relativiert (Koschmieder 2012: 9). Der Parteigründer Rickard Falkvinge stilisierte seinerzeit den Konflikt um die populäre Filesharing-Plattform The Pirate Bay zu einem Kulturkampf zwischen altem und neuem Modell der gesellschaftlichen Kommunikation. Auf diesem Wege entwickelte sich eine bis heute verbreitete Gründungserzählung der Piraten (F. Neumann 2011: 29 f.). Freilich ließ sich dieser Zuspruch bei der folgenden Reichstagswahl nicht in Wählerstimmen übersetzen. Die Piratpartiet verfehlte mit lediglich 0,6 Prozent der Wählerstimmen die Hürde zur parlamentarischen Repräsentation (Koschmieder 2012: 4; Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 9).

Gut zwei Jahre später aber wurde mit einem gerichtlichen Verfahren gegen The Pirate Bay das Thema Filesharing in Schweden erneut aufgegriffen (Gürbüz 2011: 25; F. Neumann 2011: 27 f.). Parallel dazu debattierte das schwedische Parlament zwei Gesetzesvorhaben zu den Themen Telekommunikationsüberwachung und Urheberrecht (Koß 2011: 364 f.), was die Aufmerksamkeit wieder stärker auf die Piratpartiet lenkte, die ihre inzwischen auf 5000 gesunkene Mitgliederzahl infolgedessen auf 50.000 steigerte und so zur drittgrößten schwedischen Partei avancierte (Koschmieder 2012: 9). Bei den Europawahlen Anfang Juni 2009 konnte die Partei dann mit 7,1 Prozent sogar Mandate im Straßburger Parlament erlangen.

Doch gerade bei Europawahlen basieren in Schweden die Wahlentscheidungen weniger auf langfristigen Überzeugungen (Larsson 2011: 4; Wagner 2012: 49), sodass der Wahlerfolg nicht als nachhaltig gesichert gelten konnte. Weil nach dem Ende des Pirate-Bay-Prozesses die Aufmerksamkeit für die Themenagenda der Piraten wieder schwand und die anderen schwedischen Parteien sich programmatisch an die Forderungen der Piraten anpassten, verloren diese wieder an Attraktivität. Sie büßten über die Hälfte ihrer Mitglieder ein, konnten bei der Reichstagswahl 2010 ihren Stimmenanteil gegenüber 2006 kaum steigern und kämpften seitdem erfolglos gegen ihren weiteren politischen Niedergang an (Koschmieder 2012: 10; Koß 2011: 367; Wagner 2012: 53).

Das Auftauchen und der Erfolg der schwedischen Piratpartiet gaben indes den Impuls für die Gründung weiterer Piratenparteien in mitt-

► **Tabelle 1:****Europäische Piratenparteien bei Wahlen auf nationaler Ebene**

Partei	Land	Letzte Wahl	Ergebnis
Piratenpartei	Deutschland	2009	2,0 %
Piratpartiet	Schweden	2010	0,7 %
Piratenpartij	Belgien	2010	0,3 % <sup>1</sup>
Piratenpartei	Schweiz	2011	0,5 %
Partido Pirata	Spanien	2011	0,3 bis 0,5 % <sup>2</sup>
Komma Piraton Elladas	Griechenland	2012	0,5 %
Parti Pirate	Frankreich	2012	0,8 % <sup>3</sup>
Piratenpartij	Niederlande	2012	0,3 %

<sup>1</sup> Ergebnis im einzigen Wahlkreis, in dem die Partei antrat.

<sup>2</sup> In Wahlkreisen, in denen die Partei antrat.

<sup>3</sup> Durchschnittsergebnis der 101 von 577 Wahlkreisen, in denen die Partei antrat.

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Koschmieder (2012); Stark (2012).

lerweile 64 Ländern (Dobusch/Gollatz 2012: 28). Diese agieren vornehmlich als nichtetablierte Kleinparteien; Erfolge bei Wahlen blieben größtenteils aus.

## 2.2 Deutschlands Piraten: Aufstieg der Außenseiter

In Anbetracht der Wahlergebnisse ist gegenwärtig Deutschland international gesehen das Zentrum der Piraten; dort hatte sich eine entsprechende Partei im Spätsommer 2006 gegründet. Anders als in Schweden wurde die Parteigründung dabei weniger durch einen virulenten öffentlichen politischen Konflikt, sondern eher durch eine Mischung aus latenter persönlicher Verärgerung und strategischer Kalkulation ihrer frühen Mitglieder getrieben.

Als primäre inhaltliche Ziele forderten die Piraten die Freiheit des Wissens und der Kultur, die Wahrung der Privatsphäre, einen gläsernen Staat und die Transparenz politischer und administrativer Prozesse. Dabei waren es vor allem die schwelenden Konflikte um digitale Bürgerrechte und das Urheberrecht, welche zur deutschen Parteigründung motiviert hatten. Gründer der Partei beschreiben das gerne mit der Metapher einer „Politik aus Notwehr“ (Wagner 2012: 58). Auch wenn diese Selbstbeschreibung stark auf Themen der Informationsgesellschaft zugeschnitten war, so ist die Notwehrmetaphorik bis heute ein wesentlicher Teil des politischen Selbstverständnisses der Mitglieder: Vier von fünf Piraten geben jedenfalls als Grund für ihr Engagement bei den Piraten eine Unzufriedenheit mit der politischen Lage in Deutschland an (Kegelklub 2012: 11).

„Politik aus  
Notwehr“

Die Gründer waren männlich, vornehmlich jung, aber nicht mehr unbedingt jugendlich und wiesen beruflich oder privat eine starke Affinität zu den Kernthemen ihrer Partei auf. Die Wichtigkeit von Datenschutz oder Konzepte wie Open Access waren oftmals genuiner Teil ihres Berufsalltags. Einige der frühen Piraten haben sich bereits zuvor im Zusammenhang mit den entsprechenden Organisationen für netzpolitische Themen engagiert. Bis dato hatten sie aber eher selten in größeren, festen Organisationsformen politisch gearbeitet. Flexibel hatte man sich Initiativen angeschlossen, mit Partnern kooperiert und Projekte angefangen oder beendet.

Das überschaubare politische und kulturelle Vor- und Umfeld der frühen Piratenpartei bestand aus verschiedenen Nichtregierungsorganisationen und Initiativen in den Bereichen Datenschutz, Bürgerrechte und Netzpolitik. Hierbei handelt es sich um organisatorische Kernfragmente eines lange gewachsenen Internetmilieus (Hensel 2012a), dessen politisch aktive Mitglieder bis dato jedoch kaum Einfluss auf das politische Geschehen erlangt hatten und die sich daher teilweise der politischen Organisationsform Partei öffneten. Darüber hinaus aktivierte die Piratenpartei einige zuvor politisch zwar interessierte, aber parteipolitisch heimatlose Menschen: Einige der oft technisch und naturwissenschaftlich versierten Mitglieder der Piraten artikulieren das diffuse Bedürfnis, eine in ihrer Jugend verpasste politische Revolte nachzuholen. Ausgehend von den Erfahrungen in ihrer politischen Prägungszeit in den 1980er und 1990er Jahren, hatten

diese Mühe, sich zwischen einer als kulturell fremdartig und unmodern empfundenen Linken, einem anachronistischen Konservatismus und einem oberflächlichen Wirtschaftsliberalismus politisch einzuordnen. Kurzum, die Orientierungsmuster aus der Moderne passten nicht mehr zur eigenen postmodernen beruflichen, kulturellen und sozialen Identität.

Nach vorheriger Kontaktaufnahme ihrer Gründer im Internet konstituierte sich die Piratenpartei formell im September 2006. Die kulturelle Homogenität und subkulturelle Abseitigkeit der frühen Piraten zeigt sich auch am Ort der Parteigründung. Diese fand im Berliner Club C-Base statt, einem beliebten Treffpunkt für Hacker, Netzaktivisten und andere digitalkulturell orientierte Gruppen der Hauptstadt.

In ihrer ersten Entwicklungsphase gelang der Piratenpartei zwar die Gründung von Verbänden in allen Bundesländern, das schleppende Mitgliederwachstum sowie die ersten Wahlergebnisse verhießen ihr jedoch kaum eine Entwicklungsperspektive. Mit ihren Aktionen erzielten die Piraten ebenfalls wenig öffentliche Resonanz; teilweise nahm man sie als Kleinpartei mit kruden Themen und Ansichten wahr (Bartels 2009: 57; Niedermayer 2010: 85). Zudem hatten die Piraten mit den formaljuristischen Hürden des politischen Wettbewerbs, wie der Sammlung der zur Wahlteilnahme notwendigen Unterstützerunterschriften, stark zu kämpfen. Die Erarbeitung eines Wahlprogramms für die Bundestags- und Europawahl sowie die Vertiefung des Grundsatzprogramms verliefen auf dem Bundesparteitag in Bielefeld 2008 zugleich ausgesprochen chaotisch (Wag-

### Überschaubares Vorfeld

ner 2012: 64), sodass die Piratenpartei wenig aktionsfähig wirkte.

Diese Situation änderte sich 2009, als die Piratenpartei einen für eine nichtetablierte Kleinpartei furiosen Wachstumsschub erlebte, der ihre zweite Entwicklungsphase prägte. Die Zahl der Mitglieder wuchs auf mehr als 11.000 an. Das ermöglichte den Ausbau der Strukturen, führte zu einer gesteigerten medialen Aufmerksamkeit und brachte der Partei schließlich ein Ergebnis von 2,0 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 ein (Niedermayer 2010). Auslöser für diesen Entwicklungssprung war eine zeitlich günstige Abfolge von Ereignissen. Nachdem die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen eine Debatte über ein Zugangerschwerungsgesetz angestoßen hatte, mittels dessen Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten gesperrt werden sollten (Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 10), formierte sich dagegen in einer zunächst überschaubaren Fachöffentlichkeit scharfe Kritik, der sich auch die Piratenpartei frühzeitig anschloss. Unstreitig war das Ziel, gegen kinderpornografische Internetseiten vorzugehen. Kritik machte sich aber an drei Aspekten fest (Reißmann/Stöcker/Lischka 2012: 18; Wagner 2012: 71; Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 8):

- Erstens wurde aus technologischer Sicht das Instrument von Netzsperrern als untauglich angesehen, um überhaupt wirksam gegen Kinderpornografie vorzugehen.
- Zweitens wurden Netzsperrern als Einfallstor einer umfassenderen Zensur im Internet verstanden.

- Drittens war nun ausgerechnet der Bereich Kinderpornografie dasjenige Feld im Internet, bei dem selbst in den derbsten Foren eine gewisse Selbstregulation funktionierte.

Die Netzsperrern wurden vor diesem Hintergrund als plumper Angriff auf die im Internet gewachsene Lebenskultur angesehen.

Die Mischung aus technischen, kulturellen und bürgerrechtlichen Einwänden führte zur bislang folgenreichsten netzpolitischen Debatte in Deutschland (Bieber 2010: 54 f.). Die Aktivist\*innen protestierten in diversen digitalen Kanälen und sammelten Unterstützung für eine Online-Petition beim Bundestag. Im Juni 2009 kulminierte der Protest, als gerade einmal zwei Tage nach Ende der Zeichnungsfrist die Große Koalition das Vorhaben verabschiedete. Die bis dato vorwiegend virtuelle Kampagne hatte offenkundig keinen Erfolg gehabt. Selbst der damit bereits in Zusammenhang gebrachte Achtungserfolg der Piratenpartei bei der Europawahl mit 0,9 Prozent der Stimmen entfaltete keine Wirkung bei der Bundestagsmehrheit. Daraufhin kam es in verschiedenen deutschen Städten zu Demonstrationen, zugleich erklärte der langjährige SPD-Abgeordnete und Netzexperte Jörg Tauss seinen Übertritt zur Piratenpartei (Bieber 2012a: 28). Verstärkt wurde die ohnehin schon beachtliche Aufmerksamkeit durch das gute Abschneiden der schwedischen Piratpartei bei den Europawahlen.

In diese günstige politische Situation fiel der Bundestagswahlkampf, der einen guten Teil der Protestenergien auf die Piratenpartei

*Netzsperrern als  
politisches  
Erweckungserlebnis*

### Pluralisierung der Mitgliedschaft

lenkte. Die Wahlkampfsituation erleichterte den weiteren Strukturaufbau und half, die Massen neuer Mitglieder zu integrieren (Bieber 2012a: 28). So hektisch, improvisiert und zum Teil auch dilettantisch die Piraten sich in dieser Zeit anstellten – im Rückblick kanalisierte die angespannte Wahlkampfsituation das Wachstum der Partei überaus effektiv. Die Partei profitierte dabei stark von ihren organisatorischen Besonderheiten: In den Mitmach-Wahlkampf konnten sich die neuen Mitglieder und Sympathisanten durch die schwach ausgeprägten Routinen und Strukturen leicht einbringen, ja sie mussten das sogar, denn den Piraten fehlte seinerzeit fast jede Art konventioneller Ressourcen (Bieber 2010: 38 f.). So wurden dezentral organisierte Wahlkampfaktionen geplant, mit Hilfe von Online-Tools kollektiv an Plakaten, Flugblättern oder Texten gearbeitet, und es wurden zuweilen überaus kreative Ideen entwickelt. Gerade die Online-Aktivitäten der Piraten erreichten in dieser Phase mit rein ehrenamtlichem Einsatz eine erstaunlich hohe Präsenz und Wirkung, die zu den etablierten Parteien durchaus konkurrenzfähig war (Unger 2012: 140). Trotzdem unterschritten die Piraten bei der Bundestagswahl die Hürde der parlamentarischen Repräsentation mit zwei Prozent der Stimmen deutlich. So nahm die mediale Aufmerksamkeit wieder ab, und zugleich endete das Wachstum ihrer Mitgliederzahlen.

Hiermit wurde die dritte, von Stagnation und Konsolidierung geprägte Entwicklungsphase eingeleitet (Bieber 2012a: 29). Wie in Schweden auch lief die Piratenpartei unterdessen Gefahr, ihr programmatisches Allein-

stellungsmerkmal an die etablierten Parteien zu verlieren, weil diese sich thematisch öffneten und Positionen der Piraten übernahmen. Bei Wahlen steckten die Piraten fortan deutlich unterhalb der Sperrklausel fest, hatten aber bereits hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl und ihrer Wahlergebnisse alle anderen Kleinparteien außerhalb des Bundestags überflügelt (Niedermayer 2010: 842). Die eigentlich recht beachtlichen zwei Prozent der Wählerschaft, die sie beständig bei allen folgenden Landtagswahlen erreichten, bedeuteten aus Sicht der ungeduldigen Newcomer nach dem sprunghaften Wachstum aber eine lähmende Stagnation.

Das rasante Wachstum im Jahr 2009 hatte derweilen eine kulturelle und ideologische Pluralisierung der Mitglieder mit sich gebracht, die eine Weiterentwicklung der kollektiven Identität herausforderte. Dazu gehörten erste Ansätze einer Flügelbildung und das für Kleinparteien übliche Problem, dass radikale Minderheiten, notorische Querulanten und politische Freaks angezogen wurden (Niedermayer 2013b: 93). Durch das Ausbleiben von Wahlerfolgen und medialer Resonanz wurde es schwerer, die Motivation zur Mitarbeit aufrechtzuerhalten. Der inhaltliche Entwicklungsprozess erwies sich als überaus zäh. Unter Mühen gelang es, einige sozial- oder bildungspolitische Forderungen aufzunehmen. Die Anzeichen einer dauerhaften Selbstblockade der jungen Partei, die sich auf Parteitage zusehends in exzessiven Satzungs- und Strukturdebatten verlor, mehrten sich (o. V. 2010; Theile 2010).

Eine positive Wendung der Parteientwicklung brachte der Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus im Spätsommer 2011. Die Piraten wirkten hier längst nicht so exotisch wie in anderen Teilen der Republik, sondern waren quasi Teil eines spezifischen Submilieus, das in der „Hauptstadt der deutschen Netzpolitik“ (Bieber 2012a: 32) gedieh. Ausgehend von dieser vergleichsweise günstigen Lage, eröffneten die besondere Situation der Berliner Politik sowie die strategischen Fehler und politischen Schwächen ihrer Konkurrenten den Piraten ein ungeahntes Gelegenheitsfenster. Mit linksliberal und progressiv anmutenden Forderungen sowie mittels eines überaus geschickten wie ansprechenden Wahlkampfes stießen die Piraten vor allem in eine durch die strategischen Volten der Grünen geöffnete politische Repräsentationslücke (Haas/Hilmer 2012: 186 ff.; Hensel 2011). Den Piraten gelang es, zu einem politisch und kulturell attraktiven Außenseiter zu avancieren. 8,9 Prozent der Wählerstimmen bedeuteten 15 Abgeordnete der Piraten im Berliner Landesparlament. Schlagartig stieg vor diesem Hintergrund bundesweit die Aufmerksamkeit. Die Partei war damit aus der Ecke der zu vernachlässigenden nichtetablierten Kleinparteien entkommen. Sie erschien nun vielen Menschen als wählbar, zumindest weckte sie Neugier.

Damit wurde die vorerst letzte Entwicklungsphase der Piratenpartei eingeleitet, die Christoph Bieber als „ungesundes Wachstum“ kennzeichnete (Bieber 2012a: 29). Im Zuge der gestiegenen medialen Berichterstattung vor allem über die Berliner Piraten stiegen die Mit-

gliederzahlen der Piraten bundesweit von ca. 12.000 im September 2011 auf über 34.000 Ende 2012 an. Man rangierte während der ersten Jahreshälfte 2012 in den Umfragen deutlich vor FDP und Linken und sah sich bereits auf Augenhöhe mit den Grünen. Im Frühjahr 2012 zogen die Piraten dann entsprechend souverän und selbstbewusst in drei weitere Landtage ein. Für die Wahlen des Jahres 2013 rechnete man sich ebenfalls beste Chancen aus.

### 2.3 Zwischen Idealen und Notwendigkeiten

Allerdings gelang es den Piraten nicht, ihr Hoch zu halten. Spätestens im Herbst 2012 näherten sich die Piraten sukzessive der 5-Prozent-Hürde an. Verantwortlich dafür erscheinen ein Bündel von neuen Herausforderungen sowie einige ins Negative verkehrte Eigenschaften der Partei selbst. Seit dem Rückzug der politischen Geschäftsführerin Marina Weisband fehlt der Partei das mediale Aushängeschild. Der flexible Aufbau ist bei anstehenden Wahlen im Idealfall zwar sehr handlungsfähig, aber die amorphe Masse, die gleichzeitig kooperiert, intrigiert und koexistiert, lässt sich ansonsten nicht immer zielgerichtet zusammenführen.

Mit der Parlamentswürdigkeit stellen sich nun die gleichen Erwartungen an die Piraten wie an eine Bundestagspartei. Organisatorisch sollen sie professionell auftreten und programmatisch zu allen möglichen Themen Stellung beziehen. Fehler, Missverständnisse oder Mängel werden von der medialen Berichter-

### Steigende Anforderungen

stattung aufgegriffen und kommentiert. Sorgsam wird beobachtet, was in der Partei tatsächlich vor sich geht: Die eigenwilligen Rituale, die die Piraten auf Parteitagen pflegen, die giftige und destruktive Art, mit der oftmals via Mailinglisten kommuniziert wird, oder die verbreitete Angewohnheit, das Führungspersonal heftig zu attackieren: All das existiert unvermindert weiter in der Partei, findet aber nunmehr wirklich öffentliche Aufmerksamkeit.

Gleichzeitig müssen sich die Piraten in der parlamentarischen Arbeit beweisen. Die in den medialen Fokus gerückten Mandatsträger haben ihrerseits Mühe, die gewachsene Basis entsprechend dem eigenen Anspruch einzubeziehen. Erfordernisse an Effizienz sowie der empfundene Druck der Verantwortlichkeit den eigenen Wählern gegenüber passen nicht zu den ausschweifenden Formen der politischen Debatte in der Partei. Umfassende Öffentlichkeit und vertrauliche Zusammenarbeit mit politischen Verbündeten stehen ebenso in einem Widerspruch. Die thematische Vielfalt, zu der sich die Mandatsträger auf einmal zu verhalten haben, überfordert nicht nur sie selbst, sondern verändert auch die Selbstwahrnehmung der Piraten an der Basis.

Einen wirklichen Tiefschlag erfuhren die Piraten jedoch erst, als die Aufstellung der Kandidaten zur niedersächsischen Landtagswahl erfolgreich angefochten wurde und auch die Wiederholung nicht pannenfrei über die Bühne ging. Die hämischen Kommentare, nachdem die Piraten in zwei Tagen nur einen einzigen Wahlgang ordnungsgemäß durchgeführt hatten (Reinbold 2012b; Wallbaum 2012b), bil-

deten den Auftakt für eine intensive Debatte über einige Defizite der Partei. Auch ihre schwache Finanzkraft wurde nun mehr und mehr thematisiert. Ebenso negativ fielen die zahlreichen Rückzüge aus der Parteispitze oder aus den Landesvorständen auf. Gleichzeitig begann die Parteispitze, sich ein Scharmützel um und mit ihrem politischen Geschäftsführer, Johannes Ponader, zu liefern. Dessen Bezug von Arbeitslosengeld, sein anschließender Verzicht darauf und eine innerparteilich umstrittene Spendenaktion für seinen Lebensunterhalt lösten eine muntere Debatte auch außerhalb der Partei aus. Die politischen Konkurrenten gingen zugleich mit den Piraten nicht mehr so verständnisvoll um wie in den ersten Monaten ihrer parlamentarischen Existenz. Bis zum Sommer 2012 perlte die Kritik an den Piraten noch ab, ja spornete sie weiter an. Doch dann begann sie sich zu verfestigen. Mangelnde Fraktionsdisziplin und fehlende inhaltliche Kohärenz führten in Kombination immer öfter zu der Frage, wofür die Piraten eigentlich stünden.

Regelrecht erschüttert wurde die lange geradezu intuitiv entwickelte Glaubwürdigkeit der Piraten mit der Veröffentlichung des Erstlingswerks der Vorstandsbeisitzerin Julia Schramm. Sie hatte einen horrenden Vorschuss für ihr Buch erhalten, welches nach Erscheinen als Raubkopie im Internet auftauchte, wogegen Schramms Verlag umgehend vorging. Dabei entstand vielfach der Eindruck, eine herausgehobene Piratenpolitikerin agiere zusammen mit der Verwertungsindustrie gegen Piraterie, untergrabe so eine Kernidee und damit die Integrität der Piraten. Schramm wie Ponader wur-

den in der Zwischenzeit als personifizierte Ursache für den schleichenden Niedergang der Partei angesehen (Reinbold 2012a). Schramm trat schließlich zurück. Aus Protest gegen Ponader legte ein weiterer Beisitzer des Bundesvorstandes, Matthias Schrade, zeitgleich sein Amt nieder. Der Konflikt zwischen Ponader auf der einen und der Mehrheit des Bundesvorstands auf der anderen Seite schwelt seitdem weiter.

Gleichzeitig eskalierte ein Streit in der Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Der Boulevard skandalisierte anzügliche Mitteilungen, die einzelne Abgeordnete auf Twitter zum Besten gegeben hatten. Politisch erlangte das Ganze an Schärfe, weil die parlamentarische Geschäftsführerin gleichzeitig öffentlich von einer möglichen Auflösung der Fraktion sprach. Die anschließenden Versuche, diese Debatte einzudämmen, wurden von Teilen der Partei missbilligt. Dort sah man die öffentlichen Ratschläge des Fraktionsvorsitzenden Joachim Paul in Bezug auf das Kommunikationsverhalten der Abgeordneten als Beitrag zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Kurzum: Die Lage für die Partei war ungünstiger geworden, was die Nervosität vieler Piraten merklich ansteigen ließ. Im Zuge dessen ist der spielerische Impuls, der die Piraten für ei-

nige Zeit von den etablierten Parteien abgehoben hatte, ein wenig verflogen. In früheren Wahlkämpfen hatten die Piraten noch überaus lustvoll mit konventionellen wie kreativen Aktionsformen experimentiert und einen durchaus innovativen Mitmachwahlkampf geboten. Davon ist manches erhalten geblieben, doch viele Piraten wirken inzwischen sehr viel verkrampter. Im Laufe des Jahres 2012 stand es für die meisten von ihnen außer Frage, noch in diverse Landtage und schließlich in den Bundestag einzuziehen. Einige der Kandidaten gaben ihre berufliche Stellung auf, zapften ihre Ersparnisse an und richteten ihre weitere Karriereplanung ganz auf das erhoffte Mandat aus. Andere liebäugelten mit einer Beschäftigung als Abgeordnetenmitarbeiter. Politik wurde dadurch mit einem Male eine ernste Frage von biografischer, materieller und familiärer Planung. Doch diese Planung ist inzwischen prekär geworden. Der nun mit dem Scheitern in Niedersachsen erfolgte schlechte Start in das Bundestagswahljahr 2013 hinterlässt Spuren. Der Einzug in den Bundestag ist nicht mehr sicher. Dabei wären für die Konsolidierung der Bundespartei Bundestagsmandate essenziell, wie führende Köpfe der Partei einräumen. Die Partei droht nämlich andernfalls in eine Abwärtsspirale zu geraten.

### 3. Organisation der Piraten

#### Konventionelle Strukturen

Die Organisation und die Organisationskultur der Piraten sind ebenso schillernd wie profan. Aufgrund der Integration von digitalen Werkzeugen in den Parteilalltag sowie der Orientierung an organisationskulturellen Impulsen aus der Internetkultur gilt die Piratenpartei als innovativ. Doch täuscht das leicht darüber hinweg, dass der formale Aufbau und der Parteilalltag der Piraten in vielerlei Hinsicht konventionell verfasst sind. So verfügt die Piratenpartei über die üblichen Organe und territorialen Gliederungsebenen. Die Satzung ist sogar alles andere als originär piratig, sondern deutlich von derjenigen der Freidemokraten beeinflusst. Zumindest sind 13 der 16 Paragraphen der Gründungssatzung wörtlich oder nahezu wörtlich der Bundessatzung der FDP entnommen.

#### 3.1 Die formale Gliederung

Der Organisationsaufbau der Piraten folgt grundsätzlich dem territorialen politischen Aufbau der Bundesrepublik. Die Orts-, Kreis- oder Bezirksverbände entsprechen den gegebenen politischen Grenzen. Auf lokaler Ebene sind zumeist die Kreisverbände die kleinste politische Gliederung. Der jüngste Mitgliederschub hat die Partei in die Lage versetzt, zahlreiche Untergliederungen neu zu gründen und vor Ort einigermaßen flächendeckend Stammtische anzubieten. Dennoch gibt es einige Regionen, in denen die Partei weiterhin eher schwach vertreten ist. Dazu gehören größere Teile Nordhessens, der Süden Sachsen-Anhalts, Nordsachsen, Südbaden, die Schwäbische Alb, Niederbayern, Unterfranken, Schwa-

ben, die Mecklenburgische Seenplatte, der Nordwesten Niedersachsens, der Norden Thüringens sowie der ostwestfälisch-lippische Bereich. Dort beschränkt sich das Engagement der Piraten im besten Fall auf die größeren Regionalzentren.

Die eigentliche Grundorganisation der Piraten bildet – unabhängig von der Existenz eines Kreisverbands – der Stammtisch oder die Crew. Stammtische sind informelle Treffen, die einerseits das soziale Miteinander in der Partei unterstützen, die aber andererseits dazu dienen, durch physische Präsenz zur gesellschaftlichen Verankerung der Partei beizutragen. Weil sie als wichtigstes Werbeinstrument der Partei gelten, tagen sie zumeist bewusst an Orten mit Publikumsverkehr (Bartels 2009: 176; Gürbüz 2011: 96). Doch auch hier ist der Situierungsprozess unübersehbar: Wie die etablierten Parteien tagen die Piraten inzwischen oftmals in holzgetäfelten Kneipenhinterzimmern oder nutzen für Sitzungen ihre Kreisgeschäftsstellen.

Obwohl sie kein Satzungsorgan sind (Wilde 2011: 16), erfüllen Stammtische oftmals die Funktion, die in anderen Parteien Mitgliederversammlungen von Ortsverbänden einnehmen. Einige Stammtischgruppen unterscheiden genau zwischen inhaltlichen Arbeitsgruppen und geselligen Runden. Mancherorts wird großzügig Bier und Wein konsumiert und hinterher mit kollektiver Umlage bezahlt, andernorts bleibt man bei individuell bezahltem Wasser und Schorle. In manchen Bereichen ist es üblich, Protokoll zu schreiben, in anderen wäre das müßig. Der eine Stammtisch legt Wert

auf strukturierte Sitzungen mit fester Tagesordnung, der andere fällt dadurch auf, dass die Teilnehmer sich größtenteils anschweigen. Wieder anderswo diskutiert man Themen munter durcheinander oder bringt die eigenen Befindlichkeiten ein. Auch Tratsch und Klatsch über Parteinterne finden ihren Platz bei den Stammtischen.

Eine ähnliche Funktion haben auch die sogenannten Crews, die in Sachsen, in Bayern, in Baden-Württemberg und im Saarland nur sehr vereinzelt existieren, dafür in Berlin und Nordrhein-Westfalen aber ganz oder teilweise an die Stelle von Stammtischen, Orts- oder sogar Kreisverbänden treten. Hierbei schließen sich fünf bis neun Piraten zusammen, um in einem überschaubaren örtlichen wie auch thematischen Rahmen miteinander zu arbeiten. Bei wachsender Gruppengröße ist die Crew eigentlich zu teilen, doch das unterbleibt mittlerweile oftmals. In ihrer Informalität und Selbstorganisation ist die Crew eine hochgradig flexible Organisationsform, die losgelöst von den formalen, an feste Wahlzyklen gebundenen Vorstandszeiten existieren kann. Zugleich zeigt sich, dass diese Organisationsform vor allem auf die stark besiedelten Regionen zugeschnitten ist; in der Peripherie lassen sich die Vorteile der Flexibilität aufgrund der geringeren Zahl an Aktiven kaum ausschöpfen.

In den Crews und Stammtischen wird über anstehende und oftmals lokal orientierte Aktivitäten beraten, sich über die Arbeit der Partei im Allgemeinen ausgetauscht oder über die politischen Rahmenbedingungen gesprochen. Programmatische Entscheidungen fallen dort

aber nicht; diese können von Parteitag auf den jeweils konstituierten Ebenen getroffen werden. Parteitage werden durchgängig als Mitgliederversammlungen abgehalten. Mit einem Mitgliederbestand von insgesamt über 34.000 stellt insbesondere die Organisation einer bundesweiten Mitgliederversammlung bereits jetzt eine immense logistische Herausforderung dar, die nur mit einem halben Jahr Vorlauf zu bewältigen ist. Kurzfristige Parteitage sind dadurch faktisch unmöglich. Die Partei verlangt ihren teilnehmenden Mitgliedern dabei zudem eine erhebliche Bereitschaft zum Einsatz eigener Ressourcen ab, weil Fahrt- und Unterbringungskosten individuell zu tragen sind.

Eine Entscheidung, ein Beschluss oder eine Wahl hängen in diesem System letztlich stark vom Austragungsort des jeweiligen Parteitags ab. Sowohl die Wahl des Norddeutschen Bernd Schlömer gegen den Tübinger Sebastian Nerz 2012 als auch die Wahl von Nerz gegen Christopher Lauer aus Berlin 2011 ist in jedem Falle koinzident mit der Anwesenheit der jeweiligen Landesverbände, die wiederum ihrerseits offensichtlich vom gewählten Veranstaltungsort abhängt. In der Piratenpartei gibt es, auch in Anbetracht solcher Entwicklungen, Bestrebungen, dezentrale Parteitage auszurichten. Erste Kreisverbände haben damit experimentiert (Neumann/Fritz 2012: 333), was in der Partei sehr unterschiedlich beurteilt wird. Ein zentrales Problem dieser Idee stellt das Fehlen einer informellen Kommunikationsebene vor Ort dar. Diese Ebene wird auch von den Piraten als Raum für Vorabsprachen und Aushandlungs-

*Ortswahl beeinflusst  
Parteitagsresultate*

► Tabelle 2:

**Bundesparteitage der Piraten**

Jahr	Ort	Teilnehmerzahl
2006	Berlin (Gründungsversammlung)	52
2007	Stockheim	55
2008	Langenhagen	102
2008	Bielefeld	43
2009	Hamburg	232
2010	Bingen	1001
2010	Chemnitz	560
2011	Heidenheim	783
2011	Offenbach	1255
2012	Neumünster	1491
2012	Bochum	2023

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Piratenwiki (2007) sowie Stiefel (2012).

prozesse genutzt; sie hat für die Organisation von Wahlkampfaktivitäten, für den Aufbau und die Pflege personeller Netzwerke sowie für die Fokussierung von inhaltlichen Debatten eine große Bedeutung. Solche Prozesse finden vor, nach und parallel zur offiziellen Veranstaltung statt. Diese Ebene informeller Kontakte entfiele oder würde sowohl bei dezentralen Parteitagungen als auch bei der Einrichtung einer ständigen Mitgliederversammlung im Internet stark vermindert. Sie wäre indes auch bei der Etablierung eines Delegiertensystems eingeschränkt.

Gegenwärtig (Anfang 2013) gibt es um diese organisatorische Frage einen lautstarken Streit in der Partei. Während in peripheren Regionen wie auch im Bundesvorstand die Sympathie für Delegiertensysteme wächst, halten die Landesverbände von Berlin und Mecklen-

burg-Vorpommern virtuelle Abstimmungen für geeignet, um dem erkennbaren Problem der zunehmenden Ineffizienz der Parteitage zu begegnen. Zusehends verbreitet sich die Überzeugung, dass das gegenwärtige System der Basisversammlungen eine Elitendemokratie erzeuge und die Entstehung einer „Geldoligarchie“ vorantreibe (Sorge 2012), da es vielen Mitgliedern schlicht an Zeit, Geld oder anderen Ressourcen fehle, um an den Parteitagungen teilzunehmen.

### 3.2 Basisdemokratie und Delegation von Interessen

Während das ideale Delegationsmodell darauf aufbaut, dass Vorstände und Delegierte den an der Basis formulierten und beschlossenen Willen weiterleiten, müssen Piraten nicht nur in

ihrer örtlichen Gliederung für Positionen werben, sondern darüber hinaus auf den jeweils relevanten Konferenzen präsent und aktiv sein, da hier wichtige (Vor-)Entscheidungen fallen können. Doch es kann genauso sein, dass alle Beschlüsse von vorherigen basisnahen Diskussions- und Veranstaltungsrunden auf dem nächsthöheren Parteitag im Zweifelsfall bloß noch Makulatur sind. So zufällig Parteitage nach regionaler Situierung zusammengesetzt sind, so zufällig können deren Entscheidungen ausfallen.

Hinzu kommt ein weiteres Problem des Organisationsmodells: Seit die Piraten reale Ausichten auf Mandate haben, laufen sie vor allem in größeren Landesverbänden Gefahr, am Ende die Wahlteilnahme zu verpassen. So versuchten etwa in Nordrhein-Westfalen 56 Kandidaten die Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl zu erlangen. Über 100 weitere drängten sich auf die dahinterliegenden Listenplätze. Die obligatorische Vorstellung mit ihren gesetzlich vorgegebenen zeitlichen und organisatorischen Fristen sowie die piratenspezifische Befragung von Kandidaten drohen jedes vorgegebene Zeitvolumen zu überschreiten. Die Parteistruktur kollidiert hier klar mit grundlegenden Effizienzerfordernissen.

Ähnliches lässt sich für die Bundesparteitage feststellen. Fast 1500 Seiten Antragsbuch lagen zum zweiten Bundesparteitag 2012 in Bochum vor. Die schwer zu durchschauende Beschlussfassung über die Tagesordnung führte dazu, dass über 95 Prozent aller Anträge gleich zu Beginn faktisch erledigt waren. Zwar gelangen so im Idealfall die von der Partei als

dringend empfundenen Themen zur Beratung, jedoch manches ebenfalls wichtige, aber eben spezifische Anliegen wird in der Partei schlicht nicht beraten. Dabei kommt erfolgreichen Anträgen nicht mehr nur programmatische Relevanz zu. Unter der Hand gilt gerade für bisherige Nichtfunktionsträger ein erfolgreich beschlossener Antrag als die zentrale Währung zur Akkumulation innerparteilicher Reputation und legitimiert damit zusätzlich eine Kandidatur zum Landtag oder Bundestag.

Trotz der strukturellen Probleme, die eine solche basisdemokratische Ausrichtung mit sich bringt, stellt sie sich jedoch gegenwärtig noch als Vorteil dar. Gerade weil Antrags- und Abstimmungsrechte nicht durch Delegation aus den Stammtischen und Crews heraus abgeleitet werden, ergeben sich keine Legitimationsprobleme hinsichtlich einer flexiblen und im steten Wandel befindlichen Struktur vor Ort. Selbst die Abwicklung von Wahlkämpfen wird durch die Abwesenheit eines einheitlichen und flächendeckenden Unterbaus im Augenblick nicht tangiert.

Dass sämtliche Parteitage und Wahlversammlungen als Mitgliederversammlungen abgehalten werden, entspringt einer basisdemokratischen Grundordnung, auf die die Partei großen Wert legt. Das bedeutet: Ein Mitglied ohne existierenden Kreisverband kann seine Positionen gleich auf der nächsthöheren Ebene vertreten und bei Erlangung einer Mehrheit dort durchsetzen. Für die Parteiführung ergibt sich zudem der Vorteil, dass die Partei im Falle vorgezogener Wahlen recht schnell aktionsfähig ist, weil die aufwendigen und gerade bei

*Offene Mitmachstrukturen*

Kleinparteien latent fehleranfälligen Verfahren für die Wahl von Vertreterversammlungen entfallen und die Landeslisten wie die Wahlkreis-kandidaten in Vollversammlungen bestimmt werden können. Für die Parteigründung und -konsolidierung war und ist diese Struktur daher förderlich.

Absehbar sind aber logistische und legitimatorische Probleme. Große und damit auch teure Hallen sind zunehmend erforderlich, der organisatorische Aufwand steigt erheblich und politische Prozesse können so leichter eine Eigendynamik entfalten, die im schlimmsten Fall selbstzerstörerische Züge annimmt. Die Form der Vollversammlung verschafft zwar scheinbar ein unverfälschtes Bild über Mehrheiten und personelle Präferenzen in der Partei. Doch dadurch werden andere Probleme virulent: So ist einer plebiszitären Demokratie inhärent, dass mit Minderheiten intolerant umgegangen wird und dass die scheinbare Herrschaft der Basis leicht von einer elitären Führungsschicht manipulativ genutzt werden kann (Fraenkel 1991: 158; Weber 1976: 156). Tatsächlich finden sich auch in der Piratenpartei entsprechende Anzeichen.

Hierfür gilt innerparteilich die Aufstellung der Kandidaten zur Berliner Abgeordnetenhauswahl als Musterbeispiel. Einige Kandidaten vereinbarten einen Reihungsvorschlag für die Versammlung, den sie per Blogpost kommunizierten. Diese Form der Absprache im Hinterzimmer wurde in der Partei nicht positiv aufgenommen. Die Aufstellungsversammlung ignorierte den Vorschlag dann geflissentlich (Wagner 2012: 166 f.). Manche Verschwörungs-

theorie geistert deswegen bis heute durch den Berliner Landesverband. Eine derartige offene Einflussnahme ist seitdem eher nicht mehr zu beobachten, wohl aber gibt es verdeckte Formen. Die Versammlungs- und Wahlleitung der Bundesparteitage etwa besteht aus einem recht festen Kreis von Personen, die zum großen Teil dem Berliner Landesverband entstammen. Sie sind qua dieser Position in der Lage, die Versammlung zu beeinflussen, indem sie Verfahrensprozesse anstoßen und bei geheimen Abstimmungen Hinweise geben, die leicht bestimmte Ergebnisse begünstigen. Gerade die zentralen Abstimmungen über die konkurrierenden Tagesordnungsvorschläge eignen sich, um mittels einer formal begründeten Argumentation eine thematische Agenda durchzusetzen.

In der wirtschaftspolitischen Debatte auf dem Bochumer Parteitag wurde ein weiterer Mechanismus der informellen Machtstruktur deutlich. Nachdem ein erster Antrag bereits abgelehnt worden war und in Anbetracht zahlreicher kritischer Wortbeiträge auch einen zweiten Grundlagenantrag das gleiche Schicksal zu ereilen drohte, appellierten mehrere Mitglieder und Mitarbeiter der Berliner Fraktion eindringlich an die Versammlung, trotz Vorbehalten in der Sache den Antrag keinesfalls abzulehnen. Der ebenfalls dem Zirkel des Berliner Abgeordnetenhauses zugehörige Wahlleiter appellierte im laufenden Abstimmungsprozess an die Versammlung, man könne problemlos vielen einzelnen Abschnitten zustimmen, selbst wenn man für einen anderen Antrag sei, denn dieser werde ja noch folgen.

### *Informelle Machtstrukturen*

Dabei verschwieg er geflissentlich, dass bereits durch die Abstimmung der Tagesordnung diese Anträge voraussichtlich nicht mehr aufgerufen würden.

Derartige Interventionen gerade der Berliner Piraten sind immer wieder zu beobachten. Sie unterstützen mit Verve bestimmte inhaltliche Forderungen oder drängen mit Nachdruck auf organisatorische Veränderungen der Partei. Ihr Hauptaugenmerk liegt in diesem Zusammenhang erkennbar auf der öffentlichen Wahrnehmung der Partei. Die Abgeordneten unter ihnen nutzen ihr Wissen über Verfahrensfragen, um inhaltliche Entscheidungen entsprechend zu beeinflussen. In einer Vollversammlung aller Mitglieder sind allerdings nur wenige anwesend, die das für die Masse übersetzen können. Im repräsentativen System sind es die Delegationsleitungen oder Vorsitzenden der Teilmittgliederungen, die solche Trickserien bemerken und rasch in ihre Delegationen kommunizieren. In einer Versammlung mit 2000 Individuen haben gerade neuere und unerfahrene Teilnehmer kaum eine Chance, darauf zu reagieren.

Ergreifen überdies Abgeordnete mit ihrer herausgehobenen Stellung das Wort, fällt es der Partei umso schwerer, sich hiervon zu emanzipieren, wenn diese in erster Linie auf den Verfahrensfragen insistieren. Sie können aus dieser Kombination heraus Versammlungen entscheidend, vor allem aber unmerklich beeinflussen. Gegen die daraus resultierende programmatische Entwicklung regt sich in der Zwischenzeit Widerstand. Einige Piraten, die den Einfluss des Berliner Flügels der Partei of-

fensichtlich begrenzen wollen, haben sich nun als Strömung unter dem Namen „Frankfurter Kollegium“ zusammengeschlossen (Becker 2012b). Es bleibt freilich abzuwarten, ob sie künftig ihrerseits eine erfolgreiche Personal- und Patronagepolitik betreiben können.

Derartige Entwicklungen erinnern in einiger Hinsicht an das Phänomen der „Tyrannei der Strukturlosigkeit“ (Meves 2012: 5), das bereits für feministische Bewegungen beschrieben wurde (Freeman 2004): Nach einer anfänglich produktiven Phase der weitgehend offenen, unstrukturierten und führungslosen Organisation entwickeln sich aus gruppeninternen Interaktionen oftmals unbemerkt informelle Strukturen. Diese entstehen zumeist aus Freundeskreisen, aus deren Kommunikationsnetzen sich im Laufe der Zeit exklusive Elitezirkel entwickeln, die verdeckte Formen der Machtausübung und Willkür praktizieren. Derartiges widerspricht zwar eigentlich den auf Offenheit und Egalität bedachten Prinzipien der Gruppe, wird aber aufgrund eines verbreiteten Dogmatismus der Strukturlosigkeit und der formellen Unsichtbarkeit und Unverantwortlichkeit entsprechender Gruppen übersehen oder ignoriert.

Insgesamt wird deutlich, dass die Piraten ihre Erfolge bislang unter den Bedingungen eines Wachstums organisieren konnten. Lange Zeit nutzte ihnen dementsprechend eine auf Dynamik und Unberechenbarkeit aufbauende Organisationsstruktur. Schließlich gab es bislang für jedes Mitglied nur etwas zu gewinnen, selten aber etwas zu verlieren. Jedes organisatorische Wagnis wurde eher als Chance

*Vorteile von  
Flexibilität und  
Unberechenbarkeit*

denn als Risiko verstanden. Spätestens aber wenn bereits etablierte Abgeordnete ihr Mandat verteidigen und andere Mitglieder es ihnen streitig machen wollen, wird es problematisch. Dabei ist nicht nur die interpersonelle Auseinandersetzung im Einzelfall relevant, sondern ebenso die möglichen Kontroversen zwischen Flügeln, Strömungen und Regionen, die sich nicht ausreichend repräsentiert sehen. In der momentanen Entwicklungsphase der Piraten können gerade regionale Auseinandersetzungen im Rahmen von Aufstellungsversammlungen erhebliche Bedeutung erlangen. Konfliktpotenzial wird aller Voraussicht nach zwischen den über Mandatsträger direkt vertretenen und den parlamentarisch nicht direkt vertretenen Regionen entstehen. Während Erstere, gestärkt durch die Ressourcen ihrer Mandatsträger, ihre erlangten Besitzstände zu verteidigen suchen, fordern Letztere eine stärkere innerparteiliche Repräsentation. Ohne einen Filter über Delegierte mit Anpassungsmechanismen, etwa durch Grundmandate, Ausgleichsfaktoren oder feste Regionalproporze, lassen sich diese Unterschiede schwerlich ausgleichen, sondern werden fortgeschrieben. Es ergibt sich also ein „Matthäus-Effekt“ (Merton 1985): Wer hat, dem wird gegeben.

Um dies zu verhindern, müsste die Partei in ihrer weiteren Organisationsentwicklung Vorkehrungen treffen. Doch genau das werden die Piraten nicht tun: Ein System des Ausgleichs würde in der Praxis die Existenz einer Verhandlungsebene voraussetzen, auf der informell Kompromisse ausgelotet werden. Den dafür notwendigen Diskretions- und Vertrauensräumen

mangelt es aus Sicht der Piraten jedoch an der erforderlichen Transparenz. Auch verfestigt sich im Angesicht erfolgreicher Landtagswahlkämpfe die Wahrnehmung, dass ihr Organisationsprinzip erfolgreich war, ja sogar die Grundlage des eigenen Erfolgs ist. Für viele Piraten ist die Tatsache, anders zu sein als die etablierten Parteien, ein zentraler Anreiz der Mitwirkung. Würde die Partei ihr Vollversammlungsprinzip also zugunsten eines Delegiertensystems aufgeben, würde ihr diese Basis entzogen.

### 3.3 Zwischen piratigem Mandat und politischer Strategie

Während also im innerparteilichen Organisationsaufbau einige strukturelle Schwierigkeiten unübersehbar sind, scheint auf den ersten Blick die Aktionsfähigkeit der Piratenpartei davon nicht tangiert zu sein. Bei näherem Hinsehen wirkt das erstaunlich, denn abgesehen von den beschriebenen subkulturellen Wurzeln agiert die Piratenpartei geradezu entrückt, scheut Kontakte zu Institutionen, Verbänden und Vereinigungen. Korporatistische Strukturen sowie die Macht von Lobbyorganisationen sind den Piraten verdächtig. Punktuell kooperiert man mit Bürgerinitiativen und Organisationen, aber eben nicht strategisch. Statt einer festen Zusammenarbeit setzt die Piratenpartei auf das „piratige Mandat“. Damit wird die Selbstermächtigung bezeichnet, die es jedem einzelnen Parteimitglied möglich macht, jederzeit für die Partei aktiv zu werden. Als Individuum handelt man dabei letztlich im Interesse, aber nicht im Namen der Gesamtpartei.

„Matthäus-Effekt“

Zentraler Anreiz für eine Mitwirkung in der Partei und für die Partei ist in erster Linie das Gemeinschaftsgefühl, welches die Partei vermittelt (Wilde 2011: 41 ff.; Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 19). So wird immer wieder angeführt, dass es für die aktiven Mitglieder ein besonderes Erlebnis darstelle, die Personen von Angesicht zu Angesicht zu treffen, denen man zuvor im virtuellen Raum begegnet ist. Für immerhin 78 Prozent der Piraten stellt das „piratige Miteinander“, also die soziale Interaktion mehrerer Piraten untereinander, einen der zentralen Motivationsaspekte für die Mitarbeit bei den Piraten dar (Kegelklub 2012: 14).

Gemeinsame kulturelle Codes verstärken diese Erfahrung, weil sie das intuitive Wiedererkennen von Gleichgesinnten erleichtern und eine gewisse Exklusivität schaffen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt (Siri 2012: 148). Bei den Piraten werden dazu vorwiegend Chiffren und Symbole aus der Internetkultur verwendet (Hensel 2012a: 46): Nicht wenige Piraten konsumieren das koffeinhaltige Getränk Club Mate, tragen schwarze Kleidung, T-Shirts mit kryptischen Aufschriften oder verwegenen Motiven oder kopieren typische Codes der Hackerkultur. Derartige äußere Erkennungszeichen fördern die Binnenintegration, bleiben aber in der externen Kommunikation oftmals unverstanden oder führen zu Fehlinterpretationen. Gerade die ironischen Referenzen auf Internetphänomene sind für Außenstehende schwer zu durchdringen und fördern den Eindruck, bei den Piraten handele es sich um eine Truppe verschrobener Sonderlinge. Selbiges gilt für die mit Ausdrücken aus der Computerkultur unterlegte

Sprache der Partei, für Anspielungen auf Science-Fiction-Romane oder die Vorliebe für groteske YouTube-Videos. Wer sich den Piraten neu anschließt, kommt nicht umhin, diese Codierung zumindest partiell zu übernehmen. Eine habituell begründete Gemeinschaft mag motivierend sein, gewährleistet jedoch beileibe noch keine kooperativ agierende Gruppierung.

Tatsächlich fallen die Piraten durch eine beachtliche organisatorische Diversität auf: Kreis-, Landes- oder Bundesparteitage sowie die umfangreiche netzgestützte Kommunikation ermöglichen es jedem Mitglied, sich zu informieren und jederzeit dort auch zu partizipieren. Abseits der territorialen Strukturen kann man sich außerdem in einer der zahlreichen thematischen Arbeitsgemeinschaften einbringen oder ohne große Mühen selbst eine gründen. Die Partei funktioniert in erster Linie, weil es unzählige Mitwirkungsmöglichkeiten gibt, die alle irgendwie Teil der Piratenpartei sind.

Formal führt der jährlich zu wählende Vorstand diese Aktivitäten auf der jeweiligen Ebene zusammen. Vorstände bestehen in der Regel aus einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden und einem Schatzmeister. Dazu kommen Generalsekretäre, politische Geschäftsführer und Beisitzer. Bei den Terminen weichen die Piraten von den üblichen Bezeichnungen anderer Parteien etwas ab: Der Generalsekretär ist eher ein Geschäftsführer, der vorrangig organisatorische Aufgaben erledigt, wohingegen der politische Geschäftsführer eher wie ein Generalsekretär den jeweiligen Vorstand nach innen und außen vertritt.

*Inklusive Mitwirkung –  
exklusive Netzkultur*

► Tabelle 3:

**Bundesvorstände der Piratenpartei**

Wahl	Vorsitzende	Stellvertretende Vorsitzende	Schatzmeister	Politische Geschäftsführer	Generalsekretäre	Beisitzer
2006	Christof Leng	Jens Seipenbusch	Peter Böhm	Jan Huwald	Stefan Lamprecht	Christoph Strasen Matthias Mehldau
2007	Jens Seipenbusch	Sven Riedel	Peter Böhm	Jan Huwald	Bastian Grundmann	–
2008	Dirk Hillbrecht	Jens Seipenbusch	Sebastian Schäfer	Bernhard Schillo	Hauke Kruppa	–
2009 <sup>1</sup>	Jens Seipenbusch	Andreas Popp	Bernd Schlömer	–	–	Jan Simons Thorsten Wirth Nicole Hornung Aaron Koenig
2010	Jens Seipenbusch	Andreas Popp	Bernd Schlömer	–	–	Christopher Lauer Benjamin Stöcker Daniel Flachshaar Wolfgang Dudda
2011	Sebastian Nerz	Bernd Schlömer	Rene Brosig	Marina Weisband	Wilm Schumacher	Gefion Thürmer Matthias Schrade
2012	Bernd Schlömer	Sebastian Nerz Markus Bahrenhoff	Swanhild Götze	Johannes Ponader	Sven Schomaker	Matthias Schrade Klaus Peukert Julia Schramm

<sup>1</sup> 2009 und 2010 hatte die Partei zwischenzeitlich die Ämter von Generalsekretär und politischem Geschäftsführer abgeschafft, dafür wieder Beisitzer gewählt.

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung mit Daten von Niedermayer (2013b: 95).

### Verwaltende Vorstände

Das Organisationsideal der Piraten beschränkt die Aufgaben des Vorstands in erster Linie auf administrative und organisatorische Handlungsfelder. Die Vorstände sollen die Partei zwar in der Öffentlichkeit repräsentieren, klassische Aufgaben der politischen Führung und inhaltlichen Ausrichtung werden ihnen jedoch faktisch untersagt. Die meisten Amtsinhaber orientieren sich auch daran und konzentrieren sich auf organisatorische und administrative Tätigkeiten. In ihren Rechenschaftsberichten, in denen sie schon mal Erläuterungen über die Zahl der etikettierten Briefe abgeben,

unterstreichen sie diese Einstellung. Zwar streben einzelne Landesvorsitzende und Mitglieder des Bundesvorstandes eine stärkere programmatische Orientierung und politische Führung an, sie kommen jedoch gegen die von der Parteibasis gehegten Prinzipien bislang nicht an. Inhaltliche Äußerungen oder programmatische Impulse von Vorstandsmitgliedern werden umgehend von einem erheblichen Teil der Parteibasis lautstark attackiert (Wenzlaff 2012: 52). Eine Erweiterung von Vorstandsaufgaben wird effektiv dadurch verhindert, dass den Vorständen sowohl das Recht dazu bestritten wird

als auch die jeweiligen konkreten Aussagen kritisiert werden. Die hohen Anforderungen und das ständige Misstrauen der Parteibasis gegenüber ihren Vorständen und die geringe Bereitschaft, politische Erfolge zu honorieren, begünstigen häufige Personalwechsel. Spätestens ab der Landesebene müssen die Vorsitzenden damit rechnen, nach ein oder zwei Jahren im Amt abgewählt zu werden. Auch auf Bundesebene fällt die geringe personelle Konstanz in den Führungspositionen ins Auge. Lediglich Jens Seipenbusch und Bernd Schlömer konnten sich länger als zwei Jahre im Vorstand halten.

Die Koordination der Landesverbände untereinander erfolgt in der Piratenpartei in informeller Form. Die wichtigste formelle Runde dazu ist das monatliche Vorstandstreffen namens Marina, das über die Software Mumble im Internet und seit 2010 einmal jährlich in Kassel abgehalten wird. Es dient der internen Vernetzung und politischen Kooperation und soll zugleich das soziale Miteinander fördern. Eine ähnliche Stellung wie das Vorstandstreffen nimmt die Konferenz OpenMind ein, auf der die Piraten vornehmlich über inhaltliche Fragen debattieren.

Neben den Vorstandsfunktionen existieren zahlreiche weitere Funktionen, Beauftragungen und Sprecherpositionen, deren Zahl in den vergangenen Jahren angewachsen ist. Vielfach gilt daher, dass für jeden aktiven Piraten auch ein Posten gefunden wird. Zugleich ist ein ambivalentes Verhältnis gegenüber Funktionsträgern festzustellen. Im Kern ist die Partei mittlerweile durch die zahlreichen Funktionen

eine Funktionärspartei; trotzdem reagiert sie instinktiv kritisch und latent misstrauisch gegenüber ihren Vorständen, Mandatsträgern und Verantwortlichen. Das findet seinen Niederschlag schon in der oftmals sehr scharfen Form der Befragung von Kandidaten für den Vorstand und für anstehende Wahlen. Die Aspiranten müssen sich hierbei einem Befragungsritual stellen, das als „Kandidatengrillen“ bezeichnet wird und verhindern soll, dass Personen gewählt werden, die zu autonom gegenüber der Basis agieren. Den Fragenden geht es dabei in aller Regel nicht allein um eine reine Information, sondern sie versuchen, einzelne Bewerber suggestiv zu diskreditieren (Henzler 2012a; Wallbaum 2012a).

Die Fragesteller sind oftmals selbst Funktionsträger der unteren oder mittleren Parteebenen und nutzen ihren Informationsvorsprung, ihre Erfahrung und natürlich ihre persönliche Autorität, um implizite Empfehlungen an das Plenum zu geben. Während im Delegiertensystem die örtlichen Vorsitzenden direkte Ansagen gegenüber ihrer jeweiligen Delegation auf der Grundlage eigener Absprachen mit anderen Funktionsträgern machen, würde ein solches System der Vorbesprechungen dem von den Piraten propagierten offenen Ansatz zuwiderlaufen. Trotzdem etabliert sich unter dem Deckmantel der Kandidatenbefragung ein System der Einflussnahme, welches letztlich sehr ähnlichen Mechanismen unterliegt wie die Einflussnahme bei den etablierten Parteien.

Das Verfahren des Kandidatengrillens offenbart eine weitere interessante Eigenschaft der Piratenpartei: Der etablierte Stand der

### *Häufige Personalwechsel*

### *Dominanz des Mehrheitsprinzips*

Parteimeinung wird von den Fragestellern oftmals mit einer derartigen Überzeugung vorgebracht, dass die zur Wahl stehenden Kandidaten quasi zur Reproduktion eines aktuellen innerparteilichen Glaubensbekenntnisses genötigt werden. Im Zweifelsfalle bekennen sich die Kandidaten „hundertprozentig“ zum Programm der Partei und sind bereit, auf ihre eigene inhaltliche Meinung zugunsten der Meinung der Parteibeschlüsse zu verzichten, aber gleichwohl ihre Freizeit für die Partei zu opfern. Durch die immer wiederkehrenden Verweise auf den bisherigen Stand der politischen Kultur und der politischen Inhalte wird deutlich, dass die Partei in Bezug auf neue Meinungen und Positionen mitnichten vollkommen offen ist. Zwar koexistieren in der Partei verschiedene Meinungen und Positionen, was durch den hybriden, also gemischten Organisationsaufbau gefördert wird. Wenn jedoch ein relativer Konsens in bestimmten Fragen erreicht ist, werden neue oder abweichende Meinungen und Positionen vor allem im programmatischen Prozess oftmals marginalisiert.

Dass die Piraten in Bezug auf innerparteilichen Minderheitenschutz nicht allzu sorgsam sind, zeigt sich im Fehlen einer satzungsrechtlich verbindlichen Wahlordnung. Einige wenige Landesstatute, wie diejenigen von Bremen oder des Saarlands, haben für ihren Geltungsbereich die Wahlverfahren ganz oder in Teilen festgeschrieben; doch ganz überwiegend beschließen die jeweiligen Parteitage diese als Teil ihrer Geschäftsordnung. So kann im Verlauf einer Versammlung das Verfahren durch

neuerliche Mehrheitsentscheidung abgeändert werden. Es fehlt jedoch die für demokratische Prozesse essenzielle Verfahrensklarheit, die Minderheiten davor schützt, plötzlich überumpelt zu werden, und die mit feststehenden Quoren und Verfahrensschritten für bestimmte Beschlüsse eine besonders anspruchsvolle Legitimationsgrundlage vorschreibt. Verbindliche Regelungen sind dabei unabhängig von der Zusammensetzung einer Versammlung und verhindern, dass Minderheiten mit einer vor Ort beschlossenen einfachen Mehrheitsregel überstimmt werden können.

Tatsächlich fußt die Organisation der Partei stark auf dem Ansatz, das Mehrheitsprinzip zum alleinigen Kriterium des demokratischen Entscheidungsprozesses zu erklären. Minderheiten haben daher in der Partei strukturell schlechte Chancen auf Repräsentation. Das vorwiegend verwendete Wahlverfahren, bei dem man unabhängig von der Zahl der zu besetzenden Positionen beliebig viele Kandidaten ankreuzen kann, ist seinerseits darauf angelegt, die Kandidaten des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ (Szpiro 2011: 196) zu wählen. Polarisierende Personen mit überbordenden idealistischen oder dezidierten programmatischen Vorstellungen haben darin kaum Chancen. Die Dynamik der Auswahl ist ferner darauf angelegt, möglichst Amtsträger hervorzubringen, die ihre eigene persönliche Meinung hinter der basisdemokratisch entwickelten zurückstehen lassen. Wer sich derart zurückhaltend gibt, überdies bereits in möglichst vielen innerparteilichen Zirkeln mitarbeitet, umfangreich digital kommuniziert und obendrein bereitwillig

viele lästige Verwaltungsaufgaben übernimmt, hat beste Chancen, gewählt zu werden.

Die den Vorständen zugewiesene Rolle spiegelt den zentralen Stellenwert des Prinzips der Selbstorganisation bei den Piraten. Dieses resultiert vor allem aus den privaten und beruflichen Erfahrungswerten vieler Mitglieder im Bereich der Softwareentwicklung und der Internetkultur. Dort ist es möglich, auch ohne eine formale Hierarchie Prozesse und Gruppen zu organisieren und zu koordinieren. Dieses Ideal, das in seiner organisationstheoretischen Anwendbarkeit keineswegs unumstritten ist (Lanier 2010; Stegbauer 2009: 173 ff.), steht Pate für die Arbeitsweise der Piraten.

Zentral ist dafür die Annahme, dass durch Schwarmintelligenz ein höheres Maß an Wissen und Kreativität aktiviert werden kann als durch einen umgrenzten Kreis von Experten. Delegation setzt bei den Piraten überall dort ein, wo Aufgaben von Vorständen personell nicht mehr erfüllt werden können oder wo die Vorstände die Gefahr sehen, dass sie ihre Kompetenz zur politischen Arbeit überschreiten. In diesem Fall werden einzelne Piraten oder Gruppen mit der Erledigung von Aufgaben beauftragt oder nehmen sich dieser eigenmächtig an, wobei sich die zuständigen Piraten ihrerseits durch kooperative, vorwiegend netzgestützte Arbeitsprozesse selbst koordinieren. Die eindeutige Stärke dieser Struktur zeigt sich in hochverdichteten Wahlkampfphasen (Bieber 2012a: 30; F. Neumann 2011: 50), wenn die Parteimitglieder an verschiedenen Stellen unkoordiniert und parallel an Themen und Aktionen arbeiten. Eine solche Form der Organisation

mag nicht sonderlich effizient, oftmals gar unprofessionell sein, dafür ist sie allerdings in jedem Falle originell und vielfach auch effektiv (Henzler 2012b; Winkler 2012: 513).

Allerdings ist die Form der Schwarmorganisation nicht vor gravierenden Fehlentscheidungen gefeit. In der als Referenz für die Arbeit der Piratenpartei gut geeigneten Online-Enzyklopädie Wikipedia sind selbst Beiträge, die eine große Nutzerzahl erreichen, fehleranfällig oder vor Manipulationsversuchen nicht sicher (Stegbauer 2009: 174). Im Schwarm selbst entsteht zudem oftmals eine Hierarchie, die sich nicht unbedingt von Autorität, Anerkennung und Qualifikation ableitet, sondern von der bloßen Masse der selbst geleisteten Beiträge. Hinzu kommt, dass der Schwarm in der Regel nichts genuin Neues produziert, sondern nur bereits vorhandenes Wissen neu kompiliert (Lanier 2010: 162). Dementsprechend sind die Piraten zwar in der Lage zu reagieren, selten aber zu agieren.

Die Organisationsstruktur der Piratenpartei funktioniert somit dann besonders gut, wenn es ein klares Ziel gibt. Praktisch braucht es oftmals Anstöße von außen, um das System in produktive Wallung zu bringen. Ein anstehender Wahltermin ist ein solcher Impuls. Ansonsten ist die bei den Piraten verbreitete Schwarmorganisation zu einer politisch notwendigen, strategisch geplanten Agendasetzung kaum in der Lage. Dafür bedürfte es wohl eines strategischen Zentrums; doch den eigentlich dafür prädestinierten Vorständen wird keine inhaltliche und strategische Führung zugebilligt. Obendrein fehlt der Partei ein profes-

### *Schwarmintelligenz*

sionelles Umfeld mit Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen ebenso wie ein schlagkräftiger hauptamtlicher Apparat, der den Vorständen die lästigen und zeitintensiven Verwaltungsaufgaben abnehmen könnte und so die Steuerungsfähigkeit der Vorstände stärken würde.

Seitdem die Piraten Mandate wahrnehmen und damit plötzlich in sämtlichen Politikfeldern agieren, muss die Partei zudem zu Themen Position beziehen, die bislang ausgeblendet waren. Die Vorstände der Piratenpartei, die es gewohnt sind, sich in Sachfragen zu enthalten, stehen auf einmal unter einem Handlungsdruck, den sie nicht erfüllen können. Das von den derart domestizierten Vorständen hinterlassene politische Vakuum füllen zunehmend die Piratenfraktionen. Die Mandatsträger entwickeln durch die Parlamentsarbeit fachliche Expertise. Sie verfügen durch die Fraktionsbüros über mehr oder minder umfangreiche hauptamtliche Ressourcen. Außerdem haben sie privilegierten Zugang zu den wissenschaftlichen Beratungsdiensten der Parlamente oder erhalten Auskünfte der Verwaltungen. Sie werden mit Beschlussvorschlägen konfrontiert und können sich auf der Grundlage der Debatten in den Gremien eine differenzierte und vor allem informationsgesättigte Meinung bilden. Insgesamt zeichnet sich folglich eine Spaltung der Partei in besser ausgestattete Mandatsträger und einfache Mitglieder ab, womit die Fraktionen eine besondere Machtstellung innerhalb der Partei erlangen. Die Abgeordneten und kommunalen Mandatsträger geben auch sonst mit dem Nachdruck ihrer politischen Verant-

wortung Fragestellungen, Themen und Anliegen vor und hoffen darauf, dass sich dazu die passenden Meinungen, Erfahrungswerte und Wissenshintergründe in der Partei finden. Sie sind also diejenigen, die Agendasetting im Alltagsgeschäft betreiben. Die Prozesse erfolgen insofern „top-down“. Initiativen von der Basis hingegen versanden oftmals, da entsprechende Kommunikationsflüsse bislang nicht ausreichend organisiert werden oder das tatsächliche Interesse der Mitglieder hinsichtlich einer Partizipation an der parlamentarischen Arbeit überschaubar bleibt. Werden Basisinitiativen nicht von den Mandatsträgern mit besonderem Engagement gefördert, können diese sich nur an den Parteitag richten, entfalten aber nicht unbedingt eine Wirkung im Alltag der Mandatsträger. Hierzu fehlt es schlicht an einem Adressaten, der seinerseits mit dem passenden politischen Gewicht Forderungen den Mandatsträgern gegenüber vorbringen könnte. Andererseits verhindert ein dichter Terminplan allzu oft, dass die Mandatsträger regelmäßig an Stammtischen und anderen Parteitreffen teilnehmen.

Zugleich ist auf lokaler Ebene zu beobachten, dass die Aktivitäten der dortigen Mandatsträger den Charakter der Partei vor Ort verändern und den politischen Fokus in eine pragmatische, lokalpolitische Richtung verschieben können. Dieser Prozess scheint durchaus ambivalente Folgen zu zeitigen (Hensel 2012a: 48). So erschließt sich die Piratenpartei lokalpolitisch relevante Themen, erhält Zugang zu Initiativen vor Ort und kann als parlamentarischer Hebel für umkämpfte Anliegen agieren. Hier-

durch öffnen und diversifizieren sich die Piraten inhaltlich und avancieren zum Sammelbecken für politisch Engagierte verschiedenster Couleur. Die Kehrseite davon ist, dass die Partei inhaltlich zunehmend beliebig zu werden droht. Der Zustrom von zum Teil sehr partikular Interessierten einerseits und einer politisch bereits recht festgefahrenen Klientel andererseits hat natürlich für die inhaltliche Weiterentwicklung und kollektive Identität der Gesamtpartei Folgen, die gegenwärtig schwer absehbar sind.

Die Neumitgliedschaft diffundiert nämlich in sehr unterschiedliche Strukturen und Arbeitszusammenhänge. Neben den territorialen Gliederungseinheiten sind die thematischen Arbeitsgemeinschaften von besonderer Bedeutung. Die Partei verfügte allein auf Bundesebene im Januar 2013 über 71 politische Arbeitsgemeinschaften, über 14 Arbeitsgemeinschaften für Öffentlichkeitsarbeit, 9 Technik-Arbeitsgemeinschaften und 8 sonstige. Die Zahl der Arbeitsgemeinschaften hat sich – entsprechend dem Mitgliederwachstum – binnen Jahresfrist nahezu verdoppelt. Zu deren Abstimmung auf Bundesebene dient die Koordinatorenkonferenz, die aus dem Kreis der AG-Koordinatoren heraus gewählt wird.

Als Vorfeldorganisation existiert für unter 28-Jährige die Jugendorganisation Junge Piraten (JuPis). Die JuPis verfügen über einen Bundesvorstand und sechs Landesverbände sowie über Stammtische und Crews in sechs weiteren Bundesländern. Die Gliederung folgt somit dem Vorbild der Mutterpartei. Wie auch bei den Hochschulgruppen der Piraten, die in einigen

Studierendenparlamenten Mandate innehaben, sind die Aktivitäten und der Einfluss dieser Umfeldorganisation sehr begrenzt.

### 3.4 Kommunikationswege

Wie bereits angedeutet, unterscheidet sich die Piratenpartei von etablierten Parteien besonders fundamental in ihrem internen Kommunikationsverhalten. Konsequenterweise greift sie auf Web-2.0-gestützte Kommunikationswege zurück. Etliche der Aktiven bloggen oder sind bei Facebook, Google+ oder Twitter aktiv. Die Partei nutzt daneben eigene digitale Kommunikationsinstrumente, welche die klassische Parteistruktur aus Gebietsverbänden und thematischen Gruppen ergänzen.

Als „Schwarzes Brett“ (Wilde 2011: 17) fungiert das Wiki der Partei. Dort finden sich Tagesordnungen, (Wort-)Protokolle oder allgemeine Informationen zu Parteitagen und Vorstandssitzungen. Dokumentiert sind die Satzungen und Geschäftsordnungen der Gliederungen und Gremien. Die Piraten erhalten hier für ihre Arbeit vor Ort Hilfestellungen, allgemeine Informationen, Grafiken für ihre eigenen Internetpräsenzen oder Wahlkampfauftritte, Anträge, Werbematerialien oder Verfahrensfragen. Alle wesentlichen inhaltlichen oder organisatorischen Ressourcen werden darüber ausgetauscht. Neben dem Wiki existieren weitere digitale Informationsplattformen wie das Online-Magazin „Flaschenpost“ oder Podcastangebote wie das nordrhein-westfälische „Krähennest“ oder in Süddeutschland der „Freibeuterhafen“.

*Netzgestützte  
Parteikommunikation*

Als Arbeitsinstrument für Sitzungen und Besprechungen stehen zwei Tools zur Verfügung. Zum einen nutzt die Partei die Software Mumble, mittels deren sie Sitzungen von Vorständen, Arbeitsgruppen oder Arbeitsgemeinschaften online abhalten kann. Das ganze System ähnelt einer Telefonkonferenz, die ausgezeichnet wird und hinterher im Internet abgerufen werden kann. Zur Unterstützung zahlreicher Prozesse dienen Etherpads, eine Art virtueller Notizbücher, die eine zeitgleiche kooperative Arbeit am selben Text zulassen. Tagesordnungen, Anträge oder Pressemitteilungen werden bei den Piraten darüber editiert. Für innerparteiliche Diskussionen und Informationen stehen zahlreiche Mailinglisten zur Verfügung. Obwohl jede Gliederungsebene mindestens eine eigene unterhält, sind diese für die Partei nur bedingt repräsentativ. Insbesondere die sogenannte Aktivenliste auf Bundesebene dient in erster Linie als Kritikforum, dem bestenfalls eine kathartische, meist jedoch bloß eine destruktive Funktion zukommt. Demgegenüber kommunizieren die Piraten auf regionalen Listen oftmals wesentlich konstruktiver oder tauschen dort Termine und organisatorische Informationen aus.

Schließlich existieren noch einige Meinungsbildungstools wie LimeSurvey, um Umfragen unter den Mitgliedern abzuhalten (Bieber 2012a: 31). Als zentrale Plattform für die virtuelle Meinungsbildung präferieren etliche Pira-

ten das System LiquidFeedback. Dort kommen Abstimmungs-, Diskussions- und Editionsmechanismen gleichermaßen zur Anwendung. Das System wird eingesetzt, um Ideen für Anträge zu entwickeln, diese zur Diskussion zu stellen und um schließlich Stimmungsbilder zu erheben. Die Besonderheit ist, dass man nicht fortwährend selbst aktiv sein muss, sondern sein Stimmrecht an andere Piraten ganz oder teilweise delegieren kann, wobei diese Delegation jederzeit wieder zurückgenommen werden kann (Paetau 2010). Außerdem hat man die Möglichkeit, Delegationen, die man selbst erhalten hat, an andere weiterzureichen.

Dieses System ist damit zwar relativ flexibel und ermöglicht einen Wechsel zwischen plebiszitären und advokativen<sup>1</sup> Elementen, womit versucht wird, differenziert auf die veränderten Ansprüche an politische Partizipation einzugehen. Allerdings hat dies zur Folge, dass einige Mitglieder über ein beachtliches Stimmengewicht verfügen und allein ihr Votum bereits ausschlaggebend sein kann (Neumann/Fritz 2012: 334). Demokratietheoretisch ist die Einordnung des Systems LiquidFeedback keineswegs eindeutig. So folgen die Piraten hiermit weder einem rein repräsentativen Verfahren noch einem rein direktdemokratischen Ansatz, noch entspricht die Vorgehensweise imperativen Mandaten, bei denen Abgeordnete an inhaltliche Forderungen der Vertretenen gebunden sind (Buck 2012: 629). Ebenso beach-

### *Vielschichtige digitale Meinungsbildung*

<sup>1</sup> Normalerweise unterscheidet man zwischen plebiszitär und repräsentativ. Faktisch ist aber das System so ausgestaltet, dass für die Repräsentation durch einen anderen diesem ein individuelles und jederzeit widerrufbares Mandat erteilt wird. Es ist also mitnichten ein imperatives Mandat, sondern eher eine Ermächtigung wie bei einem Advokaten, dem man das rechtsanwaltliche Mandat auch jederzeit entziehen kann.

tenswert ist die herausgehobene Stellung der Funktion der Delegation und Repräsentation, die LiquidFeedback von dezidiert direktdemokratischen Systemen abhebt (Dobusch 2012). Vielmehr lässt sich das System dadurch als Instrument einer auf herrschaftsfreien und beteiligungsorientierten Verhandlungsdemokratie auffassen. Teile der Partei versprechen sich vom Ausbau von LiquidFeedback eine dauerhafte verbindliche parteiinterne Kommunikationsstruktur.

Doch das System ist bei anderen Mitgliedern höchst umstritten. Wie wenig Wirkung seine Ergebnisse entfalten, zeigt sich regelmäßig bei Parteitag. Nicht selten klaffen die Meinungsbilder im System und die realen Mehrheiten stark auseinander (Neumann/Fritz 2012: 334). Einige Befürworter des Systems machen darauf aufmerksam, dass man LiquidFeedback richtig verstehen müsse: Nur Anträge und Positionspapiere, die von einer überwältigend großen Mehrheit angenommen wurden, haben Aussicht, in einer realen Abstimmung auf einem Parteitag zu bestehen. Das wiederum stellt natürlich die Funktionsweise des Systems selbst in Frage. Gerade Schlüsselentscheidungen fallen in einer Demokratie oftmals erst nach erbitterten Kontroversen mit knappen, zugleich polarisierten Mehrheiten. Wenn das System dazu ungeeignet ist, so stellt sich natürlich die Frage, ob es eine Legitimation für die Arbeit der Partei entfalten kann.

Ein Grund für die unzureichende Verbindlichkeit ist die verhältnismäßig geringe Beteiligung an diesem Medium. So sind zwar immerhin rund 11.000 der offiziell 34.000 Mit-

glieder registriert. Gemessen an den zahlenden Mitgliedern wäre rund die Hälfte aller Piraten in LiquidFeedback vertreten, wovon aber wiederum lediglich die Hälfte überhaupt aktiv teilnimmt, sodass eben nur ein Bruchteil der Mitglieder tatsächlich einbezogen wird. LiquidFeedback trägt zudem keineswegs dazu bei, das Problem der Unübersichtlichkeit in der Parteikommunikation zu vermindern. Debatten werden aus dem System oftmals in Pads, Mailinglisten oder ins Wiki verlagert. Über Twitter und Mailinglisten wird für eigene Initiativen im System geworben oder werden diese wieder in Erinnerung gebracht, wenn die finale Abstimmung naht (Wagner 2012: 112).

Wie wenig LiquidFeedback gegenwärtig in der Lage ist, einen umfassenden Einbezug der Parteibasis in die relevanten Debatten zu gewährleisten, wird unter anderem daran deutlich, dass in der Regel inklusive der delegierten Stimmen nur 400 bis 700 Stimmen bei einer Abstimmung festgestellt werden. Die zentrale Kritik richtet sich dabei weniger auf die geringe Teilnehmerzahl bei der Abstimmung, auch weil zu erwarten ist, dass das System erst in dem Moment umfangreichere Attraktivität und damit Teilnehmer gewinnen kann, in dem diese auch tatsächlich relevante Beschlüsse produzieren können. Vielmehr wird im LiquidFeedback-System ein weit verbreiteter Kerngedanke der Demokratie verletzt: der nämlich, dass Demokratie nicht auf die Partizipation abzielt, sondern auf die Inklusion aller Individuen (Buck 2012: 632). Repräsentative Systeme sind darin überlegen, weil deren Mandatsträger stets die Interessen aller Bürger zu berücksichtigen haben, also

### *Probleme von LiquidFeedback*

auch derjenigen, die sie nicht gewählt haben (ebd.). Wie viele andere direktdemokratische oder basispartizipatorische Systeme gewährleistet LiquidFeedback diesen Anspruch nicht.

In der Praxis des Systems werden politische Entscheidungsprozesse überdies fragmentiert und in disparate Fachsphären überführt. So ist das System in mehrere Fachforen untergliedert, wobei sich jedes Mitglied zu beliebig vielen anmelden kann. Diskussionen und Abstimmungen erfolgen jedoch stets nur innerhalb eines Fachforums. Die Aufsplitterung in verschiedene Arenen hat weitreichende Konsequenzen. Ein Thema gelangt nämlich nur dann zur Abstimmung, wenn zehn Prozent derjenigen Teilnehmer, die sich für ein Politikfeld interessieren, auch eine Initiative unterstützen. Bereits die Wahl einer Facharena kann also erheblichen Einfluss auf den Erfolg einer Initiative haben. Durch die unterschiedlich hohe Zahl von registrierten Teilnehmern ist schon das Erreichen des benötigten Quorums unterschiedlich schwer. Je differenzierter die Themenfelder sind, desto größer die Chance, Initiativen in einer genehmen Politikarena platzieren zu können. Somit wird die Parteimitgliedschaft eben letztlich nicht in ihrer Gesamtheit erreicht, sondern eben nur in einer fachlich differenzierten Teilgruppe angesprochen.

Dadurch erzeugen die Piraten eine Form der politischen Fragmentierung, die die Gefahr mangelnder Konsistenz und des Kontrollverlusts in sich birgt (Guggenberger 2012: 11). Während der gewöhnliche Organisationsaufbau einer Partei darauf basiert, dass die jeweiligen Delegierten einen Ausgleich zwischen

widerstreitenden Interessen erzielen, ist das bei LiquidFeedback keineswegs erforderlich. Man kann seine Stimme einem vehementen Vertreter von Steuersenkungen übertragen und gleichzeitig den Befürworter skandinavischer Sozialstaatsmodelle beauftragen. Dass beide Ansätze nicht zusammenpassen, leuchtet unmittelbar ein. Doch das muss in der jeweiligen Einzelfrage demjenigen, der seine Stimme delegiert, nicht unbedingt klar sein, da er ebenso in unterschiedlichen Facharenen agiert wie diejenigen, die seine Delegation empfangen. Eine Stärke der repräsentativen Demokratie ist demgegenüber die Verantwortlichkeit desjenigen, der das Vertrauen bei der Wahl erlangt hat. Er muss sich für sein gesamtes Handeln rechtfertigen und wird zu einer Globalperspektive genötigt. Er muss seine Zustimmung zu einem komplizierten Kompromiss, der verschiedenste Ansprüche berücksichtigt, erklären und verantworten können. In LiquidFeedback kann man hingegen die Aushandlungsebene umgehen und sich auf die fragmentierten Teilarenen konzentrieren.

Als Kernproblem von LiquidFeedback gilt aus innerparteilicher Perspektive ein Konflikt, der an den Grundfesten der Partei ansetzt. So sind Transparenz und Datenschutz schwer miteinander zu vereinbaren. Gegenwärtig müssen die Teilnehmer in LiquidFeedback nicht mit ihrem Klarnamen agieren. Dadurch ist aber schwer nachzuvollziehen, ob Abstimmungen tatsächlich manipulationsfrei verlaufen sind. Die Benutzung von Klarnamen wird jedoch mit dem Argument abgelehnt, dass hierdurch eine vollständige Datei mit allen Abstimmungsver-

halten entstünde, was wiederum im Widerspruch zum für viele Piraten zentralen Prinzip des Datenschutzes steht. Dieser und damit letztlich das Wahlgeheimnis – bei knappen Mehrheiten auf Parteitagern stimmen die Piraten in aller Regel auch geheim ab – wären jedenfalls nicht gewahrt, und dadurch liefen Vertreter von Minderheitenpositionen stets Gefahr, an den innerparteilichen Pranger gestellt zu werden. Diese Widersprüche veranlassten im September 2012 sogar die Softwareentwickler von LiquidFeedback, sich von der Art und Weise zu distanzieren, wie die Piratenpartei dieses Instrument einsetzt (Behrens u. a. 2012).

In der wissenschaftlichen Debatte über LiquidFeedback finden sich gegenwärtig Stimmen, die neben der mangelnden Inklusionsleistung einen Aspekt kritisieren, der auf viele digitale Kommunikations- und Entscheidungsverfahren zutrifft. Internetkommunikation basiert oftmals auf textueller Interaktion, die eine besonders abstrakte Rationalitätsebene anspricht. In der Alltags- und in der politischen Kommunikation dominiert dagegen die Identifikation mit Personen und mit Symbolen, weswegen diese Ebene für die Legitimation demokratischer Institutionen nach wie vor immens wichtig ist (Buck 2012: 633). Auf der Ebene der digital vermittelten textuellen Kommunikation wird dagegen etliches ausgeblendet, was „zum Wesen der Demokratie“ (Kleinert 2012: 21) gehört: Die rhetorische Gabe eines Redners, sein Charisma oder seine Ausstrahlung beeinflussen die Willensbildung ebenso sehr wie Emotionen, habituelle Gemeinsamkeiten, Vertrauen oder Misstrauen oder gemeinsame Erfah-

rungen miteinander. Auch wird in der Praxis die Kompetenz eines Akteurs nicht allein aus seinen Argumenten abgeleitet, sondern entscheidend ist eben auch, ob es glaubwürdig, seriös und überzeugend wirkt, wie er sie vorträgt, wie er sich im Diskurs schlägt, wenn er keine Zeit hat, um auf Nachschlagewerke zuzugreifen, sondern schnell reagieren muss. Natürlich steht die Überbetonung solcher Elemente des politischen Diskurses jenseits des rationalen Arguments auch in der Kritik (Oberreuter 2012: 30). Dennoch verengt die reine Konzentration auf die textuelle Ebene wichtige Aspekte der demokratischen Willensbildung.

Die Vielzahl an Kommunikations- und Mitwirkungsmöglichkeiten bringt es mit sich, dass verschiedene, eher parteiintern genutzte Kommunikationswege (Mailinglisten, LiquidFeedback, LimeSurvey) mit in die Öffentlichkeit gerichteten Kommunikationsformen (Blogs, Twitter, Facebook und Ähnliches) um die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder konkurrieren. Inhärent ist eine latente Tendenz zur Informationsüberflutung (Guggenberger 2012: 13). Selbst wer nur einzelnen Kommunikationskanälen folgt, gerät in Schwierigkeiten, sich in der Menge der Informationen im Rahmen seines zumeist begrenzten Zeitbudgets zurechtzufinden. Da grundsätzlich alle Nachrichten und Informationen mit gleicher Priorität und gleicher Wertigkeit distribuiert werden, muss der Empfänger beispielsweise erst den umfänglichen Mailverkehr wirksam filtern.

Wie sehr die bloße Masse von Nachrichten dazu führen kann, dass wichtige Informationen untergehen, demonstrierte Nordrhein-Westfa-

*Informations-  
überflutung*

lens Piratenchef Sven Sladek an dem Tag, an dem der dortige Landesvorstand seinen politischen Geschäftsführer entließ. Sladek teilte im Verlauf des Tages unter anderem mit, dass er „nur noch Schokobananen essen“ werde, er Mitfahrgelegenheiten anbieten könne und dass es „kein schöner Abend“ gewesen sei. Nur in einem Tweet deutete er dann die Vorkommnisse im Landesvorstand an.

### 3.5 Flexibilität und Komplexität als Organisationsherausforderung

Die Vielfalt an digitalen Kommunikationsstrukturen und der hybride bis anarchische Organisationsaufbau der Partei eröffnen den Mitgliedern, aber auch Außenstehenden oder Sympathisanten in erheblichem Maße Mitwirkungsmöglichkeiten, die eher direktpartizipatorisch als direktdemokratisch sind. Diese Unterscheidung ist mitnichten nur semantischer Art: „Durch ihre flexiblen Organisationsformen und ihr wenig dauerhaftes, punktuelles Engagement verliert nicht nur die individuelle Beteiligung an Verbindlichkeit, sondern auch die politischen Aussagen selbst, da nicht klar ist, wer sie in wessen Namen trifft“ (Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 22). Sofern die Vorstände der unterschiedlichen Ebenen oder einzelne Piraten den Anspruch erheben, verbindlich für die Partei zu sprechen, können sie auf verschiedene Voten zurückgreifen. Sie können Programmbeschlüsse und Positionspapiere der Parteitage anführen oder auf Voten aus dem Liquid-Feedback verweisen. Parallel dazu können sie Diskussionen auf den Mailinglisten auswerten

oder die Stimmungslage bei Twitter anhand des jeweiligen Hashtags nachvollziehen. Gleichzeitig konkurrieren solche Voten und Eindrücke mit der Meinungsbildung bei den Stammtischen beziehungsweise Crews und müssen sich gegen den Expertenstatus von Arbeitsgemeinschaften behaupten. Wer dabei die Übersicht behalten will, stößt leicht an die Grenzen jeglicher realistischer Aufnahmekapazitäten.

Tatsächlich scheinen die Piraten mit ihrer polyzentrischen und mehrdimensionalen Organisationsstruktur keineswegs eine Partei für die „Zeitarmen“ zu sein, sondern wie die anderen Parteien eher für die „Zeitreichen“ konzipiert zu sein (vgl. Glotz 1997). Zwar ist es prinzipiell und derzeit auch praktisch möglich, auf allen Ebenen und in allen Strukturen und Gremien relativ einfach teilzunehmen und Einfluss zu gewinnen. Doch ein solches Partizipationsangebot ist nicht ohne Nebenwirkungen. Studien zur politischen Partizipation zeigen, dass diese oft sozial ausschließend wirkt. Von einer Ausweitung der Partizipationsformen profitieren unverändert in erster Linie diejenigen, „die ohnehin schon über bessere Einflussmöglichkeiten und -ressourcen verfügen“ (Pickel 2012: 55).

Die Piraten hoffen, dass sie durch den geringeren Aufwand für die Interessenartikulation dennoch eher ein inkludierendes Angebot unterbereiten. Am heimischen PC, mit dem Tablet auf dem Sofa oder mit dem Smartphone in der U-Bahn könne man schließlich bequem an Debatten teilhaben und sich selbst einbringen. Daraus folgt, dass technologische Möglichkeiten sehr weitreichende demokratiefördernde

*Partei der  
„Zeitreichen“*

Chancen bieten, die ein grundsätzlich wünschenswertes Mehr an politischer Teilhabe prinzipiell ermöglichen. Die Organisationsstruktur der Piratenpartei zielt mit ihrer umfänglichen Internetorientierung genau darauf ab. Zugleich bestätigt die Piratenpartei verschiedene einschränkende und kritische Bewertungen zur Online-Partizipation (Emmer/Wolling 2010: 53). Das Internet unterstützt die politische Partizipation, es fördert die Teilhabe an Demokratie und ist insofern inkludierend, aber es ersetzt weder die bestehenden Elemente demokratischer Teilhabe, noch kann es die soziale Differenzierung auflösen. Weil die Wahrnehmung von Partizipationschancen weiterhin eng mit dem sozialen Status zusammenhängt, wird der Piratenpartei daher nicht zu Unrecht der Vorwurf gemacht, sie verfolge ein „bisweilen elitäres Projekt“ (Krätzig 2010: 95).

### 3.6 Flaute in der Kasse der Piratenpartei

Die finanzielle Lage einer Partei entscheidet nicht allein über ihren Erfolg, dennoch ist sie von hoher Relevanz für deren Handlungsfähigkeit. Dieser Umstand stellt für die Piraten durchaus eine ernst zu nehmende Herausforderung dar.

Den inzwischen auf rund 1,5 Millionen Euro gestiegenen jährlichen Anspruch aus der staatlichen Parteienfinanzierung können die Piraten gegenwärtig nicht geltend machen, weil es ihnen nicht gelingt, in gleicher Höhe Eigenmittel zu erwirtschaften. Aus der staatlichen Finanzierung haben die Piraten deswegen

bislang gerade einmal so viel eingenommen wie seinerzeit die im Wesentlichen auf Hamburg begrenzte Schill-Partei.

Eine weitere Ursache für die schlechte Finanzlage der Partei ist der im Vergleich zu den anderen Parteien geringe Mitgliedsbeitrag, der allerdings den niedrigen Mitgliedsbeiträgen anderer Piratenparteien in Europa gleicht.

Obwohl die Mitgliedschaft bei den Piraten ausgesprochen preiswert ist, ist die Zahlungsmoral in der Partei schwach ausgeprägt. Nur die Hälfte bis zwei Drittel der Mitglieder richten überhaupt ihren Beitrag. Die Partei streicht im Gegensatz zu den politischen Mitbewerbern säumige Zahler aber nicht aus der Kartei, sondern suspendiert nur deren Stimmrecht, und das auch nur auf Parteitag, nicht bei Aufstellungsversammlungen. Selbst die zahlenden Mitglieder leisten nicht durchgängig den vollen Beitrag. Viele nutzen die Möglichkeit einer Beitragsermäßigung aus Gründen sozialer Härte, wohingegen nur die wenigsten Piraten der Empfehlung folgen, über ihren regulären Beitrag hinaus noch einen freiwilligen zu zahlen. Ein Vorstoß des Bundesvorstands, die bisherigen Mandatsträger stärker in die Pflicht zu nehmen, scheiterte zuletzt (Meiritz 2012).

Die Konsolidierung der Parteiorganisation und das immense Mitgliederwachstum in den Jahren 2011 und 2012 lassen immerhin eine geringfügige Besserung erwarten. Das verschafft aber nur eine geringe Entlastung, weil gleichzeitig die Ausgaben weiter anwachsen. Rund ein Drittel des Gesamtetats der Partei auf Bundesebene wird mittlerweile für die beiden Bundesparteitage im Jahr ausgegeben. Die wach-

*Einnahmehausfall durch Nicht- und Geringzahler*

► Tabelle 4:

**Mitgliedsbeiträge der deutschen Parteien**

Partei	Mindestmonatsbeitrag	Staffelung nach Einkommen	Reduzierter Beitrag
CDU	5 Euro	Orientiert an 1 % des Bruttoeinkommens	Einzelfallregelung
CSU	6 Euro	Zwei erhöhte Sätze, die sich an 0,3 % des Bruttoeinkommens orientieren	4,17 Euro; Familienmitgliedschaft: 2,50 Euro
Die Linke	2 Euro <sup>1</sup>	Progressiv ansteigend bis auf 4 % des Nettoeinkommens	Keinen
FDP	8 Euro	Orientiert an 0,5 % des Bruttoeinkommens	Einzelfallregelung
Grüne	Keinen	1 % des Nettoeinkommens	Einzelfallregelung
Piraten	4 Euro	Keine. Empfehlung: 1 % des Bruttoeinkommens	1 Euro
SPD	5 Euro	Orientiert an einem Satz, der bis zu 6 % des Einkommens ausmacht; gesonderte Regelung für Wahlbeamte (50-250 Euro) und Bundestagsabgeordnete (250 Euro)	2,50 Euro

<sup>1</sup> Unter Einbezug der verpflichtenden 0,50 Euro für die Europäische Dachpartei EL.

Quelle: Eigene Erhebung.

sende Zahl von Arbeitsgemeinschaften führt ebenfalls zu erhöhtem Bedarf. Zudem wurde hauptamtliches Personal erforderlich, wobei sich der Bundesverband der Piraten gerade einmal eine gering entlohnte Pressesprecherin und eine geringfügig beschäftigte Leiterin der Bundesgeschäftsstelle leisten kann. Zusätzlicher Personalbedarf, der im Bundestagswahljahr 2013 zweifelsohne gegeben wäre, kann nur über Spenden gedeckt werden.

Die Partei ist chronisch unterfinanziert. Das gilt sowohl für die Bundesebene, obwohl gerade diese einen Löwenanteil der Beiträge vereinnahmt, als auch für die Landesverbände, die ihrerseits immer größere Räume für die Aus-

richtung der Parteitage benötigen und die Landes- und Kreisgeschäftsstellen einrichten. Für den Aufbau einer Infrastruktur, die außerhalb von Wahlkampfzeiten handlungsfähig wäre, fehlt es den Piraten schlicht an verlässlichen Einnahmen. Dementsprechend wächst die Abhängigkeit der Partei von Spenden weiter. Als vorteilhaft erweist es sich, dass Spenden, gerade Kleinspenden, über das Internet vergleichsweise einfach zu generieren sind (Palfrey/Gasser 2008: 261) und dies den Piraten anlassbezogen immer wieder gelang.

Ein besonders wirksames Instrument sind dabei öffentliche Versprechungen, Spenden zu leisten, wenn andere dasselbe tun. Über die

Internetseite Pledgebank.com konnten die Piraten so Werbematerialien für die Landtagswahlkämpfe finanzieren. Doch solche Instrumente lassen sich nicht beliebig ausweiten. Bislang gelingt es der Partei zwar, zwischen den Landesverbänden überschüssige Liquidität auszutauschen oder noch verwendbare und übrig gebliebene Materialien aus einem Landtagswahlkampf in einem anderen einzusetzen; im anstehenden Bundestagswahlkampf wird das freilich nicht mehr möglich sein.

Die Piraten konnten ihre schwächere Finanzkraft bislang durch ein höheres Aktivitätsniveau kompensieren, wobei sicherlich die technische Kompetenz ihrer Mitglieder und Anhänger hilfreich war (Niedermayer 2010: 847). So entwickelt die Partei ihre Materialien durch kooperatives Zusammenwirken. Die Sammlung von Unterstützerunterschriften bei Wahlen wird über das Internet koordiniert, und Ressourcen werden dadurch so gelenkt, dass Schwachpunkte kompensiert werden. Das alles war noch leicht möglich, als unter den Bedin-

gungen eines stürmischen Wachstums neue, motivierte und dadurch belastbare Ehrenamtliche in die Partei strömten. Die Grenzen dieses Organisationsmodells sind gegenwärtig aber mit Händen zu greifen. Gerade in Phasen rückläufiger öffentlicher Aufmerksamkeit und Zustimmung erlahmt das geweckte Interesse rasch, und es zeichneten sich bereits 2012 erste Ermüdungserscheinungen in der Piratenpartei ab. Piraten mit den unterschiedlichsten Funktionen und Ämtern stellten diese wieder zur Verfügung, wobei oftmals das Motiv der Überlastung eine wichtige Rolle spielte.

Die finanzielle Lage der Partei begrenzt gegenwärtig fast jegliche erforderliche personelle Professionalisierung der Parteiarbeit. Weil gleichzeitig die Anforderungen infolge der Organisation der Parteiarbeit wachsen und damit auch finanzielle Verpflichtungen verbunden sind, stößt das bisherige Organisationsmodell der Piratenpartei ohne eine Verbesserung der Finanzlage klar an seine Leistungsgrenzen.

### *Kompensation durchs Ehrenamt*

## 4. Programm und Ideologie

Die Programmatik der Piratenpartei galt den etablierten Parteien lange Zeit als entscheidender Kritikpunkt. Dabei wurden fehlende Breite, unzureichende Detailschärfe und Substanz bemängelt. In der Tat deckt weder das Grundsatzprogramm der Piraten alle relevanten Themenfelder ab, noch liegen entsprechende Positionspapiere vor. Gerade in den Bereichen, die in der gegenwärtigen politischen Debatte als zentral erachtet werden, sind die programmatischen Angebote der Piraten – wenn überhaupt vorhanden – bislang zumeist unkomplex. Das gilt trotz der letzten Erweiterungen des Grundsatzprogramms auch für die Europapolitik, die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion oder die Außen- und Sicherheitspolitik. Selbst die Sozialpolitik erweist sich als große programmatische Leerstelle, obgleich hier die Piraten mit ihrer Forderung nach einem Grundeinkommen im politischen Wettbewerb sogar ein Alleinstellungsmerkmal anbieten (Hensel 2012b: 110 ff.) und dieses Politikfeld von den meisten Piratenwählern als wahlentscheidend angesehen wird. Doch jenseits dieser plakativen Forderung bleiben die Piraten in allen Teilfeldern der Sozialpolitik wie der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Pflege- oder Rentenpolitik konkrete programmatische Antworten weitgehend schuldig. Existierende disparate Programmelemente aus einzelnen Arbeitsgemeinschaften oder Landesverbänden wurden zudem bislang nicht systematisch zusammengeführt.

Natürlich hat die Piratenpartei erst nach 2009 eine hinreichend große Mitglieder- und Ressourcenbasis erreicht, um eine programma-

tische Diversifizierung überhaupt angemessen voranzutreiben. Verschweigen darf man sicherlich nicht, dass auch die etablierten Parteien mit ihrer programmatischen Stringenz, Tiefe, Substanz und Reichweite vielfach nachlässig umgegangen sind. Trotzdem stellen Programme natürlich eine Form der Darlegung und Bewertung des ideologischen Kerns dar, auf dem die jeweiligen Parteien gründen, der sie voneinander unterscheidbar macht und ihnen eine Identität verschafft, welche wiederum für die Bindung der Wählerschaft unvermindert wichtig ist (Wiesendahl 2006b: 7 ff.).

### 4.1 Programmentwicklung

Das Grundsatzprogramm der Piraten hat, ebenso wie die jeweiligen Wahlprogramme, innerparteilich eine hohe, fast weihevollte Bedeutung. Anders als gemeinhin bei solchen Texten üblich, verfügt es indes weder über eine umfängliche Gegenwartsbeschreibung, noch sind Menschenbild oder Grundwerte der Partei explizit dargelegt. Die politischen Forderungen werden vielmehr vor dem relativ umgrenzten Panorama einer durch Überwachung und Kontrolle gekennzeichneten Informationsgesellschaft skizziert. Lange Zeit ließ sich dies als Ausdruck einer postideologischen Haltung der Partei interpretieren. Die letzten Programmweiterungen sind aber von dem Bemühen gekennzeichnet, eine stärkere inhaltlich-ideologische Fundierung vorzunehmen.

Während das Grundsatzprogramm seit den Anfängen der Partei immerhin eine gewisse Geschlossenheit und Systematik erkennen

lässt, sind die Wahlprogramme der Piraten oftmals unstrukturierte Aneinanderreihungen sehr unterschiedlicher Themen. Dadurch entstehen manche merkwürdigen thematischen Setzungen: Im schleswig-holsteinischen Wahlprogramm tauchen unter Energiepolitik mit einem Mal Forderungen zur Trinkwasserversorgung auf. In Nordrhein-Westfalen findet das Thema Whistleblower-Schutz ausgerechnet unter Gesundheitspolitik Erwähnung. Oftmals finden sich in den Programmen größere Abschnitte zu bestimmten Themen, wenn einzelne Piraten hier besonders erfolgreich ihr Interesse und ihre Expertise eingebracht haben, weswegen das saarländische Wahlprogramm über ein eigenes Kapitel zum Tierschutz oder das schleswig-holsteinische Aussagen zur Steuerpolitik enthält.

Wie begrenzt die eigentliche programmatische Diskussion in vielen Bereichen ist, wird bereits daran deutlich, dass man sich bei der Erstellung von Landeswahlprogrammen gerne großzügig bei Ausarbeitungen anderer Landesverbände bedient. Besonders auffällig war dies in Schleswig-Holstein, wo fast die Hälfte der Inhalte des dortigen Wahlprogramms aus anderen Landesverbänden übernommen worden war, freilich ohne die in anderen Ländern vorhandenen Begrifflichkeiten und Regelungstatbestände an die Verhältnisse zwischen Nord- und Ostsee anzupassen (Horst 2012: 531; o. V. 2012; Pergande 2012).

Eine Ursache der eher unterentwickelten Programmdiskussion liegt in der Struktur der vielfältigen Kommunikationskanäle und Mitwirkungsmöglichkeiten. Es fehlt eine klare und

verbindliche Ebene, die eine Aushandlung von Interessen ermöglicht. Die Parteitage sind dazu kaum geeignet, da sich die Entscheidungsmöglichkeit dort aufgrund der Rahmenbedingungen im Wesentlichen auf eine einfache Zustimmung oder Ablehnung reduziert, so dass ein für die Demokratie unabdingbarer, auf Verhandlung gerichteter Diskurs nicht geführt werden kann. Verschärft wird dieser Umstand dadurch, dass die Piraten in ihrer Parteitagegeschäftsordnung keine Änderungsanträge zulassen und Beschlüsse zugleich eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Ersteres hemmt die Aushandlungsmöglichkeiten, Letzteres schützt überkommene Programmbausteine so, dass eine neuerliche Debatte darum faktisch ausgeschlossen ist.

Die Bedeutung von erfolgreich durchgeführten Programmbeschlüssen ist vor diesem Hintergrund besonders hoch einzuschätzen. Tatsächlich rekurrieren nicht wenige Piraten auf die offiziellen Forderungen der Partei, lehnen eigene öffentliche Positionierungen ohne Parteibeschluss ab oder prangern Verstöße gegen Beschlüsse entschieden an. Programmatische Entscheidungen führen keineswegs zur Klärung von innerparteilichen Konflikten, weil die Partei ja zugleich Wert darauf legt, dass die individuellen Einstellungen, Positionen und Forderungen nicht durch die Beschlüsse der Partei eingeengt werden. In der Partei stößt man deswegen auf mehr Widerstand, wenn individuelle Einstellungen, Positionen oder Forderungen abseits jedes programmatischen Beschlusses im Sinne eines orientierenden Entwurfs artikuliert werden, als wenn diese

*Keine stringente  
Programmentwicklung*

Beiträge den bestehenden Positionen im Zweifel diametral entgegenstehen. Heftige Debatten um das Selbstverständnis dessen, was „piratig“ sein soll, sind dadurch stets die Folge.

#### 4.2 Programmatische Ausrichtung

Gemessen am Erfolg der deutschen Piraten bei Wahlen sowie an dem Anspruch, eine internationale Bewegung zu sein, stellt sich die Frage nach einem programmatischen Kern und einer übergreifenden Leitidee. Über eine solche verfügen immerhin alle großen europäischen Parteifamilien. Ausgehend vom Menschenbild, einer Zeitdiagnose und den Grundwerten wird jeweils ein ideologischer Rahmen aufgespannt, auf dessen Grundlage Einzelpositionen und Forderungen hergeleitet werden. So können sich die jeweiligen Parteien auch in neuen Politikfeldern meist zügig verorten oder Einzelorderungen auf die Grundlage von Werten und Erfahrungen zurückführen.

Erkennbar gibt es bei den Piraten eine Scheu vor einer allzu engen ideologischen Festlegung. Gerade in der jüngsten Debatte über ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung wurden sehr grundlegende Fragen aufgeworfen. Abgesehen von der vagen Bezugnahme auf ein humanistisches Weltbild vermochte die Partei in diesem Bereich aber keine Klärung darüber herbeizuführen, wie weit wirtschaftliche Freiheit reichen, welchen Stellenwert Gerechtigkeit haben oder wie das Verhältnis verschiedener Grundwerte zueinander sein soll.

Der Prozess der Ausdifferenzierung und Systematisierung der programmatischen An-

sätze ist zwar noch nicht abgeschlossen, ja er hat sich zum Teil auch festgefahren, dennoch gelten die deutschen Piraten im Vergleich zu ihren Schwesterparteien mittlerweile als Pioniere der programmatischen Erweiterung und Entwicklung eines Vollprogramms (Appelius/Fuhrer 2012: 319).

Einige der bereits von der schwedischen Piratpartiet gesetzten programmatischen Schwerpunkte sind bis heute erhalten geblieben. Dazu gehört ein liberales Politikverständnis, bei dem der Schutz bürgerlicher Rechte im Vordergrund steht, das sich vor allem in der Forderung nach Datenschutz und Informationsrechten manifestiert (Koß 2011). Dementsprechend entwickeln die Piraten ihren Liberalismus in erster Linie aus der Bezugnahme auf die gesellschaftliche Transformation im Zuge der digitalen Revolution, während eine deduktive Herleitung aus der aufklärerischen Ideengeschichte heraus nachrangig ist. Derart grundlegend argumentiert das Grundsatzprogramm der deutschen Piraten ohnehin nicht. Stattdessen rekurriert es auf eine begrenzte Zeitdiagnose, der zufolge die bisherigen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen durch die technologischen Entwicklungen auf den Prüfstand gestellt würden. Eine klare Zuordnung zu einem der klassischen politischen Lager ergibt sich daraus jedoch nicht.

In der Politikwissenschaft hat sich eingebürgert, Parteien entlang von gesellschaftlichen Konfliktlinien einzuordnen. Solche „Cleavages“ (Konfliktlinien z. B. zwischen Arbeit/Kapital, Staat/Kirche, Stadt/Land oder Zentrum/Peripherie) zeichnen sich durch dauer-

hafte Überzeugungen aus, denen zufolge inhaltliche Differenzen „immer wieder für konkrete Entscheidungen relevant sind oder [...] auf ideologische Dimensionen mit abstrakterer Bedeutung rückführbar sind und [...] die Abstimmenden/Wähler immer wieder in die gleichen Gruppen von Befürwortern und Gegnern zerfallen“ (Pappi 2005: 104). Je nach Herangehensweise werden unterschiedlich viele Konfliktdimensionen ausgemacht.

Alle Parteien, die sich in den europäischen Parteiensystemen dauerhaft etablieren konnten, haben in mindestens einem Konflikt zunächst einen Pol prononciert besetzt: Die Sozialdemokraten vertraten die Interessen der Arbeiter gegenüber den Kapitaleignern. Zentrumsparteien waren die Repräsentanz der Katholiken gegen den säkularen Staat. Konservative Parteien traten für die Interessen der Landbevölkerung gegen diejenigen der Städter ein. Grüne Parteien ergriffen Partei für postmaterielle Anliegen und stellten sich gegen die Industrie- und Konsumgesellschaft. Darüber hinaus haben Parteien dann in anderen Konfliktdimensionen nach und nach Positionen bezogen oder sich mit anderen Parteien zu einer gemeinsamen Partei verbunden.

Im historischen Vergleich wird deutlich, dass die Piratenpartei keine neue Konfliktlinie besetzt beziehungsweise sich mitnichten anhand eines neuen gesellschaftlichen Cleavages konstituiert hat. Bestenfalls könnte der schleichende, aber stetige Übergang zum Internetzeitalter noch eine neue Konfliktdimension hervorbringen. Zudem hat die Piratenpartei größtenteils Fragestellungen aufgegriffen und

aktualisiert, die zunächst einmal Teil des klassischen Konflikts zwischen Staat und Bürger um individuelle oder kollektive Freiheitsrechte sind. Ihre Forderungen, Staatsbürgerrechte zu erweitern, die Neutralität des Staatswesens zu betonen, individuelle Freiheitsrechte zu sichern und sich auf eine in Teilen radikale laizistische Haltung zu berufen, verweisen hierbei zweifelsohne auf eine liberale Grundhaltung. Die gleichzeitige Betonung von Zukunftschancen durch Bildung und Vernetzung legt auch eine sozialliberale Orientierung nahe. Schlüsselbegriffe wie Demokratie oder Freiheit zählen jedenfalls zweifelsohne zum Markenkern des Sozialliberalismus wie auch der Piratenpartei (Hönigsberger/Osterberg 2012: 19).

Hinweise, wonach etwa das Grundeinkommen als Antithese zum Sozialliberalismus zu deuten wäre (Hensel/Klecha/Walter 2012: 52; Offe 2007), werden jedoch von der Partei geflissentlich ignoriert. Auch Widersprüche zwischen der gesellschaftlichen und ökonomischen Konfliktdimension existieren: Jedenfalls sind die positiven Bezugnahmen auf Friedrich von Hayek (Hönigsberger/Osterberg 2012: 26) nicht einmal ansatzweise als sozialliberal zu deuten. Zudem sind die Grundansichten der Piraten hinsichtlich des immateriellen Eigentums eher anarchistischen als liberalen Ursprungs.

Nun sind die vorherrschenden liberalen Grundüberzeugungen der Piraten keineswegs überraschend, wurden ihre Mitglieder doch mehrheitlich in der Blütephase des Neoliberalismus sozialisiert. Das Versprechen von Freiheit fiel bei ihnen auf fruchtbaren Boden. Die bürgerrechtlichen Positionen ließen sich eben-

*Kein neues Cleavage*

so leicht aus dem Fundus des Liberalismus begründen. Ein emphatisches Eintreten für die Freiheit des Individuums, rechtsstaatliche Überzeugungen und eine affektive Distanz zu staatlichem Handeln ließen sich mühelos adaptieren. Auch gesellschaftspolitisch konnten die Piraten sich in der Tradition des Liberalismus schnell wiederfinden. Doch in der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung ist dies deutlich schwieriger. Denn das Vermächtnis des Wirtschaftsliberalismus der Westerwelle-FDP klang für viele zwar rational plausibel, war jedoch spätestens nach der Weltfinanzkrise kaum mehr attraktiv. Beim Versuch, eigene wirtschaftspolitische Grundsätze zu formulieren, verfehlten deswegen auf dem letzten Parteitag ausgerechnet die Kapitel zum Verhältnis von Staat und Markt, zur Steuer- und zur Europapolitik das erforderliche Zustimmungsquorum. Gerade bei den Kernfragen einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung sind die Piraten nämlich unsicher, wie sie das sozialliberale Bauchgefühl in eine konsistente Programmatik übersetzen können.

Löst man sich von der Selbstzuschreibung als sozialliberale Partei, fällt auf, dass manche programmatischen Grundlagen sich von den Prinzipien und der Praxis der Internetkultur und der sogenannten Hackerethik leiten lassen. Einen Widerspruch zum Liberalismus der Piraten ist das keineswegs; schließlich existieren zwischen Hackerethik und liberalen Traditionsbeständen kulturhistorische Verbindungslinien (Coleman 2011: 513), die bei näherer Betrachtung aus dem Versprechen unbegrenzter Freiheit im digitalen Raum ein Plädoyer für eine

radikalliberale und radikallibertäre Weltauffassung werden lassen (Barbrook/Cameron 1997). Für die Hackerethik ist die freie Zugänglichkeit aller Informationen ebenso zentral (Levy 2010: 24) wie es die Freiheit schöpferischer technischer Entwicklung, Kooperation und Reziprozität sind (Castells 2005: 58 ff.). Immaterielle Güter wie Software, Texte oder Musikstücke werden nicht als nutzungsbeschränktes Eigentum anderer aufgefasst, sondern sollen verfügbar und jederzeit modifizierbar sein. Argumentativer Hintergrund hierfür ist das besondere Wesen digitaler Güter, die zu niedrigsten Kosten prinzipiell grenzenlos und ohne Qualitätsverlust reproduzierbar sind. Dieses neu geschaffene Gut kann dann wiederum von Dritten genutzt, verbessert und weiterentwickelt werden. Der dieser Haltung zugrunde liegende Freiheitsbegriff fokussiert nicht nur auf den Wert der freien Meinungsäußerung, sondern setzt sich eben auch für die Freiheit des Wissens und der freien (Weiter-) Verwertung von Kultur ein (Coleman/Golub 2008).

Zugrunde gelegt wird ein sehr optimistisches Bild vom Menschen, dem ein kollektiv orientierter und selbstloser Kooperationswille zugeschrieben wird. Weil sich alle Individuen entsprechend verhielten, könnten die Austauschbeziehungen der Individuen untereinander hierarchiefrei ausgestaltet werden. Freilich müsste den Individuen die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt werden, um an einer derartigen partizipativen Gesellschaft teilzunehmen. In den Begriff der Infrastruktur werden gleichermaßen soziale, kulturelle oder

ökonomische Elemente einbezogen (Siri/Villa 2012; Siri 2012). Infrastruktur wird so als Voraussetzung für einen positiv konnotierten marktvermittelten gesellschaftlichen Fortschritt angesehen, der die Werte gesellschaftlicher Gerechtigkeit unter besonderer Berücksichtigung individueller Freiheit überhaupt erst zur Entfaltung kommen lässt. Insofern stellt diese Forderung durchaus ein Kernstück der programmatischen Erzählung der Piraten dar (Hensel/Klecha/Walter 2012).

Der Infrastrukturbegriff durchdringt im Verständnis der Piraten die gesamte Palette sozialer und kultureller Elemente der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ist die sogenannte „Plattformneutralität“ (Seemann 2012) zum Schlüsselbegriff avanciert. Demnach ist nicht nur der Zugang von entscheidender Bedeutung, sondern auch der Gebrauch der Infrastruktur muss diskriminierungsfrei möglich sein. Jeder Nutzen und jede Leistung, die sich unmittelbar aus der Verwendung von allgemein finanzierter Infrastruktur ergeben, müssten daher der Allgemeinheit wieder zur Verfügung stehen. Die Verbrauchsressourcen sollen durch gesellschaftliche Umlagen aufgebracht werden. In diesem Sinne reicht die Freistellung von Nutzungsentgelten für den Einzelnen sogar über den staatlichen Sektor der Daseinsvorsorge hinaus. Insofern nämlich Güter nichtstofflicher Art betroffen sind, wird eine kommerzielle Handelbarkeit von den Piraten abgelehnt. Sie folgen hier der angesprochenen Hackerethik, die eine Zirkulation von jedwedem Wissen verlangt, um einen höheren Nutzen für die Allgemeinheit zu erzielen.

Ein wichtiger programmatischer Kristallisationspunkt dieser Perspektive ist das Urheberrecht. In ihrem Grundsatzprogramm fordern die Piraten, „das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern“ (Piratenpartei Deutschland 2011b: 6). Im Hinblick auf verschiedene Formen der gesellschaftlichen Weiterentwicklung halten sie das Patentrecht für ein Hemmnis beim technischen und ökonomischen Fortschritt. Auffällig ist die strikte und schwer zu operationalisierende Trennung der Sphären kommerzieller Nutzung und nichtkommerzieller Aneignung von Wissen und Kultur. Wer Wissen produziere, Dinge erforsche oder kulturelle Werke aufführe, erfahre keinen Schaden, wenn ein anderer sich dieses aneigne, meinen die Piraten.

Kritiker dieser Position interpretieren das als „Enteignung der Urheber“ (Appelius/Fuhrer 2012: 90), bemängeln, dass Honorare und Tantiemen auf den Wert eines „Finderlohns“ herabgestuft würden (Hensel/Klecha/Walter 2012: 48 f.) oder halten gerade die kommerzielle Organisation von kulturellen Leistungen für essenziell, um kreative Ergebnisse zu erzielen (Hank/Meck 2012). Solche Einschätzungen teilen etliche Autoren, Musiker und Schauspieler (Appelius/Fuhrer 2012: 95; Wagner 2012: 130 ff.).

Seit Ende 2011 versuchen sich die Piraten von den besonders pointierten Positionen zu lösen und signalisieren Dialogbereitschaft. Im Spätsommer 2012 haben sie eine Liste mit alternativen Geschäftsmodellen vorgelegt, auf

### *Schlüsseldiskussion um das Urheberrecht*

welche Künstler ausweichen und wie diese mittels staatlicher Subventionen unterstützt werden könnten. In Berlin und Nordrhein-Westfalen haben die Piraten erste Vorschläge für Gesetzesinitiativen vorgelegt (Meiritz/Reinbold 2012; Wagner 2012: 135). Trotz allem haben die Piraten in der Debatte keine Hegemonie gewinnen können.

Die Vision eines freien Austauschs von Wissen erschöpft sich jedoch keineswegs in der Debatte über das Urheberrecht. Eine weitere daraus abgeleitete Zielperspektive der Piraten ist es, Individuen in die Lage zu versetzen, sich freiwillig zu vernetzen. Das setzt voraus, dass sie ungehindert kooperieren können. Insbesondere darf die Plattform, auf der gesellschaftlicher Austausch stattfindet, nicht durch staatliche Interventionen begrenzt werden. Die anarchischen, selbstregulierenden Strukturen im Internet werden so zur Referenzfolie für eine gesellschaftliche Utopie, die einzelne Apologeten schon vollmundig als „Wiki-Revolution“ (Plaum 2012) anpreisen. Ungeachtet dessen bringt die bei Internetnutzern weit verbreitete „Ideologie der Freiheit“ (Castells 2005: 47 f.) einige Implikationen für andere Politikfelder mit sich.

So soll vor allem staatliches Handeln einer vollkommenen Transparenz unterliegen. Gleichzeitig sollen die Mitwirkungsrechte des Einzelnen umfassend erweitert werden. Diesbezüglich greifen die Piraten ein latentes Unbehagen der Bevölkerung hinsichtlich der Wirkungsweise der repräsentativen Demokratie auf. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass sich so einerseits wirksam gegen Lobbyinteressen vor-

gehen ließe und andererseits die Politik ihre Konflikt- und Einflusslogik zurückgewinne. Freilich ist diese Positionierung der Partei nicht unproblematisch, umfasst sie doch in der Praxis oftmals eine politisch gefährliche Blindheit gegenüber der ökonomischen Vermachtung des digitalen Raumes, in dem Großunternehmen wie Google oder Facebook das Feld dominieren (Appelius/Fuhrer 2012: 91; Leggewie 2012: 237). Insgesamt kann man immer wieder feststellen, dass die Freiheit im Netz und deren marktliberale Konsequenzen mit einer in der Piratenpartei ebenso präsenten affektiven Nähe zu sozialstaatlicher Chancengleichheit und egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen schnell in Konflikt gerät (Hensel/Klecha/Walter 2012: 52). Diesen Zielkonflikt trägt die Partei bislang nicht aus, womit abermals deutlich wird, dass sie große Schwierigkeiten hat, eine in sich stimmige Programmatik zu entwickeln.

Einig ist sich die Partei eher in der Kritik der bestehenden politischen Verhältnisse. Dies kulminiert in einer dezidierten Missbilligung der gegenwärtigen Verfasstheit der repräsentativen Demokratie und von deren – durchaus nachvollziehbaren – Mängeln. Als Alternative proklamieren die Piraten eine „echte Demokratie“ (Piratenpartei Deutschland 2011b: 5). Diese euphemistische Formulierung spricht der gegenwärtigen repräsentativen Demokratie implizit den demokratischen Charakter ab. Die in einer parlamentarischen Demokratie konstitutiven Elemente „Fraktionsdisziplin und Parteiendruck“ (ebd.) gelten aus dieser Perspektive genauso als Kern des Übels wie der Einfluss von gesellschaftlich aggregierten Interessen

### *Kritik der politischen Verhältnisse*

und Lobbygruppen auf politische Entscheidungsprozesse. Mit dieser Herangehensweise individualisiert die Partei nicht nur die politische Wahlentscheidung, sondern letztendlich auch die Haltung des einzelnen Repräsentanten. Als Korrektiv für dessen etwaige Distanz und mangelnde Anbindung an die gesellschaftliche Entwicklung werden plebiszitäre Verfahren in Aussicht gestellt, welche das Internet einbeziehen.

Insgesamt knüpfen die Piraten damit sowohl an eine populistische Politikverdrossenheit als auch an ein idealisiertes Parlamentarismusverständnis an. Letzteres entspricht der Frühphase des Konstitutionalismus und wird „klassisch-liberal“ interpretiert (Horst 2012: 541). Durch die so für die Gegenwart fälschlich konstruierte Scheidung in Regierung und Volk, welches über das Parlament vertreten wird, aber auf die Regierung keinen Einfluss besäße, fällt es den Piraten leicht, die politische Elite als distanziert und abgehoben darzustellen. Dagegen berufen sich die Piraten immer wieder auf einen „gesunden Menschenverstand“, womit sie einem bekannten „Grundaxiom“ des Populismus entsprechen (Priester 2012: 4). Die Piraten übertragen diesen Impuls auch auf ihre Wahlkampagnen, die teilweise suggerieren, dass das politische System korrumpiert sei oder dass bislang keine demokratische Beteiligung existiere.

Immer wieder lässt sich in der Partei eine skeptische und kritische Haltung bezüglich der Funktionsweise der existierenden Form der repräsentativen Demokratie erkennen, in deren Folge die Piraten zwischen „regelrechte[r] Par-

lamentarismusverachtung, den bekannten populären bis populistischen Aversionen gegenüber Parteien und Parlamenten [...] und einer begründeten Skepsis gegenüber der repräsentativen Demokratie und ihren Prozeduren“ (Haas/Hilmer 2012: 23) schwanken. Als Reaktion auf die Mängel der parlamentarischen Demokratie und als Antithese dazu entwerfen sie ihr Ideal einer „liquiden Demokratie“. Der Parlamentarismus wird hier nicht von seiner gegenwärtigen Funktionslogik her betrachtet, sondern idealisiert. Der Abgeordnete soll demnach auf der bloßen Grundlage des offenen Widerstreits der Argumente entscheiden, und zwar vollkommen unabhängig von Interessen, Fremdeinflüssen und Zwängen. Zugleich soll aber der stete Einbezug des zur Partizipation bereiten Teils der Wählerschaft gewährleistet werden.

Die Piraten schließen dabei an eine Kritik des Parlamentarismus an, die in Diskursen über die Krise des demokratischen Systems eine gewisse Wirkungsmacht entfaltet (Mouffe 2010; Schmitt 1926). Diese umfasst eine faktische Negation der Parteiendemokratie, sieht Kompromisse kritisch, bezieht sich auf eine *Volonté Générale* und betont das Mehrheitsprinzip als Verfahrensregel zu dessen Identifikation. Dabei läuft diese Perspektive, wie alle basisdemokratischen Ansätze, natürlich latent Gefahr, diskriminierende, exkludierende oder gar totalitäre Ergebnisse zu produzieren (Fraenkel 1991: 261-276). Schließlich können ethnische, kulturelle, religiöse oder soziale Minderheiten in dem implizit beschriebenen System einer mehrheitsfixierten Demokratie

*Idealisiertes  
Parlaments-  
verständnis*

stets überstimmt werden, und es kann ihnen so das Recht genommen werden, ihre Identität zu entfalten, ihre Religion auszuüben oder ihre kulturellen Riten und Bräuche zu pflegen. Hinter der liberalen Fassade dieser Kritikerschule steht also durchaus eine problematische, antipluralistische Demokratievorstellung.

Piraten präferieren mitnichten eine totalitäre Ordnung; gleichwohl könnten die vorhandenen ideologischen Versatzstücke und Ansätze, konsequent zu Ende gedacht, eine solche Auffassung legitimieren. Durchaus lässt sich ein diesbezügliches Unbehagen auch in den parteiinternen Diskursen nachweisen (Hönigsberger/Osterberg 2012: 24), doch mündet dieses bislang in keine grundlegende Debatte über das Demokratiebild der Piraten ein. Der Vorwurf, nicht selbstkritisch genug die Folgen der eigenen Positionen zu durchdenken, ist jedoch nur bedingt an die Piraten selbst zu richten. Das politische System als Ganzes muss sich vielmehr fragen, warum es ihm immer weniger gelingt, seine Vorteile, Funktionsnotwendigkeiten und demokratischen Vorzüge zu verdeutlichen (Hensel/Klecha/Walter 2012: 47). Insoweit reproduzieren die Piraten einen erkennbaren gesellschaftlichen Mangel an demokratischer und politischer Grundbildung. Das ändert aber nichts daran, dass die Piraten bislang eben ihrerseits noch keine differenzierte Auseinandersetzung über die pluralistisch-repräsentative Demokratie und ihre Vorteile geführt haben.

### 4.3 Jenseits der Grundlagen

Die Programmatik der Partei hat sich inzwischen erheblich von der ursprünglichen Gründungsidee wegbewegt. Gegenwärtig stehen nicht sosehr netzpolitische als vielmehr Fragen zu politischen Verfahren und Entscheidungsprozessen im Mittelpunkt der Erzählung der Partei. Für die weiteren Felder der politischen Agenda können die Piraten gleichwohl kaum ein konsistentes Angebot vorweisen. Die Partei ist dementsprechend „weniger eine inhaltliche Koalition als vielmehr eine demokratische Plattform, die die Bedingung der Möglichkeit des politischen, demokratischen Agierens neu verhandeln will“ (Neumann 2013: 181).

Dabei werden verschiedene Politikfelder über internetkulturelle oder IT-orientierte Perspektiven erschlossen. So nähern sich die schleswig-holsteinischen Piraten der Arbeitsmarktpolitik über die Organisation von Hackerspaces. Im Bereich der Sportpolitik wollen sie ebenso wie ihre Parteikollegen in Nordrhein-Westfalen LAN-Parties und eSport fördern. Insbesondere der Gedanke der Diskriminierungsfreiheit stellt hohe Anforderungen an das Bildungswesen, die freie Verfügbarkeit von Gemeingütern oder die Verwertbarkeit von Leistungen, die mit öffentlichen Mitteln erstellt worden sind. Subventionen lehnen die Piraten vor diesem Hintergrund ab, sofern sich daraus keine öffentlichen Nutzungsrechte ergeben. Auch eine soziale Grundsicherung im Sinne eines Grundeinkommens lässt sich davon ausgehend herleiten.

Die Implikationen dessen reichen inzwischen in Politikfelder hinein, die in der Partei bislang wenig exponiert waren. Das betrifft insbesondere die Wirtschaftspolitik, die, liberal orientiert, staatliche Interventionen ablehnt (Neumann 2013: 183), sich zugleich aber für die freie Verfügbarkeit von Gemeingütern ausspricht und somit einige Ansätze der alternativen Ökonomie und vor allem die im frühen Hackerwesen verbreitete Kultur des Teilens übernimmt (Paetau 2011: 11 f.).

Den Piraten fällt es sichtlich schwer, die Essenz ihrer wirtschaftspolitischen Auffassungen textlich niederzulegen und die kritischen Einwürfe (mit Bezug auf das Urheberrecht besonders pointiert: Wagner 2012: 138) zu durchdenken. Erhebliche Unsicherheiten über den genauen Kurs der Partei bleiben daher bestehen. Insbesondere dort, wo die Piraten von der groben Zielorientierung zu konkreten Forderungen gelangen, sind die Ansätze oftmals nicht zu Ende gedacht. Je konkreter Anliegen werden, desto seltener gelingt es, laufende innerparteiliche Debatten in Beschlüsse zu übersetzen. Selbst die Forderung nach einem bedingungslos gewährten Grundeinkommen bleibt letztlich vage. Die genaue Ausgestaltung soll einer möglichen Enquête-Kommission im Bundestag überlassen werden (Piratenpartei Deutschland 2011a), womit sich die Piraten der unliebsamen Aufgabe entledigen, das Thema umfassend selbst zu beraten.

Das Grundeinkommen fungiert in seiner Vagheit aber gerade deswegen als sozialpolitische Projektionsfläche, auf die sich alle Unzu-

friedenheit mit staatlichen Transferleistungen übertragen lässt. Bemerkenswert ist dennoch, dass die Piraten in Bezug auf das Grundeinkommen eine Position bezogen haben, die zwar in nahezu allen Parteien debattiert wird, jedoch bislang nirgends mehrheitsfähig war (Hensel 2012b). Eine nachvollziehbare Deutung der innerparteilichen Akzeptanz dieser Forderung verweist auf die gebrochenen Erwerbsbiografien, welche in der jungen Branche der Informationsverarbeitung besonders ausgeprägt sind (Appelius/Fuhrer 2012: 126; Wagner 2012: 122 f.). Die Forderung erwächst für diese Klientel aus der Tatsache, dass sie in Ermangelung eines stabilen sozialversicherungsrechtlichen Status selbst keine Ansprüche an den Sozialstaat besitzen. Das an den Verhältnissen der Industriegesellschaft orientierte Sozialversicherungsmodell erfasst oftmals nicht mehr hinreichend die soziale Lage vieler in modernen Berufen, insbesondere im IT-Sektor, Tätigen. Prekarität oder zumindest Atypik der Beschäftigung stellt eine fast schon integrale Erfahrung etlicher jüngerer Arbeitnehmer dar. Durch die große Zahl von Piraten, die Berufen im IT-Bereich nachgehen, wird verständlich, dass eine Position mehrheitsfähig wird, welche sich vom tradierten Sozialstaat abwendet, zugleich aber eine Sicherung gegen Armut gewährleistet.

Über die Prägung der Piraten als IT-Partei leiten sich auch in anderen Politikfeldern Handlungsnotwendigkeiten ab, um den Erfordernissen der Informationsgesellschaft gerecht zu werden. Bildung gilt als essenziell, wird aber vorrangig in der Erstqualifikations-

*Grundeinkommen  
als neue Antwort*

phase als gesellschaftliche Aufgabe verstanden. Wenn durch technologischen Wandel Qualifikationen entwertet werden oder weniger qualifizierte Personen möglicherweise nicht mehr mithalten können, sehen einige Piraten die Gesellschaft nur in der Pflicht, Armut zu vermeiden. Sie negieren die Notwendigkeit, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben oder die kapitalistischen Verhältnisse zu verändern: Wenn aus wirtschaftlicher Sicht Menschen „überflüssig“ würden, so reiche ein Grundeinkommen als Gewähr gegen Armut (Fischermann 2012). In die gleiche Richtung stößt die nunmehr im Grundsatzprogramm niedergelegte Wendung, wonach man das Ziel der Vollbeschäftigung nicht mehr als zeitgemäß erachtet.

Deutlich wird daran: Anders als im tradierten, kontinentalen Sozialstaatsmodell zielen die Piraten mit ihrer Forderung nach einem Grundeinkommen stark auf die unmittelbare Eigenvorsorge des Einzelnen. Der Staat sichert gegen Armut ab, nicht aber den individuellen Status. In diesem Bereich ist der Einzelne auf sich gestellt. Er soll durch die Bereitstellung von freier Infrastruktur in die Lage versetzt werden, seinen eigenen Weg gehen zu können, womit die prinzipielle Eigenständigkeit und Autonomie des Individuums besonders betont wird. Diese tendenziell meritokratische (d. h. an den Verdiensten orientierte) Leistungsutopie entspricht damit eher liberalen Auffassungen von Sozialstaatlichkeit als der fürsorgenden deutschen Tradition. In den sozialpolitischen Debatten der Piraten werden Begriffe wie Freiheit und Gerechtigkeit thematisiert. Während der Erstere theoretisch und lebens-

weltlich relativ weit ausgedeutet ist, wird der Letztere bislang in einer sehr puristischen, jedoch nicht minder vehementen Form vertreten.

#### 4.4 Von Grundsätzen zum Konkreten

Während das Grundsatzprogramm noch stark von den Anfängen der Partei geprägt ist und das Bundestagswahlprogramm sich noch in der Entwicklung befindet, haben die Landeswahlprogramme weitaus eher den Charakter konkreter Aktionsprogramme und lassen erste Schritte einer programmatischen Weiterentwicklung erkennen. Sie folgen nahezu durchgängig vier Schwerpunkten:

- mehr Bürgerbeteiligung, etwa durch eine Absenkung der Zugangsschwellen und Quoren für plebiszitäre Verfahren;
- mehr bürgerliche Freiheitsrechte, etwa durch das Verbot von Videoüberwachungen;
- vollständige Transparenz sämtlicher politischer Prozesse und Vorgänge sowie
- kostenfreier Zugang zu Bildung bei gleichzeitiger Reform des Bildungssystems.

Mitunter sehr kleinteilig, aber durchaus auch umfassend fallen die Programmpunkte zur Bildungspolitik aus. Während im Saarland vor allem Detailfragen der Hochschulpolitik abgehandelt werden, verfolgen die Piraten in Nordrhein-Westfalen einen sehr umfassenden Ansatz, der von der Kindertagesstätte bis zur Erwachsenenbildung reicht. Im Zentrum steht dabei die Forderung nach einem freien, das heißt kostenlosen Zugang zur Bildung. Weniger konkret sind hingegen die Forderungen

nach Qualität und Struktur des Bildungswesens. Die Affinität zu bildungspolitischen Themen resultiert abermals aus der Lebenslage vieler Piraten, die entweder noch in der Ausbildung stecken oder diese gerade erst abgeschlossen haben. Bildung wird zugleich als Schlüsselthema bei der Bewältigung von Fragen demokratischer Mitwirkung angesehen.

Besonders deutlich haben sich die Piraten als Transparenzpartei positioniert. Dieser Begriff ist in den Wahlkämpfen sowie in den parteiinternen Debatten zum „Fahnenwort“ (Hönigsberger/Osterberg 2012: 27) der Piratenpartei geworden, welches sich zusammen mit Demokratie und Freiheit zum programmatischen Kern der Partei verdichtet. Kritik an den bestehenden Verhältnissen mit der Forderung nach Transparenz zu verbinden ist gerade für eine (außerparlamentarische) oppositionelle Partei keineswegs ungewöhnlich, weist aber immer wieder populistische Züge auf. Überhaupt ist auffällig, dass die Piraten ihre relativ allgemeinen Grundforderungen immer dann erfolgreich in Szene setzen, wenn sie mit lokal- oder regionalpolitischen Konflikten verknüpft werden. In Bezug auf einige stadtpolitische Konflikte und Skandale können die Piraten in Berlin etwa ihre Forderungen nach mehr Transparenz und Partizipation plausibel in Stellung bringen und ein offensichtliches Versagen von Politik auch zur Präsentation spezifischer Reformvorschläge nutzen (Hensel 2011). Dieses Vorgehen scheint jedoch sehr kontextabhängig zu sein, wie die wenig erfolgreiche Kampagne der Piratenpartei im niedersächsischen Landtagswahlkampf gezeigt hat. Jedenfalls erziel-

ten sie mit den von ihnen priorisierten landespolitischen Themen kaum öffentliche Wahrnehmung.

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien leiten die Piraten bislang ihre programmatischen Bausteine nicht aus einer übergeordneten Erzählung oder aus einem ausbalancierten Wertegerüst ab, sondern entwickeln sie ausgehend von ihrem netzkulturellen Kern und den darin immanenten Handlungsprinzipien. Sie übertragen diese auf die Politik oder schreiben Positionen fort, zu denen sie sich schon eine Meinung oder Position gebildet haben. Über den Begriff der Infrastruktur und über das Prinzip des diskriminierungsfreien Zugangs nähert sich die Programmatik in einigen Politikbereichen mittlerweile elaborierten und für sich genommen schlüssigen Konzeptionen an. Freilich fehlen eine politische Gesamtschau, eine übergreifende Klammer und eine gesamtgesellschaftliche Folgenabwägung ebenso wie eine steuer- und finanzpolitische Gegenrechnung ihrer Forderungen.

Die durchaus intensiven inhaltlichen Debatten finden bei den Piraten in disparaten Zirkeln statt, die zweifelsohne die Bausteine für eine umfassende und differenzierte Programmatik liefern könnten (Hönigsberger/Osterberg 2012). Es fehlt jedoch noch an der stringenten Zusammenführung. Zudem hat die Partei bislang keine Gelegenheit gehabt, ihr schnelles Mitgliederwachstum nach 2009 wirklich zu verarbeiten und die hinzugewonnenen Potenziale für die programmatische Arbeit zielgerichtet zu nutzen. Die organisatorischen Veränderungen der Jahre 2010/11 hatten kaum gegriffen, als

*Transparenzpartei*

die Partei mit einem Mal in Parlamenten und Kommunalvertretungen Mandate errang, die zusätzliche Koordinations- und Kommunikationsaufgaben mit sich brachten. Wahlkämpfe, der Aufbau der Fraktionen, der Umgang mit den Medien und Ähnliches banden Ressourcen, die für die Programmarbeit fehlten. Programmatische Lücken werden daher so weit als nötig ka-

schiert durch die Übernahme oder Fortschreibung bereits vorhandener Programmbausteine, was mal mehr, mal weniger gelingt. Dennoch ist unübersehbar, dass selbst in den aus ihrer Sicht ausdiskutierten Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Piraten zurzeit Antworten schuldig bleiben und in vielen Bereichen keine originären politischen Ansätze liefern können.

## 5. Mitglieder und Sympathisanten

Das Wachstum der Piraten wird immer wieder als dynamisch beschrieben. Nachdem die Mitgliederzahl erst mäßig, aber kontinuierlich von anfangs 52 auf 1500 im Frühjahr 2009 angestiegen war, wuchs die Piratenpartei nach der Europawahl innerhalb kürzester Zeit um über 10.000 Neumitglieder an. Einen neuerlichen Zuwachs lösten die Wahlen in Berlin im Herbst 2011 aus. Binnen weniger Monate stieg der Mitgliederbestand auf rund 34.000 an. Damit haben die Piraten ungefähr halb so viele Mitglieder wie Bündnis 90/Die Grünen, FDP oder die Linke. Diese Größenordnung bringt erhebliche logistische und organisatorische Herausforderungen mit sich. Aufwendig ist auch die kulturelle Integration der neuen Mitglieder, gerade jener, die eben nicht mehr dem subkulturellen Kernmilieu der Piraten entstammen. Durch den massenhaften Zustrom von Neumitgliedern konkurrieren verschiedene kulturell geprägte Herangehensweisen an Politik ebenso miteinander wie die politischen Zielsetzungen divergent sind.

### 5.1 Beitrittswellen und Themenkonjunkturen

Jede der drei Eintrittswellen hat Mitglieder mit spezifischen sozialstrukturellen und kulturellen Charakteristika in die Partei strömen lassen. Bis zur Europawahl 2009 traten der Partei in erster Linie internetaffine Kerngruppen bei. Ihre Motivation war das Interesse an netzpolitischen Fragestellungen und der Spaß daran, aus dem Internet heraus Politik betreiben zu können. Bei Betrachtung dieser Anhänger und

ihres Programms ist es nachvollziehbar, zu diesem Zeitpunkt von einer „Ein-Themen-Partei“ zu sprechen (Bartels 2009: 219; Jesse 2011: 189). In der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch in der politischen Praxis der Partei prägt diese Gruppe sehr nachhaltig die Organisationskultur und Arbeitsweise der Partei. Der später einsetzende Zustrom der Gruppe von „Digital Natives“ (Palfrey/Gasser 2008) von 2009 bis 2011 veränderte hingegen die Ausrichtung und Programmatik der Partei.

Dieser Kreis verfügte im Gegensatz zur ersten Generation nämlich keineswegs mehr unbedingt über profundere Computer- und Internetkenntnisse. Die historische Entwicklung der Computertechnologie und -kultur haben viele der Jüngeren nicht miterlebt, dafür nutzten sie umfangreich und spielerisch die fortgeschrittenen und ausgereiften technologischen Möglichkeiten des Netzes. Die Digital Natives adaptierten im Zuge dessen Kulturtechniken des frühen Internets und integrierten sie hemdsärmelig in ihre Kommunikation. Mit der daraus entlehnten Organisationsform der ersten Generation konnten sie intuitiv etwas anfangen, ohne alle Prinzipien und Glaubenssätze zu übernehmen. Den kulturellen Kern der Partei stellten sie somit nicht in Frage, wohl aber den thematischen. Dies verwundert durchaus, denn immerhin stellte für diesen Kreis der Versuch der Bundesregierung, Netzsperrern zu etablieren, quasi das zentrale politische Erweckungserlebnis dar. Der Frust über die etablierten Parteien wurde mit Hilfe der Piraten in politisches Handeln transformiert. An dieser Stelle stimmte die damalige, von den Uripiraten bestimmte

*Einfluss der  
Digital Natives*

Themensetzung mit den Interessen der Digital Natives überein.

Doch im eigenen Lebensgefühl wurzelte ein über die unmittelbare Abwehr der Netzsperrn hinausgehender programmatischer Impuls. Netzpolitik und die freie Verfügbarkeit von Web-Inhalten waren aus dieser Perspektive nicht mehr unbedingt zentral, schließlich zahlten viele bei kommerziellen Anbietern bereits bereitwillig für Musik, Videos oder Apps. Ihnen ging es im Kern weniger um das Internet selbst, als vielmehr um die dortige soziale Interaktion und die daraus resultierenden politischen Möglichkeiten. Auf Facebook, Twitter, MySpace oder StudiVZ kommentierte man schließlich auch politische Fragen, regte sich über die Lage im Schul- und Hochschulwesen auf oder ärgerte sich, wenn der öffentliche Nahverkehr nicht funktionierte. Aus dieser Realitätswahrnehmung heraus formulierte die zweite Generation ihre Ansprüche an die Politik ihrer neuen Partei. Die unverbindliche Form der Kommunikation im Internet sollte in politisches Handeln überführt werden.

In vielerlei Hinsicht entspricht dieses Phänomen den allgemeinen Befunden zur politischen Partizipation und zum politischen Protest (Walter 2013). Die Jugendkohorten der letzten Jahre sind politischer, als gemeinhin behauptet wird (Schneekloth 2010): Sie beteiligen sich rege an Unterschriftensammlungen, reichen Petitionen ein, diskutieren mit Freunden und Bekannten, nehmen an Demonstrationen teil oder treten Verbänden und Vereinigungen bei, aber sie halten all das nicht unbedingt für Politik. Für sie ist Politik das, was Politiker beruf-

lich tun, weswegen sie bislang Parteien reserviert gegenüberstehen und sich oft in Wahlenthaltung üben (Palfrey/Gasser 2008: 259). Schon als Jugendliche haben sie zwar eine dezidierte Meinung vertreten, zugleich aber die sozialen Verhältnisse akzeptiert und sich mit den Erschwernissen im schulischen oder universitären Bereich arrangiert, statt sich dagegen aufzulehnen. Politisches Engagement bezieht sich hier auf die direkten oder mittelbaren Interessenlagen. Man hat in Bezug auf die eigene Persönlichkeit gelernt, dass Sachverstand, Qualifikation, eigener Antrieb und Kommunikationsvermögen erwartet werden, und hofft, dass dieses in der Gesellschaft später Anerkennung findet. In dem Augenblick, in dem die daraus resultierende Identität und Erwartung aber in Frage gestellt werden, ist man entschlossen, dies nicht zu dulden. Dieser Impuls durchzieht gegenwärtig eine Reihe politischer Aktivitäten (Hensel/Klecha/Schmitz 2013: 274 ff.), und er fördert auch die Entscheidung, den Piraten beizutreten.

Altersbedingt spielen bei den Digital Natives Bildungspolitik oder die sozialstaatliche Absicherung der eigenen, oft als prekär empfundenen Lebensbiografien eine große Rolle. Dabei ist der Zugang zu diesen Politikfeldern ebenso wie die Auswahl von Aktionsformen zumeist spielerisch orientiert. Man nähert sich unbefangenen politischen Vorstellungen, eben ganz so, wie es das postideologische und postmoderne Zeitalter erwarten lässt. Hinsichtlich der Programmatik sind die Angehörigen der zweiten Mitgliederwelle der Piraten für allerlei Ansätze und Ideen offen. Eine ideenge-

schichtliche, intellektuell anspruchsvolle Herleitung von politischen Programmen haben sie nicht im Sinn, wohl allerdings den Wunsch, möglichst schnell zu vielen Fragen der Zeit irgendwie kreative Antworten zu finden. Erratisch vollzieht sich deswegen auch die Programmentwicklung bei den Piraten.

Zwischen den älteren Mitgliedern und den neu hinzugekommenen gibt es somit eine erste innerparteiliche Friktionslinie, wobei die Zuordnung zu den Befürwortern eines auf Fragen der Netzpolitik konzentrierten Kernprogramms und eines möglichst umfassenden Vollprogramms durchaus ein wenig quer zum Beitrittsdatum verläuft. Dennoch war der Zulauf neuer Mitglieder dafür entscheidend, dass sich auf dem Parteitag in Chemnitz 2010 die letztgenannte Position durchsetzte. Bis heute stößt diese Entwicklung nebst der grundsätzlichen Beschlussfassung für ein bedingungsloses Grundeinkommen vor allem bei den Altpiraten auf Skepsis. Sie kritisieren dabei nicht nur die Ausweitung der Themenpalette, sondern bemängeln insbesondere die Vernachlässigung der ursprünglichen Kernanliegen. Eine programmatische Weiterentwicklung in ihrem Kernpolitikfeld ist jedenfalls ausgeblieben, während andere Parteien hierin ihre Kompetenzen gestärkt haben (Wagner 2012: 43 ff.).

Die erste und zweite Generation eint die Offenheit gegenüber unkonventionell oder alternativ wirkenden Konzepten sowie eine grundlegende Skepsis gegenüber der dritten Generation, also jenen Mitgliedern, die erst im Zuge der Wahlerfolge in Berlin und im Saarland hinzugekommen sind. Gerade in dem Au-

genblick, in dem es erstmals etwas zu verteilen gibt, in dem bezahlte Ämter und Funktionen locken, nehmen manche Piraten der ersten und zweiten Generation die Ansprüche der Neumitglieder als ungerechtfertigt wahr, da diese weder die Jahre des Aufbaus noch die Zeit der Stagnation erlebt hatten. Zugleich bezweifeln sie deren politische und organisatorische Eignung und heben bei Vorstellungsrunden das Eintrittsdatum und die eigenen innerparteilich gesammelten Meriten besonders hervor. Dieses Verhalten erinnert an den Umgang der etablierten Parteien mit Seiteneinsteigern: Man aktiviert all die Elemente politischer Kultur, mit denen die Neueinsteiger noch nicht vertraut sind und mit denen sie umgehen müssen, wollen sie nicht scheitern (siehe Lorenz/Micus 2009).

In der Tat motivieren die neu hinzugekommenen Piraten auch Karriereaussichten, doch zum Teil reizt sie offensichtlich auch einfach die Lust auf etwas Neues. Sie sind vom konventionellen Politbetrieb gelangweilt und erleben bei den Piraten nicht selten eine Art zweiten politischen Frühling. Deswegen akzeptieren sie die zeitaufwendigen Verfahren, die sich in der Piratenpartei etabliert haben. Sie fühlen sich zugleich veranlasst, ihre Treue zur Partei durch eine vorbehaltlose Billigung und Unterstützung des Parteiprogramms zu bekennen. Die stete Berufung auf das bereits bestehende Programm, die Pflege der gewohnten Rituale, die langwierige Kür von Kandidaten und die stete Debatte um Verfahrensfragen drohen dadurch aber zum Selbstzweck zu werden. Für eine Partei, die bislang auf Dynamik aufbaut, die aber

*Karriereaussichten  
locken neue Klientel*

Schwächen und Leerstellen besitzt, ist das eine gefährliche Mischung. So besteht die latente Gefahr, dass Themen, die aus Sicht der Mehrheit weniger interessant sind, in der programmatischen Arbeit der Partei keinen Niederschlag finden. Die Masse der alten und neuen Mitglieder droht mit dem Schwarm der Mehrheit zu treiben.

Der Einfluss der im „Goldrausch“ (vgl. Honnigfort 2012) Hinzugekommenen trägt allerdings gegenwärtig zur weiteren programmatischen Diversifizierung der Partei bei. Zentrale Fragestellungen der Piraten der ersten Generation, etwa im Bereich der Freiheit des Internets oder der Modifikation des Urheberrechts, für die die zweite Generation wenigstens noch ein lebensweltlich fundiertes Interesse aufbringt, sind für die Neumitglieder kaum mehr von Belang. Selbiges gilt für eher affektiv bezogene Haltungen wie die Ablehnung eines Nations- oder Volksbegriffs, die mit einem Male für die Mehrheit der Mitglieder nicht mehr selbstverständlich sind. Das wiederum bringt langgediente Mitglieder dazu, ihre eigene Mitgliedschaft zu überdenken (Schneider 2012). Ein Grund für diese andere Themenagenda und darin eingewobene Kontroversen sind die altersmäßigen Unterschiede und die damit verbundenen differierenden lebensweltlichen Lagen. Die ganz neuen Piraten sind vielfach älter als die beiden Vorgängergenerationen, verfügen über mehr und andere Lebenserfahrungen, fremdeln dafür teilweise aber mit den technologischen Möglichkeiten des Internets. Angestrengt suchen sie so nach Strukturen, fordern straffere Organisationsweisen und Strategien

ein, womit sie zwangsläufig in Widerspruch zur Offenheit und der zur Schau gestellten Basisdemokratie der Piraten geraten.

## 5.2 Glückritter, Parteiwanderer und merkwürdige Gestalten

Während sich die Differenzen, Motivationen und programmatischen Interessenlagen aus den einzelnen Beitrittswellen heraus ergeben, stellt sich die Frage, wer sich hinter den Mitgliedern verbirgt. Ein erster Blick fällt natürlich auf Personen, die zuvor anderen Parteien angehört haben. Das ist durchaus nicht ungewöhnlich und erfasst eine Partei nicht erst im bereits erwähnten Goldrausch. Im Laufe der Jahre sind einige zu den Piraten dazugestoßen, die zuvor bereits in anderen Parteien aktiv waren. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Sebastian Nerz hatte als CDU-Bewerber erfolglos für den Tübinger Stadtrat kandidiert. Der saarländische Fraktionsvorsitzende Michael Hilberer war einstmals Mitglied der Jungen Union. Das SPD-Parteibuch hatten früher der schleswig-holsteinische Abgeordnete Wolfgang Dudda, sein Berliner Kollege Pavel Meyer und Niedersachsens Landesvorsitzender Andreas Neugebauer besessen. Die Grünen mussten Anke Domscheid-Berg ebenso ziehen lassen wie Bruno Kramm, der nun die bayerische Landesliste der Piraten zur Bundestageswahl anführt. Die einstigen Vorstandsmitglieder Julia Schramm und Stefan Lamprecht waren einige Zeit in der FDP. Dort war auch der Berliner Abgeordnete Gerwald Claus-Brunner, während sein heutiger Fraktionskollege Simon Kowa-

lewski zur gleichen Zeit in Niedersachsen den PDS-Jugendverband Solid gegründet hatte, ehe er sich der Partei DIE PARTEI des Satirikers Martin Sonneborn anschloss und danach bei den Violetten Fuß zu fassen suchte (Appelius/Fuhrer 2012: 226, 262, 290, 298; Bewarder 2012; Häusler 2011: 74).

Vielfach handelt es sich damit um Personen, die einige Jahre in einer der etablierten Parteien politisch aktiv waren. Über die seinerzeit erhaltenen Qualifizierungen, etwa durch die Angebote der politischen Stiftungen, besitzen sie eine grundlegende Qualifizierung, welche sie aufgrund der oftmals schwerfälligen örtlichen Parteistrukturen jedoch selten anwenden konnten. Das so erworbene basale Wissen können sie nun in der Piratenpartei erstmals in vollem Umfang anwenden. Bei den Piraten trifft man nämlich kaum auf jene Bedenkenräger, die aus ihrer parteipolitischen Erfahrung heraus Neuerungen skeptisch gegenüberstehen. Daher kann man viel experimentieren.

Durch Übertritte wandelt sich die Parteibasis der Piraten; sie gewinnen politische Mandats- und Funktionsträger aus anderen Parteien. Auf kommunaler Ebene haben die Piraten mehr als 50 Mandate durch Übertritte hinzugewonnen. Doch bis auf die früheren Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss (SPD), Herbert Rusche und Angelika Beer (beide Grüne) haben die Piraten bislang kaum prominente Zugänge von den etablierten Parteien zu verzeichnen. Es sind letztlich randständige Figuren oder Personen, die in ihren alten Parteien schlicht „in Ungnade gefallen waren“ (Jesse 2011: 189).

Im Zuge des Erfolgs zieht die Piratenpartei auch notorische politische Querulanten an, die der Partei eine negative öffentliche Wahrnehmung bescheren. Probleme verursachen vorrangig solche Mitglieder, deren politische Primärsozialisation oder deren politische Ansichten im rechten Spektrum zu verorten ist. Wenn sie gezielt rechtsextreme Thesen lancieren, sieht sich die Partei unter Zugzwang, was wiederum zu oft schwierigen Diskussionen führt, in welchem Umfang derartige Positionen von der innerparteilich hochgeschätzten Meinungsfreiheit gedeckt werden.

Mittlerweile sind die Parteivorstände der einzelnen Ebenen diesbezüglich sensibilisiert und greifen recht energisch durch, um einer negativen Berichterstattung zuvorzukommen. Sie suspendieren dann vorsorglich Aufstellungen von umstrittenen Kandidaten (Bohnenkamp 2012), reagieren auf antisemitische Aussagen von einzelnen Kommunalpolitikern der Partei oder irrlichternden Kreisvorsitzenden und führen Rücktritte oder Parteiausschlussverfahren herbei (Deckert 2012; Fischermann 2012). Während also in Bezug auf Ämter und mögliche Mandate die Partei empfindlicher reagiert, duldet die Piratenpartei aber immer noch Mitglieder, deren Einlassungen zweideutig sind. Gerade die nicht moderierten Foren der Partei im Internet bieten eine Nische für antisemitische und rechtspopulistische Argumentationen oder Ansätze zur Holocaustrelativierung (Hönigsberger/Osterberg 2012: 38 f.).

Stets kommt in derartigen Kontexten die Frage auf, wie weit innerparteiliche Meinungsfreiheit bei den Piraten reichen darf. Der Druck

*Abgrenzung  
gegen Rechte*

einer fortgesetzten medialen Debatte um eine etwaige Rechtslastigkeit der Partei veranlasste den Bundesparteitag der Piraten im April 2012, eine unmissverständliche Erklärung zum Thema Holocaustleugnung abzugeben. Gleichzeitig versuchen verschiedene innerparteiliche Initiativen gegen die befürchtete schleichende Unterwanderung oder ideologische Einflüsse von rechts vorzugehen. Aktionen und Initiativen im Internet oder entsprechende Konferenzen, die insbesondere der Landesverband Berlin forciert, setzen sich vermehrt mit Diskriminierungen und Ressentiments in der Gesellschaft sowie in der Partei auseinander.

Trotz mancher Parteiwanderer und seltsamer Gestalten fällt jedoch auf, dass Personen mit abseitigen Ideen in aller Regel nicht mehrheitsfähig sind und die Parteimitglieder gegen diese auf den unterschiedlichen Kommunikationsebenen der Partei massiv vorgehen.

### 5.3 Das gesellschaftliche Umfeld der Partei

Für eine Partei, die sich als Bewegung versteht, erscheint das Vor- und Umfeld überaus schwach organisiert zu sein. Allenfalls gibt es eine ausgeprägte Verbindungslinie zum Zentrum der deutschen Hackerszene, dem Chaos Computer Club, von dem sich allerdings bislang kein führendes Mitglied den Piraten angeschlossen hat. Der ehemalige Wikileaks-Sprecher Daniel Domscheit-Berg oder die Referentin für digitale Verbraucherrechte beim Verbraucherzentralen-Bundesverband, Katharina Nocun, sind daher rare Ausnahmen in der Partei. Die Hacker-

szenen wie auch die digitalen Bürgerrechtsaktivisten finden sich in der Piratenpartei somit zwar wieder, sehen diese aber mitnichten als ihr politisches Sprachrohr an. Am stärksten ist an einigen Orten die Bindung an den Arbeitskreis Vorrat ausgeprägt, der gegen die Einrichtung der Vorratsdatenspeicherung gegründet wurde.

Einige der bekannteren und profilierten Köpfe der deutschen Netzszene sind in der Zwischenzeit sogar demonstrativ auf Distanz zu den Piraten gegangen (Becker 2012a). Viele professionelle Netzaktivisten bewerten die netzpolitische Agenda der Piraten als wenig fundiert. Bei einigen kommt auch ein wenig Neid hinzu, schließlich haben die Piraten eine mediale Aufmerksamkeit erlangt, um die sie selbst über Jahre mit höchstens mäßigem Erfolg gerungen hatten. Ohnehin empfinden erprobtere Aktivisten die Organisationsstruktur als zu wenig effektiv und machen die Erfahrung, dass ihre Reputation und Kompetenz innerparteilich kaum anerkannt wird. Das ändert nichts daran, dass die Piraten durchaus als Kooperationspartner wahrgenommen werden, wenn es um die Mobilisierung von Protest geht, wie es sich beispielsweise im Fall der Anti-ACTA-Demonstrationen zeigte. Dennoch sind die Organisationen und Aktivisten im netzpolitischen Umfeld insgesamt bemüht, den Werdegang der Piratenpartei zu verfolgen und zu beeinflussen. So trifft man auf Bundesparteitagen immer wieder Netzaktivisten an. Andere kommunizieren über Twitter oder Blogs regelmäßig mit den Piraten und mischen sich in einige der parteiinternen Diskussionen ein.

Wenn man die politische Identität der Mitglieder über ihre Vereins- und Organisationszugehörigkeit sowie ihre Parteimitgliedschaft definiert, fällt ansonsten jedoch auf, dass es eine eigenartige Sphärentrennung gibt. Die Parteiarbeit wird merklich von den sonstigen gesellschaftlichen Aktivitäten geschieden. Wann immer Mitglieder der Partei Aktionen durchführen, legen sie meist Wert darauf, dass sie als Privatpersonen handeln. Umgekehrt profilieren sich Piraten innerparteilich nur selten mit ihrem Engagement außerhalb der Partei.

Diese Sphärentrennung betrifft auch die formale Mitgliedschaft in Organisationen jenseits der Piratenpartei. Gewerkschaftsmitglieder etwa sind in der Partei selten anzutreffen. Dennoch finden sich bei Mitgliedern oder Mitarbeitern der Fraktionen in Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen entsprechende Bezugspunkte in deren politischer Biografie. In Einzelfällen war eine gewerkschaftliche Interessenorganisation für die eigene politische Sozialisation sogar wichtig. Im Kreise der Abgeordnetenmitarbeiter finden sich einige wenige ehemalige Jugend- und Auszubildendenvertreter. Darüber hinaus sind auch einige Abgeordnete in Gewerkschaften oder in der betrieblichen Interessenvertretung aktiv gewesen: Schleswig-Holsteins Landtagsabgeordneter Wolfgang Dudda ist immerhin stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe Zoll der Gewerkschaft der Polizei. Sein Kollege in Nordrhein-Westfalen, Torsten Sommer, ist ohne Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft Betriebsratsmitglied bei der WAZ-Gruppe. Auch auf der örtlichen Ebene stößt man vereinzelt

auf Personen, die zumindest einen ähnlichen Hintergrund haben. Auffallend ist allerdings, dass diese einer gewerkschaftlichen oder arbeitnehmerorientierten Politik selten verständnisvoll, sondern eher kritisch gegenüberstehen.

Dabei blicken Piraten keineswegs feindschaftlich auf Gewerkschaften. Vielmehr wird in Gesprächen fast schon mit Enttäuschung betont, dass diese für das Kernmilieu der Piraten kaum etwas zu bieten hätten. Insbesondere auf die aus der Tertiarisierung (der Verlagerung des volkswirtschaftlichen Schwerpunkts auf den dritten, den Dienstleistungssektor) erwachsenen veränderten Arbeitsbeziehungen mit Formen von Werkarbeit, Selbstständigkeit, Honorartätigkeiten, Leiharbeit oder Ähnlichem sind aus Sicht vieler Piraten von den Gewerkschaften bislang nicht adäquat aufgegriffen worden. Durch die stetige Bezugnahme auf das fordistische Normalarbeitsverhältnis hätten die Gewerkschaften ein Idealbild von Erwerbsarbeit, welches nicht den Erfahrungen vieler selbstständig und kreativ tätiger Piraten entspreche. Auch werden die Trägheit von gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber dem digitalen Wandel und deren fehlende aktionistische Spontaneität und Flexibilität bemängelt. Insoweit fallen nicht nur die politischen Perspektiven und Forderungen von Gewerkschaften und Piratenpartei auseinander. Viele Piraten weisen eine aus ihrer arbeits- und lebensweltlichen Prägung entwickelte und von der traditionellen gewerkschaftlichen Perspektive abweichende Vorstellung von politischer Organisation, demokratischer Partizipation und Re-

*Beziehung zu Gewerkschaften*

präsentation auf, die den Aspekt der Flexibilität und Individualität besonders stark betont (Stalder 2011). Trotzdem lassen sich auf beiden Seiten Anzeichen einer Annäherung beobachten. Nachdem die Piraten nach dem Einzug in verschiedene Landtage Zeit gebraucht haben, um Funktion und Bedeutung verschiedener politischer Akteure zu überblicken, haben sie langsam begonnen sich gegenüber Kooperationen mit Akteuren wie den Gewerkschaften zu öffnen; zumindest erste Kontakte sind festzustellen.

Die Bindung zu anderen Vereinen oder Initiativen wiederum ist selten. Selbst in Gegenden mit hohen Vereins- und Organisationsbindungen bekennen sich die Piraten meist dazu, eben nicht in eine der zahlreichen Gruppierungen eingebunden zu sein. Anscheinend haben bei den Piraten vorwiegend jene angeheuert, die zuvor allenfalls individualisiert aktiv gewesen sind und sich daher nicht über andere Kollektivorganisationen definieren.

#### **5.4 Jenseits von Geschlecht und Quote? Frauen bei den Piraten**

##### *Männerpartei*

Seit ihren Anfängen ist die Piratenpartei in erster Linie eine Männerpartei. Die Partei selbst führt darüber keine Statistik, Erhebungen gehen aber von Frauenanteilen zwischen 8,5 Prozent (T. Neumann 2011: 190) und 18 Prozent (Kegelklub 2012) aus.

Selbst wenn man den höheren Wert zugrunde legt, ist dieser deutlich niedriger als in den etablierten Parteien. Während zuletzt die CSU aus ihrem geringen Frauenanteil den Schluss zog, wenigstens die Repräsentation

der Frauen in der Partei durch eine Quotenregelung zu verbessern, ist die Piratenpartei – wie auch die FDP – gegenwärtig gegen eine solche Regelung. Um die Positionierung in dieser Frage gibt es innerhalb der Piratenpartei seit geraumer Zeit immer wieder heftige Konflikte. Insbesondere die Aktivistinnen im Berliner Kegelklub, einem informellen Zusammenschluss, der sich mit geschlechterpolitischen Fragen auseinandersetzt, versucht die Debatte für feministische Ansätze zu öffnen. Dessen ungeachtet behaupten weite Teile der Partei, Geschlecht als Kategorie spiele schlicht keine Rolle. Nach einer Erhebung des Kegelklubs sind rund drei Viertel der Mitglieder der Auffassung, dass in der Piratenpartei Männer und Frauen vollständig oder weitgehend gleichberechtigt seien. Bei der parallel gestellten Frage, ob Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichberechtigt seien, waren die Antworten sehr viel verhaltener, immerhin ein gutes Drittel verneinte das Vorhandensein von Gleichberechtigung (Kegelklub 2012: 22). Angesichts dieser Zahlen scheinen die Piraten von den Mitgliedern als ein Hort der Emanzipation wahrgenommen zu werden.

Sieht man jedoch genauer hin, fällt die auffallend geringe Repräsentanz von Frauen in herausgehobenen Funktionen auf. 2009 waren gerade einmal vier Prozent der Kandidaten auf den ersten fünf Landeslistenplätzen zur Bundestagswahl weiblichen Geschlechts. Mit einer Ausnahme waren die Bundesvorstände bis 2011 reine Männerrunden. In drei der vier Landtagsfraktionen der Piraten findet sich nur eine einzige Frau. Im Lichte der bisherigen Kandidaten-

► Tabelle 5:

**Frauenanteil und Quotenregelungen im Vergleich**

	SPD	CDU	CSU	FDP	Linke	Grüne	Piraten
Frauenanteil Mitgliedschaft	31%	26%	19%	23%	37%	37%	< 18%
Frauenquote	40%	33%	40%	–	50%	50%	–
Frauenanteil auf den ersten fünf Plätzen der Landeslisten zur Bundestagswahl 2009	43%	29%	40%	23%	59%	56%	4%
Frauenanteil in den Landesparlamenten	36%	25%	21%	17%	53%	50%	13%
Frauen als Landesvorsitzende <sup>1</sup>	2	4 <sup>2</sup>	2 <sup>3</sup>	2	11 <sup>4</sup>	17 <sup>5</sup>	2
Frauen als Fraktionsvorsitzende in Land- und Bundestag	1	1	(1) <sup>6</sup>	1	4	8 <sup>7</sup>	–

- 1 Stand Oktober 2012.
- 2 In Brandenburg ist der Vorsitz vakant, zuvor war dort ebenfalls eine Frau Vorsitzende.
- 3 Die CSU ist nur in Bayern vertreten und gliedert sich dort in zehn Bezirksverbände; hier angegeben ist die Zahl der weiblichen Bezirksvorsitzenden.
- 4 Einige Landesverbände verfügen über eine Doppelspitze mit weiblichen und männlichen Vorsitzenden, in Baden-Württemberg gibt es gar einen sechsköpfigen Sprecherrat.
- 5 Außer in Hamburg haben die Grünen in allen Ländern eine Doppelspitze, in der mindestens eine Frau vertreten ist.
- 6 Einbezogen ist die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in der gemeinsamen Bundestagsfraktion mit der CDU.
- 7 Die Grünen haben im Bundestag sowie in einigen Landesparlamenten Doppelspitzen.

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung mit Daten von Niedermayer (2013b: 95).

aufstellungen zur Bundestagswahl dürften einer möglichen Piratenfraktion ebenfalls nur wenige Frauen angehören.

Wie in den etablierten Parteien auch sind Frauen bei den Piraten gerade in Spitzenfunktionen selten vertreten. Sechs der sechzehn Landesvorstände kommen sogar komplett ohne eine Frau im Vorstand aus. In acht weiteren Landesvorständen ist nur eine Frau vertreten. Sicherlich mag der geringe Frauenanteil in den Gremien der Partei dem Anteil innerhalb der Mitgliedschaft entsprechen. Trotzdem gibt es in

der Partei eine Reihe von spezifischen Hindernissen, die einer Beteiligung von Frauen entgegenwirken.

Die Kegelklub-Erhebung zumindest weist klar auf geschlechterspezifische Differenzen und Ausschlussmechanismen hin. Demnach fühlen sich 25 Prozent der männlichen Parteimitglieder durch sogenannte Shitstorms abgeschreckt, denen sich Vorstandsmitglieder und Kandidaten im Netz immer wieder ausgesetzt sehen. Dieser beachtliche Wert wird noch auffälliger dadurch, dass für 37 Prozent der Frau-

*Geschlechts-spezifische Ausgrenzungsformen*

„Postgender“ als  
Rechtfertigung?

en genau dies ein zentrales Hindernis für die Übernahme eines Parteiambtes darstellt. Mit 19 zu 7 Prozent ist zudem der Anteil der Frauen fast dreimal so hoch wie der der Männer, die die Aufstellungs- und Befragungsprozedur, das Kandidatengrillen, abschreckend finden (Kegelklub 2012: 18). Diese beiden Aspekte sind von besonderer Bedeutung. Während die weiteren Merkmale wie Arbeitsaufwand, drohende Überforderung, fehlende Unterstützung, Unsicherheit, unsympathische Teamkollegen oder harte Konkurrenz bei der Wahl wohl in allen Parteien, Organisationen und Vereinen anzutreffen sind (Siri/Villa 2012: 160), dürften diese beiden Aspekte als spezifisch „piratig“ gelten. Dass ausgerechnet dabei aber die Geschlechterdifferenz so ausgeprägt ist, zeigt, dass die Parteistruktur der Piraten latent abschreckend auf Frauen wirkt.

Selbst bei der vermeintlichen Einigkeit zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Ablehnung einer Quotenregelung (Kegelklub 2012: 20) fallen geschlechterspezifische Unterschiede auf. Unter den Frauen in der Partei ist die Präferenz für die Einführung einer Quote höher als bei den Männern. Auch die Frage nach der Gleichberechtigung in der Partei sehen sie beileibe nicht so euphorisch wie die Männer. Die Frage, ob die Partei oder das jeweilige Mitglied „postgender“ (d. h. ablehnend gegenüber der Differenzierung von Menschen anhand ihres Geschlechts) sei, bejaht zwar eine Mehrheit der Männer, nicht aber der Frauen (Kegelklub 2012: 25).

Einer umfassenden Diskussion, wie der Frauenanteil in der Mitgliedschaft oder in

Funktionen gesteigert werden könnte, weicht die Partei bisher aus. Versuche, 2009 ein Piratinnennetzwerk zu gründen, wurden wüst bekämpft (Kucklick 2013: 161), Frauenquoten vereinzelt als „Tittenbonus“ verunglimpft (Christmann 2012). Allerdings gibt es auch Diskussionsansätze, die unter dem Etikett postgender den Versuch unternehmen, eine Gleichstellungspolitik jenseits von Quotenregelungen zu durchdenken (Siri/Villa 2012: 169), wozu auch der Kegelklub zu zählen wäre.

Quotenregelungen und andere Gleichstellungsmaßnahmen werden unter anderem mit dem Argument zurückgewiesen, dass diese die eigentlich abzulehnende und zu überwindende Kategorie des Geschlechts nur weiter festigten (Häusler 2011: 72 f.). Trotz derartiger gendertheoretisch gesättigter Rekurse entsteht im Rahmen der zumeist stark polarisierten Diskussionen zu derartigen Themen jedoch oft der Eindruck, dass sich in der Partei zugleich diejenigen Männer finden, die sich zu den Verlierern der Gleichstellungsprozesse der letzten dreißig Jahre zählen. Gerade für Mitglieder mit technischen oder naturwissenschaftlichen Ausbildungen erscheinen Quotenregelungen, Frauenförderpläne oder ähnliche Gleichstellungsinstrumente in Anbetracht des in diesen Bereichen hohen Männerüberhangs gar als Bedrohung der eigenen biografischen Planung. Die Selbstdefinition als postgender bietet da eine willkommene theoretische Grundierung und Rechtfertigung dieser subjektiven Wahrnehmung. Dass dieses Konstrukt bislang auch von einer Mehrheit der Frauen in der Partei geteilt wird, hängt mit der gemeinsamen Ablehnung eines klischeehaften

Bildes von Feminismus zusammen, die als ideologische Klammer fungiert. Gerade weil der Gleichstellungsansatz der 1970er Jahre mit der Lebensrealität vieler Frauen gegenwärtig wenig gemein hat, kann dieser als Negativfolie genutzt werden, um einen anderen ideologischen Überbau zu formulieren und hegemonial in der Partei zu verankern.

Indessen sind Ansätze einer gewissen Sensibilisierung erkennbar. So wird sexistisches

Auftreten von männlichen Piraten kritisiert, und chauvinistische Aussagen bleiben nicht unkommentiert. Zudem wird im Parteilalltag auch positiv wahrgenommen, dass Frauen, so sie denn für Ämter kandidieren, durchaus gute Chancen haben, gewählt zu werden. Insbesondere wenn nur wenige Frauen für Ämter kandidieren, scheint es bei den Mitgliederversammlungen die Bereitschaft zu geben, diese auch zu wählen.

## 6. Wählerschaft der Partei

Der Zuwachs der Wählerschaft der Piratenpartei war genau wie die Mitgliederentwicklung bis zur Bundestagswahl 2009 beachtlich. Danach stagnierte die Wählerklientel auf einem verlässlichen Niveau von rund zwei Prozent der Stimmen. Die Piraten waren so nahezu flächendeckend zur größten der „sonstigen Parteien“ geworden. Allenfalls geringfügige Vorteile im urbanen Raum sowie in Westdeutschland ließen sich ausmachen (Brähler/Decker 2012: 8; Jesse 2011: 190; Onken/Schneider 2012: 613). Dieses Ergebnis bestätigte sich auch auf kommunaler Ebene, als die Partei erstmals bei den hessischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2011 flächendeckend antrat und in alle Räte der kreisfreien Städte sowie in die Hälfte aller Kreistage einzog. Auch bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen im September 2011 verbuchten die Piraten dort, wo sie kandidierten, in der Regel Ergebnisse von drei Prozent.

Im September 2011 gelang der Partei in Berlin bei den Abgeordnetenhauswahlen dann mit 8,9 Prozent erstmals der Sprung über die 5-Prozent-Hürde. Solch ein Ergebnis gerade in einem Stadtstaat war jedoch kein sicherer Beleg für die weitere Etablierung der Partei. Immerhin kennt die deutsche Parteiengeschichte zahlreiche Parteien, die kurzzeitig solche Erfolge gefeiert hatten, denen aber nie der Sprung in den Deutschen Bundestag gelang. Überdies ließ sich das Ergebnis leicht als „berlinspezifisch“ deuten (Niedermayer 2012: 25). Zugleich waren sich Beobachter jedoch recht sicher, dass es auch außerhalb der Hauptstadt zumindest einen gewissen Resonanzboden für die netzpolitischen

Anliegen der Piraten gäbe (Borchard/Stoye 2011: 18 f.). Doch ob solch ein Potenzial für eine dauerhafte, gar flächendeckende parlamentarische Repräsentanz reichen würde, durfte bezweifelt werden. Nach den Landtagswahlen im Frühjahr 2012 veränderte sich diese Sichtweise. Bei allen drei Urnengängen bestätigte sich nämlich, dass das Ergebnis der Piratenpartei regional überaus ausgeglichen war. Die Partei erhielt nicht nur Zuspruch von einem hippen, städtischen und internetaffinen Publikum, sondern war in der Lage, in Flächenländern ebenso Erfolge zu generieren.

Eine Auswertung aller Wahlen, auch der jüngsten niedersächsischen, belegt, dass die Partei vorherige Nichtwähler sowie Erstwähler erreichte und dass sie phasenweise ausgesprochen attraktiv war für Wähler aus allen politischen Lagern. Rund die Hälfte ihrer Wähler hatten ihre Stimme zuvor der SPD, den Linken oder den Grünen gegeben. Ein Fünftel stammte aus dem vormals schwarz-gelben Elektorat. Ein Drittel schließlich stammte von anderen Parteien, waren Erst- oder vorherige Nichtwähler.

Außerdem sind die Piraten zum Sammelbecken all jener Wähler geworden, die sonst zu nichtetablierten Kleinparteien tendiert hatten (Haas/Hilmer 2012: 191; Niedermayer 2013a: 67). Offensichtlich haben etliche Wähler, die zuvor konstant und konsequent gegen die etablierten Parteien votiert hatten, ohne damit Erfolg im Sinne parlamentarischer Vertretung zu erzielen, bei den Piraten einen Pol gefunden, um ihren Unmut wirksam zu artikulieren.

In Bezug auf Einstellungen, thematische Interessen und vorherige Wahlentscheidungen

*Mehr als eine hippe urbane Partei*

► Tabelle 6:

## Wählerwanderung Piraten

	Berlin	Saarland	Schleswig-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Niedersachsen
Grüne	+17.000	+3.000	+13.000	+80.000	+6.000
SPD	+14.000	+3.000	+10.000	+90.000	+5.000
Linke	+13.000	+7.000	+6.000	+80.000	+8.000
FDP	+6.000	+4.000	+14.000	+40.000	+5.000
CDU	+4.000	+4.000	+14.000	+60.000	+2.000
Andere Parteien	+22.000	k.A.	k.A.	+40.000	+13.000
Erstwähler	+12.000	+3.000	+6.000	+30.000	+14.000
Nichtwähler	+23.000	+8.000	+11.000	+70.000	+10.000
Zugezogene	+23.000	k.A.	k.A.	k.A.	+9.000

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Infratest-dimap.

sowie beim Stimmensplitting lässt die Wählerschaft der Piratenpartei Präferenzen für eine Position „links von der Mitte“ erkennen (Hirscher 2011: 3). Der insgesamt hohe Zustrom von Wählern aller Parteien und der hohe Anteil einstiger Nichtwähler lassen aber vermuten, dass die Wählerschaft in erster Linie nicht durch eine konsistente politische Grundüberzeugung zu ihrer Stimmabgabe für die Piraten bewogen wurde. Die Nachwahlbefragungen offenbaren vielmehr Hinweise auf ein Protestwahlverhalten. Relativ stabil geben rund zwei Drittel der Piratenwähler an, dass sie aus Enttäuschung für die Partei votiert hätten. Der Anteil der enttäuschten Wähler lag damit sogar noch höher als der entsprechende Wert bei der Linken (SPD 2012a: 2; 2012b: 15).

Seit einigen Jahren wird ein gestiegenes Protestpotenzial in der Gesellschaft identifi-

ziert. Als zentrale Ursache wird ein „Dogmatismus der politischen Klasse“ (Alemann/Daniel 2012: 190) gesehen, der Entscheidungen als zwingend, alternativlos und unausweichlich begründet. Dies wird sekundiert durch eine wissenschaftliche Debatte, die insbesondere die materiellen Einflussmöglichkeiten der Politik als stark limitiert ansieht (Crouch 2008). So gewinnt ein Teil der Bevölkerung den Eindruck, dass sich die politischen Repräsentanten nicht um die Problemlagen der Wähler kümmern. Das politische System wird als untauglich angesehen, seine Funktionen hinreichend zu erfüllen, was eine rückläufige Wahlbeteiligung, aber gleichzeitig eine anwachsende Protestneigung der Bevölkerung nach sich zieht. Entgegen zahlreichen normativen Interventionen, die den Wert der repräsentativen Demokratie verteidigen (Fraenkel 1991: 158; Klei-

*Protestwählerschaft*

### Transparenz als Verheißung

nert 2012; Weber 1976: 156), wächst gleichzeitig das Bedürfnis nach mehr und unmittelbarer Partizipation. Die Forderung nach Transparenz im Staatswesen, das Versprechen von mehr Mitwirkung und eine latente Kritik an der Macht- und Wirkungslosigkeit von Parlamenten führt also zu einem durchaus verheißungsvollen Angebot an die Wählerschaft, und zwar quer durch die politischen Lager.

Dieser Bevölkerungsteil wird durch die Piraten wieder an die Wahlurnen gebracht beziehungsweise veranlasst, sein Wahlrecht weiterhin wahrzunehmen. Recht typisch für eine Protestpartei ist auch der hohe Zuspruch seitens deprivilegierter Wähler mit geringen Monateinkünften (Brähler/Decker 2012: 2) oder ohne berufliche Anstellung sowie von Wählern männlichen Geschlechts (Onken/Schneider 2012). Am erheblichen Anteil von Wählern mit Abitur ist ersichtlich, dass die Piraten-Wählerschaft zugleich aber über einen sehr hohen Bildungsgrad verfügt (Brähler/Decker 2012: 3; Onken/Schneider 2012: 617).

Den zahlreichen Jung- und Erstwählern der Piraten steht nur eine marginale Zahl von Wählern mit mehr als 60 Lebensjahren gegenüber. Ein derartig drastischer Generationenunterschied lässt sich bei keiner anderen Partei feststellen und führt dazu, dass die Wählerschaft der Piratenpartei mit durchschnittlich 33,6 Jahren mit weitem Abstand die jüngste aller Parteien ist (Brähler/Decker 2012: 6). Selbst bei den desaströs verlaufenen Wahlen in Niedersachsen erzielten die Piraten bei den Jung- und Erstwählern deutlich über fünf Prozent der Stimmen. Naheliegend wären daher Interpre-

tationen, welche die Partei als Ausdruck eines Generationenkonflikts deuten. Doch diesbezüglich ist Zurückhaltung angebracht, weil „alters- und geschlechtsspezifische Interessenlagen in sozialstrukturelle und kulturelle Konflikte [...] eingebettet sind“ (Onken/Schneider 2012: 615).

Der geringe Anteil von über 60-Jährigen bringt es mit sich, dass die Erwerbstätigenquote der Partei mit 70 Prozent so hoch liegt wie bei keiner anderen Partei (Appelius/Fuhrer 2012: 64). Trotz ihrer hohen Akzeptanz bei den Arbeitslosen sind die Piraten in erster Linie also eine Partei, die von Leuten gewählt wird, die im Arbeitsleben stehen. Die Piraten bündeln somit nicht die gesellschaftliche Unterschicht, sondern in erster Linie eben hoch gebildete, junge und zukunftsbejahende Gruppen, die dennoch mit den Verhältnissen unzufrieden sind.

Durch die Wahl der Piratenpartei wird also Protest ausgedrückt, wobei die Entscheidung für die Piraten zugleich ein demokratiebejahendes Element enthält. Die Piraten werden gerade nicht als echte Anti-System-Partei gewählt, sondern als Formation, die sich deziert für eine Erneuerung der demokratischen Ordnung stark macht, die jedoch andere Personen und andere Ansätze mitbringt als die anderen Parteien.

Aufgrund ihres Protesthintergrundes weisen die Wähler der Piratenpartei aber nur eine geringe Bindung zu ihrer Partei auf. Das zeigte sich gerade im Verlauf der Umfrageergebnisse des Jahres 2012 bis Januar 2013 für die Piratenpartei auf Bundesebene:

► **Tabelle 7:****Sonntagsfrage Piratenpartei**

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...“

15.01.2012	7 %
19.02.2012	9 %
18.03.2012	8 %
15.04.2012	12 %
12.05.2012	11 %
10.06.2012	10 %
15.07.2012	9 %
12.08.2012	8 %
16.09.2012	7 %
21.10.2012	6 %
04.11.2012	4 %
09.12.2012	3 %
13.01.2013	4 %

Quelle: Emnid, nach [www.wahlrecht.de/emnid](http://www.wahlrecht.de/emnid).

Die Wählerschaft der Piratenpartei stellt sich, abgesehen von den Faktoren Alter und Geschlecht, heterogen dar. Dabei fällt auf, dass die Partei in fast allen gesellschaftlichen Gruppen reüssiert. Sie erreicht nämlich meist auch überdurchschnittliche Werte bei den Selbstständigen (Borchard/Stoye 2011: 4; Hirscher 2011: 3 f.), was sich mit der starken Affinität zu IT-Berufen erklären lässt. Erklärungsbedürftig ist demgegenüber, warum die gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter, nicht jedoch die Angestellten überdurchschnittlich stark für die Piraten votierten. In Berlin avancierten die Piraten mit 14 Prozent sogar zur drittstärksten Partei in diesem Wählersegment, gleichauf mit den Lin-

ken (SPD 2011: 14). Eine Erklärung findet sich bei den als wahlentscheidend angesehenen Themen. Bei allen Wahlen gaben recht konstant über 40 Prozent der Wähler der Piratenpartei als wahlentscheidendes Thema soziale Gerechtigkeit an. Die zentrale Bedeutung des Themas reicht an die traditionell hohen Werte von SPD und Linken heran. Die programmatische Unklarheit der Piraten erweist sich dabei anscheinend als Vorteil, schließlich lassen sich dadurch sehr unterschiedliche Vorstellungen auf die Partei projizieren.

Gegenüber dem Durchschnitt der Wählerschaft sind die Anhänger der Piratenpartei in geringerem Maße für Steuersenkungen oder Klimaschutz, präferieren dafür doppelt so stark einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan oder fordern Bürokratieabbau ein (Onken/Schneider 2012: 623). Die Wählerschaft der Partei kokettiert somit zumindest mit Positionen im liberal-libertären Spektrum wie auch im linkspopulistischen Bereich.

Durch diese Themenspanne hat sich bei den Piraten ein elektoraler Schwemmsand angelagert, der jedoch schwerlich zu halten ist. Viel zu heterogen und widersprüchlich sind die Erwartungswerte der neuen Wählerklientel. Die Piraten selbst nehmen schon seit geraumer Zeit wahr, dass ihre Wählerschaft sie für andere Themen unterstützt als für jene, die ihnen selbst wichtig sind und bei denen sie ihre Kernkompetenzen sehen. Um für die heterogenen Wählerpotenziale programmatische Angebote zu machen, fehlt es den Piraten jedoch an organisatorischer Stringenz und Effektivität.

*Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit*

## 7. Das politische System reagiert

Die Piratenpartei ist mittlerweile eine arrivierte, keineswegs aber etablierte Partei. Gesellschaftlich hat sie unverkennbar einen Nerv getroffen. Kleinparteien akzentuieren mit ihren Erfolgen oftmals Mängel in der politischen Repräsentation, wenn einzelne soziale Gruppen oder spezifische Themen nicht mehr adäquat von den etablierten Parteien vertreten werden. Wie gezeigt worden ist, haben die Piraten das spezifische Nischenthema der Netzpolitik mit der Unzufriedenheit eines großen Teils der Wählerschaft sehr wirksam verbinden können. Wie aber auch deutlich geworden ist, sind diese Erfolge überaus flüchtig. Ein Grund hierfür sind die Reaktionen der etablierten Akteure des politischen Systems. Die Stärken der politische Newcomer werden von jenen adaptiert oder deren Schwächen ausgenutzt.

Als parteipolitischer Träger eines auf den ersten Blick recht begrenzt wirkenden Themas wurden die Piraten von den etablierten Parteien 2009 kaum als ernst zu nehmende Konkurrenz angesehen. Das Zugangerschwerungsgesetz und die wachsende Protestbereitschaft der Wähler vor dem Hintergrund der Großen Koalition waren mit der Bundestagswahl bereits Geschichte. Allein die Tatsache, dass es den Piraten gelungen war, ein zuvor kaum politisiertes Themenfeld zu besetzen und zahlreiche Neuwähler anzuziehen, gab den etablierten Parteien Rätsel auf, doch nach dem Verblenden der ersten medialen Aufmerksamkeit für die Piraten hatte man sich in den Parteizentralen wieder mit anderen Dingen befasst. Diese Situation änderte sich erst durch den Erfolg der Berliner Piraten im Herbst 2011. Nachdem die

Partei entgegen den zahlreichen Unkenrufen in allen Wahlen des Jahres 2012 erfolgreich in die Landtage eingezogen war, sortierte sich das Feld neu.

Die umfangreichen Reaktionen auf die Piraten, die von entrüsteten Verurteilungen über interessierte Sondierungen bis zu offenen Umarmungen reichten, machten gleichsam darauf aufmerksam, dass sie zusehends als parteipolitischer Konkurrent wahr- und ernst genommen wurden. Damit eröffnete sich für die Piraten eine Stellung im Parteiensystem, die es ihnen erlaubte, verschiedene Funktionen erfüllen zu können: Als aufstrebende Außenseiter konnten sie Druck ausüben, der vor allem bei den etablierten Parteien zu Reaktionen, zu Bewegung, Umdenken und Erneuerung führte (Hensel 2012b: 107 f.). Die Parteien erkannten dabei in dreierlei Hinsicht Handlungsbedarf: kommunikativ, inhaltlich und strategisch.

### 7.1 Kommunikative und organisationskulturelle Reaktionen

Die 2009 durchaus naheliegende Analyse, die Piraten als Internetpartei einzustufen, führte dazu, dass die etablierten Parteien vor allem versuchten, basispartizipatorische Prinzipien und Ansprüche mit den Möglichkeiten des Internets zu verschränken. Schließlich schienen die Piraten geradezu intuitiv genau das zu realisieren, was die Jungen, Wütenden und Unzufriedenen dieser Republik in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert hatten, nämlich unkonventionelle, thematisch begrenzte, zeitlich flexible und tendenziell basisdemokrati-

sche Formen des Engagements (Klatt/Walter 2011: 35 f.). Tatsächlich drehten sich die Reformdebatten in allen Parteien bereits seit rund drei Dekaden genau um solche Aspekte, und mit der erhöhten Nutzung des Internets und seiner Potenziale im Hinblick auf Partizipation und Kommunikation wurde schon seit geraumer Zeit in den Parteien experimentiert (Wiesendahl 2006a: 163 ff.). Allerdings waren sie kaum in der Lage, daraus nachhaltig erfolgreiche Parteireformen zu entwickeln.

Die digitalen Medien wurden von den Parteiorganisationen in erster Linie als Distributions- und nicht als Partizipationskanäle verstanden. Ausnahmen bilden hier beispielsweise die Gründung des virtuellen Ortsvereins der SPD und des „Internet-Landesverbandes“ der FDP Mitte der 1990er Jahre. Über diese wurde eine eigene, virtuelle Parteigliederung erprobt, die sich allerdings vornehmlich mit Fragen der Netzregulation und der Gestaltung des digitalen Zeitalters befasste (Bieber 2010: 33 f.) und deren Arbeit von den Parteivorständen nicht allzu ernst genommen wurde.

Tatsächlich kollidieren die in den etablierten Parteien eingeübten Gesetzmäßigkeiten der inner- wie außerparteilichen Kommunikation schnell mit der latent anarchischen Netzkultur. Politiker sehen sich dem Dilemma gegenüber, die Kulturtechniken des Netzes anzuwenden, ohne ihre politische Logik und organisationskulturellen Anforderungen, wie Strategiefähigkeit, Effizienz und Produktivität, zu vernachlässigen (Hensel 2012b: 108 f.). Da die etablierten Parteien an gewachsene Traditionen, filigrane innerparteiliche Machtbalancen

und mediale wie parlamentarische Logiken gebunden sind, schränkt das notwendigerweise ihre Experimentierfähigkeit ein.

Doch alle Parteien stellen schnell fest, dass deren konsequente Umsetzung zumeist anstrengend und trotz aller technischen Entwicklungsschritte oft unproduktiver und ineffektiver ist als traditionelle Formen der Organisation. Meist beschränken sich etablierte Parteien daher weiterhin auf oberflächliche Formen der digitalen Kommunikation und Partizipation.

Spätestens der Durchbruch der sozialen Netzwerke hat die vorwiegend in eine Richtung laufende Netzkommunikation der Parteien jedoch massiv in Frage gestellt. Die ersten Erfolge der Piraten 2009 waren dafür der deutlichste Indikator. Als Reaktion darauf haben sich die etablierten Parteien seitdem verstärkt die Kulturtechnik digitaler Medien angeeignet: Twitternde Politiker, diverse Grundsanierungen von Homepages, eine intensiviertere Pflege von Profelseiten in sozialen Netzwerken sowie die Eröffnung digitaler Diskussions- und Beteiligungsplattformen sind eine Folge davon.

Digitale Kommunikation und Kooperation bedarf aber nicht nur technischer Strukturen, sondern ebenso kultureller Fähigkeiten. In Bezug auf die dazugehörige Authentizität haben die meisten Politiker quer durch die etablierten Parteien aufgrund ihrer abweichenden Mediensozialisation oftmals Schwierigkeiten, was ihnen im Internet schnell Hämme einbringt.

Offener reagieren die Parteien freilich auf die neuen und alten Möglichkeiten einer basisdemokratischen Partizipation, welche die Pira-

tenpartei besonders prononciert eröffnet hat und die einer forcierten Online-Kommunikation innezuwohnen scheint. Die FDP beispielsweise lässt die Prioritäten bei der Antragsberatung im Vorfeld von FDP-Parteitag ohne weitere Vorgaben durch die Delegierten selbst festlegen und setzt in ihrem bayrischen Landesverband mittlerweile eine Plattform ein, die LiquidFeedback ähnelt. Auch in anderen Parteien hat man Formen basisdemokratischer Mitwirkung entdeckt oder experimentiert in der Zwischenzeit mit digitalen Plattformen wie LiquidFeedback oder Adhocracy.

Dennoch: Gerade weil es sich um langfristige Prozesse der Modernisierung der politischen Kommunikation und Organisation handelt, hat das Auftauchen der Piraten in Bezug auf die kommunikative Kompetenz zwar kurzfristig zu keinen wesentlichen Veränderungen der bisherigen Arbeitsweisen in den etablierten Parteien geführt, wohl aber werden längerfristige Anpassungsprozesse an Erfordernisse der Internetkommunikation gefördert.

## 7.2 Inhaltliche Reaktionen

Das Auftauchen der Piratenpartei wirkte überdies als Initiator und Motor der Entwicklung von neuen oder alternativen politischen Inhalten. Insoweit nahmen die Piraten eine weitere, geradezu prototypische Funktion nichtetablierter Kleinparteien wahr: Ihre Präsenz brachte die innerparteilichen Debatten und Machtverhältnisse der etablierten Parteien in Bewegung. Dabei spielt vor allem die Aufwertung von vormaligen Außenseiterpositionen eine

Rolle. Gut sichtbar war dies im allgemeinen Bedeutungsgewinn des thematischen Kernbereichs der Piraten, also der Frage, wie die Herausforderung der Digitalisierung der Gesellschaft zu gestalten sei. So schrieben die etablierten Parteien nun vor allem der Netzpolitik eine höhere Priorität zu. Natürlich gab es auch dazu schon längere Zeit Diskurse, bloß wurden diese eher randständig geführt. Netzpolitik wurde nach dem ersten Wahlerfolg der Piraten 2009 als Thema innerhalb der etablierten Parteien ernster genommen und bot gerade einem versierten Nachwuchs Profilierungsmöglichkeiten. Junge Abgeordnete wie Lars Klingbeil (SPD), Jimmy Schulz (FDP), Halina Wawzyniak (Linke) oder Konstantin von Notz (Grüne) nutzen diese Leerstelle jedenfalls effizient aus. Durch diese inhaltliche Neuorientierung schien sich die Auseinandersetzung mit der neuen Partei insgesamt auf eine rationale Handlungsebene zu verlagern. Sichtbarstes Zeichen ist die Enquête-Kommission des Bundestags zur Netzpolitik, über die viele der prominenten netzpolitischen Aktivisten der Republik eingespannt wurden.

Auch innerhalb der etablierten Parteien versuchte man netzpolitische Kompetenzen aufzubauen, indem man Arbeitskreise und Kommissionen einsetzte oder Kongresse abhielt. Beschlüsse und Thesenpapiere waren so vielfach bereits vor dem Piraten-Hype 2011/12 in der Diskussion. Mit einem parteinahen Verein wie Liberale Basis e. V. bei der FDP oder einem der SPD nahen Thinktank wie D64 existieren mittlerweile Umfeldorganisationen für netzpolitische Themen. Die Grünen haben dazu

### *Motor für inhaltliche Entwicklungen*

bereits im November 2011 auf ihrem Parteitag umfassend beraten. Einen Monat darauf zogen die Sozialdemokraten nach, deren Bundestagsfraktion zudem ein halbes Jahr später ein Thesenpapier zur Reform des Urheberrechts zur Debatte stellte (Wagner 2012: 45, 131). Zu den Kernthemen der Piraten besitzen somit alle etablierten Parteien mittlerweile Expertise, können auf Beschlüsse verweisen oder bieten Diskursforen an.

### 7.3 Strategische Orientierungen

Freilich hatten die meisten Beobachter erwartet, dass sich so das Wählerpotenzial der Piraten domestizieren ließe, was sich als Trugschluss erwiesen hat, da die Piraten eben nicht nur aus netzpolitischen Gründen Zulauf erhalten, sondern weil sie als Projektionsplattform verschiedener Interessen gewählt werden. Insofern mussten die etablierten Parteien die Piraten unverändert als ernsthaften Mitbewerber bei der Bundestagswahl einschätzen und auch in Bezug auf einen möglichen Parlamentseinzug Strategien entwickeln.

Bei der SPD hofierte man die Kritiker von Netzsperrern und intensivierte die weiteren Kontakte zu Vertretern der digitalen Szene, um dem in den Jahren zuvor entstandenen politischen Vertrauensverlust in diesen Themenbereichen zu begegnen. Darüber hinaus suchten die Sozialdemokraten nach der Berlin-Wahl im Herbst 2011 zaghaft Kontakt zu den Piraten. Klaus Wowereit stellte sich zwar im Vorfeld seiner Wiederwahl als Regierender Bürgermeister im Berliner Abgeordnetenhaus den Fragen

der Piratenfraktion im Parlament, die Beziehung zwischen den Parteien blieb aber von einem Gefühl der Fremdheit und Konkurrenz bestimmt. Die politische Gegnerbeobachtung nahm sich der Piraten derweil intensiver an. Gleichzeitig sendeten die Spitzenkandidaten der SPD in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen vorsichtige Signale an die neue Partei aus, um von vornherein weder deren Wähler zu verschrecken noch sich rechnerische Koalitionsoptionen zu verbauen.

Auch in der CDU mangelte es nicht an Versuchen, die Piraten in den Kommunalparlamenten und Landtagen zumindest punktuell einzubinden. Der vormalige Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Peter Altmaier, stellte eine Kooperation perspektivisch in Aussicht und gab sich in Bezug auf die Kommunikationsweise und die politischen Ideen und Ansätze der Piraten überaus verständnisvoll. So räumte er sogar Fehler seiner Regierung im Bereich der Netzpolitik ein, stellte sich Diskussionen mit Piraten und lud den neuen Mitbewerber regelrecht zum Mitmachen ein: „Es sind junge Leute voller Ideale, die die Welt zum Besseren verändern wollen, aber noch nicht wissen, wie“ (Altmaier 2011).

Nun scheint eine Koalition aus Union und Piraten für 2013 trotz einiger Mutmaßungen (Bieber 2012b; Wentzien 2012) wohl eher ausgeschlossen zu sein. Die inhaltlichen Schwachstellen und die mangelnde programmatische Kohärenz der Piraten mit ihren vielschichtigen personellen und organisatorischen Problemen sprechen aus Sicht der Union klar gegen eine solche Zusammenarbeit. Und auch die Piraten

*Neue Koalitions-  
konstellationen*

dürften Schwierigkeiten haben, sich mit der Partei einzulassen, die die Netzsperrern maßgeblich vorangetrieben hat. Dennoch hätte eine wenigstens rechnerische Mehrheit aus CDU/CSU und Piraten für Merckels Union immense Vorteile. Wenn 2013 eine Konstellation eintritt, in der abermals eine Große Koalition als einzige realistische Option verbleibt, wäre ein theoretisches Drohpotenzial mit einer anderen Mehrheitsoption für die Union natürlich günstig. Somit erfüllen die Piraten für die CDU eine Doppelfunktion: Sie könnten einerseits helfen, eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern, andererseits eröffnet ihr Parlamentseinzug eine strategische Möglichkeit, Sozialdemokraten oder Grüne unter diesen Umständen von einem Bündnis mit der CDU zu überzeugen.

Ähnlich verhält es sich mit der strategischen Ausrichtung der CSU. Weil die Christsozialen aber auch die absolute Mehrheit in Bayern wiedergewinnen wollen, ist das Verhältnis zu den Piraten zwiespaltig. Schließlich hat die CSU sehr genau zur Kenntnis genommen, dass sich die Sozialstruktur im Freistaat nachhaltig geändert hat. Die dort nun ansässigen modernisierten sozialen Milieus fremdeln mit der CSU, einige sind aber bedingt durch ihre Jobs in der Hightech-Industrie Bayerns quasi eine Kernklientel der Piraten. Nicht von ungefähr befindet sich dort der größte Landesverband der Piraten. Die CSU versucht sich daher in einer Doppelstrategie. Ihre Innenpolitiker suchen die Abgrenzung zur Partei, um die eigene konservative Kernklientel nicht zu verschrecken. Zugleich öffnen sich andere Teile der Partei aber für netzkulturelle Entwicklungen.

Während die Volksparteien somit abwartend, aber eben nicht ablehnend reagieren, fällt den kleineren Parteien die Reaktion auf ihre neue Konkurrentin bislang schwerer. Die FDP kann trotz ihrer netzpolitischen Bilanz in der Regierungsarbeit den Piraten keine bürgerrechtlich-liberal orientierten Wähler entreißen. Sie scheitert nicht zuletzt an den kulturellen Differenzen zu den Piraten. Hinzu kommt eine verbreitete emotional-kulturelle Aversion innerhalb des Piratenmilieus gegen die deutlich wirtschaftsliberaler positionierten Freidemokraten. Das gilt ungeachtet der auch in diesem Feld erkennbaren Deckungsfähigkeit der Positionen. Zu Recht sehen Strategen der FDP weder in den Piraten noch in den abgewanderten Wählern eine Klientel, welche sie dauerhaft erreichen könnten. Aus Sicht der Liberalen ist allenfalls erfreulich, dass die Wahlerfolge der Piraten die Option auf ein rot-grünes Mehrheitsbündnis erschweren.

Auch aus diesem Grund ist das Verhältnis zwischen Grünen und Piraten gegenwärtig am kontroversesten. Viele Piraten sehen die Grünen als die Negativfolie schlechthin an, weil diese ihre einstigen Ideale verraten hätten. Bereits auf diesen Vorwurf reagieren die Grünen überaus empfindlich. Weitaus stärker macht ihnen aber zu schaffen, dass Piraten sich als veritable Konkurrenz bei der eigenen Wählerklientel erweisen. Immerhin jeder dritte Wähler der Grünen kann sich eine Wahl der Piraten vorstellen, Programm und Nonkonformität im Auftreten sind schließlich ähnlich (Haas/Hilmer 2012: 183 f.; Hönigsberger/Osterberg 2012: 20). Wesentliche Erfolgsfaktoren des

Wahlhochs der Grünen werden ihnen von den Piraten somit zumindest partiell streitig gemacht.

Die Grünen ringen insgesamt noch um die passende Strategie im Umgang mit den Piraten (Schulte 2012). Gerade die Führungsschicht der Partei sucht die offensive Konfrontation mit der neuen Konkurrentin. Programmatische Mängel, organisatorische Schwierigkeiten, ein naives Politikbild oder ein geringer Frauenanteil – tatsächlich finden sich aus grüner Perspektive genug Angriffspunkte, die auch mit größter Härte angegangen werden. Die jüngeren Grünen beziehen sich hingegen häufiger positiv auf die mit den Piraten geteilte Netzkultur und plädieren für einen besonnenen Umgang mit der neuen Partei.

Auf Debatten setzt man auch bei den Linken. Man spekulierte berechtigterweise darauf, durch öffentliche Dispute zwischen Vertretern der Piraten und der Linken etwas von der immensen Aufmerksamkeit abzubekommen, welche den Piraten im Zuge ihres Hypes zuteil wurde. Ungeachtet dessen sieht die Linke in den Piraten durchaus eine Konkurrenz, die gerade in Westdeutschland um eine ähnli-

che Protestklientel wetteifert. Die Wahrnehmung eines Teils der Linken ist durch Deutungen vorgeprägt, welche die Piraten klar als liberale Partei einordnen oder die Debatte über eine vermeintliche Rechtslastigkeit fälschlich überhöhen.

Im Gegensatz zu den Grünen sind die Linken aber von Anfang an sehr pragmatisch mit ihrem neuen Wettbewerber umgegangen. In zahlreichen Kommunalvertretungen gibt es gemeinsame Fraktionen beziehungsweise Gruppen. Anderswo sind die Fraktionen der Linken um gemeinsame Anträge bemüht. Zu dieser pragmatischen Herangehensweise gehört auch, dass die Linken das gegenwärtige Auftreten der Piraten durchaus als Chance sehen, die eigenen offenen strategischen Fragen auszuklammern. Schließlich könnte ein Einzug von Piraten und Linken die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung befördern. Eine solche Regierung wäre davon befreit, bloß von Gnaden der Linken zu existieren, und könnte zudem in außenpolitischen Fragen auch unabhängig von der Linken agieren, was der Linken eine Reihe schwieriger Grundsatzfragen ersparen würde.

### *Gegnerschaft zu Grünen*

## 8. Piraten in Parlamenten

Als griffigen Slogan postulieren die Piraten in Wahlkämpfen „Klarmachen zum Ändern“ und stellen eine umfassende Restrukturierung der politischen Verhältnisse in Aussicht. Diese Orientierung findet konsequenterweise ihren Niederschlag im Auftreten der Piraten in der parlamentarischen Sphäre selbst. Vor allem die Abgeordneten in Berlin und Schleswig-Holstein kokettieren mit einer zur Schau getragenen Distanz zu den etablierten Mechanismen parlamentarischer Arbeit und Kultur. Allein über ihren zum Teil sehr unkonventionellen Kleidungsstil erlangten sie leicht mediale Aufmerksamkeit. Abgeordnete im Blaumann, mit Kopftuch oder Schiebermütze lösten für einige Zeit ein mediales Echo und Empörung der Parlamentarier aus. Allerdings: Dramatisch sind diese Aufwallungen nicht, rasch setzt ein Gewöhnungseffekt ein. Zudem legen andere Parlamentarier der Piraten wie der nordrhein-westfälische Fraktionsvorsitzende Joachim Paul de zidiert Wert auf einen konventionellen Kleidungsstil.

Während der von den Piraten ausgehende Kulturschock parlamentarisch weitgehend verdaut ist, fordern diese die Fraktionen der etablierten Parteien mit Anträgen zur Änderung der Geschäftsordnung immer wieder heraus. In Berlin forderten sie eine Vergrößerung des Parlamentspräsidiums und reklamierten damit einen Vizepräsidentenposten für sich. Zudem verlangen sie, originäre Rechte der Fraktionen auf einzelne Abgeordnete übergehen zu lassen. So sollen Entschließungsanträge oder Große Anfragen bereits von jedem einzelnen Abgeordneten gestellt werden können. Außer-

dem soll das faktische Delegationsrecht der Fraktionen in die Ausschüsse durch ein individuelles Mitwirkungsrecht aufgeweicht werden. Zugleich sollen kleinere Fraktionen die besonderen Rechte größerer Fraktionen, etwa im Hinblick auf die Einberufung des Parlaments, erhalten, wozu die Piraten eine Verfassungsänderung anstreben. Ähnliche Vorstöße unternahmen die Piraten in Schleswig-Holstein, wo sie die verankerten Rechte großer Fraktionen zur Beeinflussung von Verfahrensfragen auch für kleine Fraktionen reklamieren. Gleichzeitig lehnten die Piraten dort mit Verweis auf die Gewissensfreiheit des Einzelnen das im parlamentarischen Alltag übliche sogenannte Pairing (Absprache zwischen Abgeordneten von Regierungs- und Oppositionsparteien, an einer Abstimmung nicht teilzunehmen, um die Mehrheitsverhältnisse nicht zu verändern) selbst in Krankheitsfällen ab. Mehr oder weniger ausgeprägt stellen die Piraten damit Regeln zur effizienten Arbeit parlamentarischer Gremien in Frage. Das dahinterliegende idealisierte Verständnis von parlamentarischer Demokratie kollidiert jedoch offensichtlich immer wieder mit deren tatsächlicher Funktionsweise.

Neben den Geschäftsordnungen haben die Piraten überaus schnell Initiativen zur Ausweitung von Entscheidungs- und Mitwirkungsrechten in den Landesverfassungen gestartet. Ihre Gesetzesentwürfe dazu thematisieren grob zwei Regelungsbereiche. Zum einen wollen sie eine deutliche Ausweitung plebiszitärer Elemente. Zum anderen greifen sie das vorhandene Missverhältnis zwischen Parlament und Regierung auf der Landesebene auf. Gegen die

Handlungsvorteile einer dortigen Regierung kommen die Landesparlamente nur mühsam an (Klecha 2011: 38 ff.). In ihrem Bestreben, dies zu korrigieren, kümmern sich die Piraten jedoch wenig um den verfassungsrechtlich geschützten Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, sondern streben tendenziell eine Allzuständigkeit des Parlaments an.

Indem sie Verfahrensmodalitäten ändern wollen, besetzen die Piratenfraktionen ein Thema, das in ihrer Wahlkampfkommunikation eine große Rolle spielt. Doch auf die schon meist zu Beginn einer Legislaturperiode gestellten Anträge folgten seitens der Fraktionen bislang eher wenige Impulse. Ein zentraler Grund ist der langwierige Aufbau der Arbeitsstrukturen in den Fraktionen. Fehlende Erfahrungen und Routinen hemmen deren Aktivitäten. Kompetenzen, um beispielsweise den Haushaltsplan zu verstehen, müssen erst mühsam aufgebaut werden. Überdies verwenden die Piraten ausgesprochen viel Zeit für die gemeinsame Erörterung der Regularien des Abgeordnetendaseins und für profane Fragestellungen, die sonst im Hintergrund von den Fraktionsgeschäftsführungen geregelt werden.

Die Berliner Piratenfraktion liefert für die weiteren Fraktionen zugleich eine positive wie negative Referenz. Dort hatten persönliche Konflikte zwischen den Mandatsträgern den Findungsprozess der Fraktion verzögert. Die Berliner Abgeordneten standen dadurch frühzeitig in einem unvoreilhaftem Licht. Bereits bei der Konstituierung kam es vor den Augen der Öffentlichkeit zum offenen Streit über die Zusammensetzung der Fraktionsspitze (Ko-

schmieder 2013: 219). Der seinerzeit gewählte Andreas Baum ist seitdem vor allem damit beschäftigt, die Fraktion im Inneren zusammenzuhalten, und tritt nach außen hin eher wenig in Erscheinung. Zum Gesicht der Fraktion avancierten dagegen der erste Parlamentarische Geschäftsführer Martin Delius sowie der omnipräsente Christopher Lauer, der seit Herbst 2012 mit Baum auch offiziell eine Doppelspitze bildet.

Die Mandatsträger der Piraten erfuhren relativ schnell und immer wieder die Nachteile der von ihnen umfassend praktizierten Transparenz ihrer parlamentarischen Tätigkeit. Vor allem Debatten über strategische oder sensible fraktionsinterne Fragen wurden durch die mediale Berichterstattung wesentlich verkompliziert. Und selbst seit dem Nachlassen der medialen Aufmerksamkeit finden negative Wahrnehmungen der Fraktionsarbeit schnell ihren Weg in die parteiinterne Kommunikation und gelangen von dort immer wieder an die Öffentlichkeit. Infolgedessen sehnen sich einige Abgeordnete nach Vertraulichkeit und Verschwiegenheit.

Doch entsprechende Forderungen führten zu erbitterter Gegenwehr aus Teilen der Fraktion sowie aus der Partei (Koschmieder 2013: 220). Alle Sitzungen der Fraktionen wie des Fraktionsvorstands werden daher nach wie vor im Internet übertragen und sind mit wenigen Ausnahmen für Gäste offen. Wie einst bei den Grünen war die Resonanz darauf am Anfang noch groß. Mit der Zeit aber kamen immer weniger Medienvertreter zu den Sitzungen, von interessierten Bürgern einmal ganz abgese-

*Sehnsucht nach  
Vertraulichkeit*

### Zäher Fraktions- aufbau in Berlin

hen. In allen Fraktionen pendelte sich die Zahl der Zuschauer und Zuhörer der Streams auf eine sehr überschaubare Größenordnung ein, selten finden sich in Nordrhein-Westfalen mehr als 50, in Schleswig-Holstein durchgängig weniger als 20 und im Saarland in der Regel keine 10 Zuschauer ein.

Daneben war gerade der Aufbau der Berliner Fraktion von einigen Pannen begleitet: Die Bewerber auf die Mitarbeiterstellen etwa erhielten versehentlich sämtliche E-Mail-Adressen ihrer Mitkonkurrenten mitgeteilt (o. V. 2011; Wagner 2012: 85). Abgeordnete stellten ihren Lebensgefährten als persönlichen Mitarbeiter ein und ernteten öffentliche Empörung (van Bebber 2011; Wagner 2012: 84). Erschwert wurde der Aufbau konstruktiver Arbeitsstrukturen durch die innerhalb der Fraktion bestehenden sehr unterschiedlichen Vorstellungen von der Wahrnehmung des eigenen Mandats. Kaum einer der Kandidaten hatte mit einem Wahlerfolg gerechnet, und so brachen entsprechende Differenzen gleich zu Beginn der Wahlperiode auf. Da einige Fraktionsmitglieder sowieso schon längere Zeit in herzlicher Ablehnung zueinander verbunden waren, entluden sich Spannungen oft aufgrund von Kleinigkeiten. Am Ende sah sich die Fraktion veranlasst, einen Mediator zu engagieren und einen wöchentlichen Stuhlkreis einzurichten, um unter Ausschluss der Öffentlichkeit über ihre zahlreichen persönlichen Animositäten zu sprechen (Burger 2012; Neumann/Fritz 2012: 331; von Törne 2011).

Eine solche Situation war bei den folgenden Landtagswahlen nicht gegeben. Schon

nach der Aufstellungsversammlung versuchten die Bewerber auf der Landesliste miteinander ins Gespräch zu kommen, um sich besser kennenzulernen. Niedersachsens Piraten organisierten beispielsweise einen Kandidaten-Workshop. Diese Teambuilding-Maßnahmen, die in Berlin erst nach der Konstituierung der Fraktion eingesetzt hatten, wurden somit vorverlagert. Doch das änderte nichts an dem Umstand, dass die Piraten in den ersten Monaten ihrer Zugehörigkeit zu den jeweiligen Landesparlamenten kaum Aufmerksamkeit für konstruktive politische Beiträge erhielten. Als Oppositionspartei können sie ohnehin nicht viel verändern, dazu fehlen die Mehrheiten. So versuchen die Mandatsträger wenigstens die eigenen Ideale zu erfüllen und legen bestimmte Informationen offen: Nebentätigkeiten und Nebenverdienste werden von fast allen Mandatsträgern en détail angegeben. Formalisierte Kontakte mit Vertretern von Lobbyorganisationen werden ebenfalls penibel aufgelistet. Einigen Vordenkern schwebt vor, dies mittelfristig mit den entsprechenden Drucksachen zu verknüpfen, um so die Verbindungslinie von Interessen zu Beschlüssen darzulegen.

Abseits jenes ehrenwerten Versuchs, Vorbild zu sein, ist die wohl wichtigste Aufgabe einer Oppositionsfraktion im parlamentarischen Regierungssystem, die Regierungsarbeit zu kontrollieren. Tatsächlich haben die Piraten sich diesbezüglich redlich bemüht: Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen haben sie jeweils die Wiedereinsetzung eines Untersuchungsausschusses aus der vorherigen Legislaturperiode beantragt, dessen Arbeit durch die Auflö-

► Tabelle 8:

**Kleine Anfragen der Piraten**

Land	Anteil der Piraten an Kleinen Anfragen	Anteil der Piraten an der Opposition insgesamt
Berlin	21,5 %	28,3 %
Saarland	30,2 %	28,6 %
Schleswig-Holstein	11,2 %	17,6 %
Nordrhein-Westfalen	12,9 %	18,3 %

Quelle: Eigene Darstellung mit Zahlen von Becker/Kaiser/Latsch u. a. (2012: 31).

sung der Landtage vorzeitig geendet hatte. In Berlin war die Piratenfraktion an der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Pannen beim Bau des neuen Berliner Flughafens maßgeblich beteiligt, wobei ihnen sogar die Leitung des Gremiums zugefallen ist. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind die meist spektakulären Höhepunkte in der Kontrolltätigkeit der Opposition. Wie ernst die Piratenfraktion dort diese Aufgabe nimmt, wird schon an der Besetzung des Vorsitzes mit ihrem ehemaligen parlamentarischen Geschäftsführer deutlich.

Wichtig für die parlamentarische Alltagsarbeit ist das Fragerecht der Opposition. Durch dieses können Oppositionsparteien nicht nur den öffentlichen Informationsstand verändern, sondern auch die Regierung zu Positionierungen zwingen und Missstände anprangern.

Nimmt man die Zahl der Kleinen Anfragen, die die Piratenfraktionen in den vier Landesparlamenten gestellt haben, und setzt diese in Relation zum Anteil der Piraten an der gesam-

ten Opposition, so erhält man eine erste Auskunft über die quantitative Arbeitsleistung der Neuparlamentarier. Nur im Saarland sind die Piraten demnach so produktiv, wie man es in Anbetracht ihrer jeweiligen Stärke erwarten dürfte. Die reine Quantität von Anfragen sagt jedoch nur wenig aus. Vielmehr ist die gezielte Multiplizierung von Anfragen, um die Auswirkungen eines Sachverhalts in jedem einzelnen Wahlkreis abzufragen, nicht unüblich und wurde insbesondere von der FDP in Nordrhein-Westfalen ausgiebig angewandt (Kompa 2012).

Qualitativ gibt es erhebliche Differenzen in den Themenfeldern, in denen die Piraten Anfragen stellen. In einigen Bereichen bringen sie durchaus Erfahrungswissen ein, das meist aus ihren beruflichen Erfahrungen herrührt. Der ehemalige Polizist Dirk Schatz beispielsweise stellt in Düsseldorf Fragen zur Zahl der Einstellungen und Bewerbungen im gehobenen Polizeidienst oder zur polizeilichen Kriminalstatistik. Auffällig ist auch, dass sich einige Piraten bestimmten Lieblingsthemen widmen. Saar-

### Parlamentarische Aktivität

### Mühsamer Kompetenzaufbau

lands Piratenabgeordnete Jasmin Maurer fragte beispielsweise umfangreich Informationen zum Tierschutz ab. Vielfach erfragen die neuen Abgeordneten auch Statistiken, die mit dem Haushaltsvollzug oder Ähnlichem zusammenhängen, um ihre noch vorhandenen Informations- und Kompetenzdefizite auszugleichen. In den drei Flächenländern werden auch immer wieder kommunalpolitische Themen aufgeworfen, worin sich das bislang weitgehende Fehlen von Kommunalfraktionen der Piraten in den betreffenden Ländern bemerkbar macht. Interessant ist, dass die jeweiligen Landesregierungen auffällig bemüht sind, den Fragestellern die jeweiligen Rechtsgrundlagen detailliert und in der Regel verständlich zu erläutern.

Wenn man darüber hinaus die Plenaranträge und Gesetzesentwürfe der Piratenfraktionen in den vier Landtagen analysiert, erlangt man Hinweise, in welchem Umfang die jeweiligen Fraktionen bemüht sind, die politische Agenda zu beeinflussen und eigene Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen. Auch hier liegt das quantitative Arbeitspensum der Piraten unterhalb desjenigen der übrigen Oppositionsfraktionen (siehe Tabelle 9, nächste Seite).

Die Piratenfraktionen reichen in allen Landtagen die wenigsten Entschließungsanträge ein. Gleichzeitig ist der Anteil von interfraktionellen (von mehreren Fraktionen initiierten) Anträgen so hoch wie bei keiner anderen Oppositionsfraktion. Ähnlich verhält es sich bei den Gesetzesentwürfen. Die Piraten reichen also weniger Initiativen ein als die übrigen Oppositionsfraktionen, und dabei können sie auch nur

in geringerem Maße die alleinige Urhebererschaft für sich beanspruchen.

Gegenwärtig kann das noch mit dem Aufbau der Arbeitsstrukturen erklärt werden. Deutlich wird das bei einem Vergleich mit anderen Fraktionen, die erstmals oder nach längerer Unterbrechung wieder in einen Landtag eingezogen sind und ebenfalls im ersten halben Jahr eher wenig zuwege brachten: Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag etwa reichten 1990 nur einen Entschließungsantrag, aber keinen Gesetzesentwurf ein. Die FDP produzierte hingegen 2000 in Düsseldorf zehn Anträge, legte aber ebenfalls keinen Gesetzesentwurf vor. Zehn Jahre später legte die Linke immerhin 18 Entschließungsanträge vor. Gemessen an den Vergleichswerten aus dem Westen der Republik scheinen die Piraten nicht auffallend weniger aktiv zu sein als einst die Grünen, sodass man den neuen Fraktionen eine gewisse Anlaufzeit zugestehen muss.

Zu diesen Lernprozessen gehört auch, die Wirksamkeit der eigenen Anträge zu erhöhen. Gelegenheitsfenster, in denen die Opposition mit ihren Anliegen durchdringt, sind rar gesät und oftmals nur über eine vorausschauende Bündnisarbeit im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Bereich zu erzielen. Ausgerechnet beim Thema Transparenzgesetz zur Offenlegung von Verwaltungsprozessen gegenüber dem Bürger haben die Piraten dabei in Berlin eine überaus bittere Lektion gelernt. Nach ersten Gesprächen mit Linken und Grünen bestand die Aussicht auf ein gemeinsames Vorgehen aller Oppositionsfraktionen. Möglicherweise wäre bei Wahrung der Verschwiegenheit

► **Tabelle 9:**

**Plenaranträge der Piraten**

Fraktion	Entschließungsanträge		Gesetzesentwürfe	
	Gesamt	davon interfraktionell	gesamt	davon interfraktionell
Piratenfraktion Berlin	33	13	5	3
Piratenfraktion Nordrhein-Westfalen	0	0	2	0
Piratenfraktion Schleswig-Holstein	3	1	2	1
Piratenfraktion Saarland	5	3	8	6

Quelle: Eigene Erhebung für den Zeitraum bis Mitte Oktober 2012.

► **Tabelle 10:**

**Plenaranträge anderer Oppositionsparteien**

Landtag	Fraktion	Entschließungsanträge		Gesetzesentwürfe	
		gesamt	davon interfraktionell	gesamt	davon interfraktionell
Berlin	Grüne	92	16	3	3
	Linke	76	16	3	3
Saarland	Linke	11	2	10	4
	Grüne	12	2	4	2
Schleswig-Holstein	FDP	4	1	2	1
	CDU	15	1	0	0
Nordrhein-Westfalen	FDP	4	0	4	4
	CDU	8	0	1	1

Quelle: Eigene Erhebung für den Zeitraum bis Mitte Oktober 2012.

auch ein Mitwirken der Koalitionsfraktionen zu erwarten gewesen, wenn nicht die Fraktion der Grünen vorgeprescht wäre. Nachdem diese ihren eigenen Vorschlag ins Plenum eingebracht hatte, also letztlich transparent gemacht hatte, was sie beabsichtigte, war ein gemeinsames

Vorgehen hinfällig. Damit schwand aber die mögliche Kooperationsbereitschaft der Regierungsmehrheit. Vertrauensvolle Zusammenarbeit und vollständige Transparenz schließen sich also mitunter aus. Solche Lernprozesse durchlaufen gegenwärtig auch die kommuna-

len Mandatsträger. Vertraulichkeit von Absprachen, die Erörterung im Verborgenen, die verschwiegene Verhandlung eröffnen ihnen oftmals andere Einflussmöglichkeiten als die vollständige Offenlegung aller politischen Schritte und Ziele.

Wie bereits bei den Anfragen fällt auf, dass die Initiativen der Piraten entweder auf Individualinteressen einzelner Abgeordneter zugeschnitten sind oder sich eine Schwerpunktbildung im Bereich der Themenfelder „Bürgerrechte, Überwachung und Transparenz“ sowie „Bildungspolitik, Sozialpolitik und innere Sicherheit“ erkennen lässt (Koschmieder 2013: 227). In einigen anderen Politikfeldern können die Piraten gegenwärtig nur wenig Sachkompetenz einbringen beziehungsweise haben sich die zuständigen Mandatsträger meist ein wenig widerwillig der entsprechenden Themen angenommen. Das gilt auch für den Einbezug von Sachkompetenz ihrer Parteibasis. In einigen Politikfeldern ist diese ausgesprochen gering, in anderen versuchen Arbeitsgruppen der Partei, Sachverstand beizusteuern. Allerdings sind auch dort die Interessen oftmals nicht auf die konkreten landespolitischen Forderungen bezogen. Das führt wiederum dazu, dass die Abgeordneten vielfach nicht die Geduld aufbringen, sich jeder Debatte zu stellen, beziehungsweise diese sehen sich oft einem zeitlichen Entscheidungszwang gegenüber, der den weit ausschweifenden und wenig strukturierten Beteiligungsprozessen entgegensteht. In den Fraktionsführungen betrachtet man das recht unverhohlen als Mangel; so lägen einige Themenfelder blank. Die Piraten in den jeweili-

gen Fachausschüssen verfolgten von ihnen bevorzugte Bereiche, statt gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen, weil weder sie noch die Parteibasis sich dafür interessierten.

Dieses individualisierte Politikverständnis hat den Fraktionen bereits eine Reihe von Problemen eingebracht. Einzelne Abgeordnete fühlen sich nämlich mitnichten an die Beschlüsse der Fraktion gebunden oder handeln ohne weitere Rücksprache mit dieser. Das führt oftmals zu einem diffusen Bild in der Öffentlichkeit. Gleichwohl lässt sich erkennen, dass die Fraktionen zunehmend kohärenter agieren. Die parlamentarischen Geschäftsführer drängen darauf, dass die Abgeordneten sich möglichst frühzeitig gegenüber der Fraktion rechtfertigen, wenn sie nicht der Fraktionslinie folgen wollen. Immer wieder wird dabei betont, es handele sich nicht um einen Fraktionszwang. Doch die Mechanismen sind genau jene, welche die Arbeit von Fraktionen in parlamentarischen Demokratien ausmachen (Schütt-Wetschky 1991): Den Abgeordneten, die sich freiwillig einer Fraktion anschließen, wird abverlangt, die Regeln einer selbst gewählten Gemeinschaft zu akzeptieren oder sich anderenfalls mindestens zu rechtfertigen. Die Spezialisierung in Fachausschüssen bringt es mit sich, dass die Abgeordneten in all jenen Feldern, in denen sie keine eigene Sachkompetenz besitzen, auf die Expertise ihrer Fraktionskollegen vertrauen. Offensichtlich erzeugt das parlamentarische System also einen Druck auf die Fraktionen, geschlossen zu agieren. Die Ablehnung von Fraktionsdisziplin wird damit zu einem vordergründigen Alleinstel-

lungsmerkmal der Piraten, das sich in der Realität aber längst an die Gewohnheiten und Erfordernisse parlamentarischer Arbeit angeglichen hat.

Das insgesamt noch recht diffuse Bild der Piratenfraktionen ist zudem einer fehlenden strategischen Kommunikation geschuldet. Die Piratenfraktionen gehen in aller Regel nur zögerhaft auf gesellschaftliche Großgruppen zu und orientieren einen nicht geringen Teil ihrer Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie auf die eigene Parteibasis. Wenn überhaupt, wird eher zufällig im Rahmen von Anträgen, Gesetzentwürfen oder fachlichen Zuständigkeiten mit gesell-

schaftlichen Gruppen kooperiert. Wenn keinerlei explizite Gesprächswünsche an die Piratenfraktionen herangetragen werden, meiden sie solche Kontakte zumeist. Als Form der Einbindung von gesellschaftlicher Öffentlichkeit ließe sich allenfalls der Einbezug der Parteibasis ansehen, was in Berlin unter anderem über das System LiquidFeedback erfolgt, wo sämtliche Anträge im Abgeordnetenhaus mit Stimmungs- bildern versehen werden. Doch die Beteiligungsquoten sind auch in Berlin keineswegs besser als im bundesweiten LiquidFeedback. In der Regel stimmen gegenwärtig nur 50 bis 150 der insgesamt 3800 Berliner Piraten mit ab.

*Maue Basis-  
beteiligung*

## 9. Fazit

Selten hat eine neue Partei in Deutschland so viel Furore gemacht wie die Piratenpartei während ihres fulminanten Aufstiegs in den Jahren 2009 bis 2012. Eine in Schweden eskalierte politische Auseinandersetzung um die Verletzung des Urheberrechts beim Austausch von Dateien im Internet brachte auch hierzulande eine kleine Gruppe von Netzaktivisten, IT-Fachleuten und politisch Unzufriedenen mit dem Ziel zusammen, eine politische Partei für das Internetzeitalter zu gründen. Diese bewegte sich zunächst im üblichen Schattenfeld nichtetablierter Kleinparteien, bis sie im Rahmen eines Konflikts um die Regulierung des Internets im Vorfeld der Europawahl 2009 eine gewisse Aufmerksamkeit erreichte. Zwar verpassten die Piraten seinerzeit den Sprung ins Parlament, wohl aber erhielt die Partei in jenen Jahren Zulauf von jüngeren Aktivisten, die das Erscheinungsbild und die Inhalte der Partei sukzessive veränderten. Auf dieser Grundlage und vor dem Hintergrund einiger Besonderheiten der Berliner Politik gelang bei den Abgeordnetenhauswahlen im Herbst 2011 ein Coup: Die Piraten zogen erstmals in ein Landesparlament ein und enterten in der Folge drei weitere Parlamente. Zugleich wuchs die Partei zum zweiten Mal sprunghaft an. Dieser Aufstieg der Piratenpartei speiste sich aus drei schon seit einigen Jahren sprudelnden Quellen: Netzpolitik, Internetkommunikation und einer latenten politischen Unzufriedenheit.

Die politischen Debatten zur ersten dieser Quellen, der Netzpolitik, fokussieren sich vor allem auf zwei Regelungskomplexe: das Urheberrecht und die Entwicklung des liberalen

Rechtsstaats. Im ersten Falle haben die Möglichkeiten der verlustfreien Duplizierung von Werken und ihrer vereinfachten Veränderung oder Weiterverarbeitung die bestehenden Instrumente des Schutzes von Urhebern und Verwertern vor neue Herausforderungen gestellt. Beim zweiten Komplex geht es um einen politischen Konflikt, der seine Wurzeln in der Auseinandersetzung um die Volkszählung in den 1980er Jahren hat und der mit der Sicherheitsgesetzgebung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 an Aktualität gewonnen hat. Die Vorstöße zur Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung sowie die konkrete Forderung, den Zugang zu Seiten mit kinderpornografischen Inhalten zu erschweren, wurden dabei zu den Kristallisationspunkten in der politischen Debatte.

Der Schutz von Freiheitsrechten des Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen sowie das Recht, Wissen und Informationen weiterzuverwenden, stellten die netzpolitischen Kernforderungen der Piratenpartei dar. Damit gelang es ihr schon 2009, sich als digitale Bürgerrechtspartei zu profilieren. Doch obwohl sie in dieser Phase ihren Bekanntheitsgrad erhöhte, wachsende Mitgliederzahlen aufwies und erste Wahlerfolge verzeichnete, verfehlte sie seinerzeit wie auch in den folgenden beiden Jahren bei allen anstehenden Wahlen deutlich den Sprung in die Parlamente.

Befördert durch die Wahlen im Jahr 2009, wurden die Piraten zur mitgliedergrößten der nicht im Bundestag vertretenen Parteien; ihre Mitgliedschaft war ausgesprochen jung und agil. Deswegen besaß die Partei einen direk-

### *Drei Erfolgsquellen*

ten und authentischen Zugang zur modernen, digitalen Kommunikation, ihrer zweiten Erfolgsquelle. So sind die Piraten mit vielen der historischen und gegenwärtigen Verfahrensweisen, Kommunikationsformen, kulturellen Codes und Ausdrucksformen im Internet vertraut, was ihnen den Zugang zum kommunikativen Dasein ihrer vorwiegend jüngeren Wähler erleichtert. Dazu gehören die Nutzung bidirektionaler (d. h. in zwei Richtungen funktionierender) und damit interaktiver Kommunikationskanäle ebenso wie die ständige Bereitschaft, Informationen auszutauschen und aufzunehmen. Organisationskulturell sind die Hierarchiefreiheit und das Prinzip der Selbstorganisation von zentraler Bedeutung. Technikbejahend, ja technikbegeistert, nutzt man alle Tools, jedwede Software und jedes Instrument, die einem das Internet bereitstellt. Technologische Kompetenz und Erfahrung strahlen auf die Organisationsstruktur der Piraten aus. Zwar ist ihr organisatorischer Aufbau auch aus Gründen parteirechtlicher Vorgaben in vielerlei Hinsicht konventionell, doch ist er verwoben mit umfänglichen digitalen Kommunikationsweisen und bezieht die spezifische kollaborative Arbeitsweise im Internet auf innovative Weise stark in die Arbeit der Partei mit ein, etwa durch die parteieigenen Kommunikationstools wie dem Piratenwiki oder Liquid-Feedback oder durch Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook oder Twitter.

Auch die inhaltliche Arbeitsweise der Partei ist dadurch geprägt. Die Mitglieder entwickeln programmatische Antworten auf thematische Herausforderungen oftmals in der Über-

zeugung, dass es vernünftige, logische, sinnvolle oder auch zwangsläufige Antworten gäbe, wenn nur allen relevanten Informationen verfügbar seien. Zahlenmäßig ist die Gruppe jener, die derart umfänglich im Internet aktiv sind und auch die Zeit haben, die großen Informationsmengen angemessen zu verarbeiten, recht gering. Allerdings sind deren kommunikative Fähigkeiten überaus nützlich, um unkonventionelle Kommunikationskanäle zu erschließen. Soweit sich diese Aktivisten nicht in einem selbstreferenziellen Umfeld bewegen – wozu es in der Netzkommunikation eine latente Neigung gibt –, stellen sie kommunikative Kerne dar, die weit in die Gesellschaft hineinreichen. Schließlich ist abseits der intensiven Nutzer das Gros der Bevölkerung in der einen oder anderen Form häufig online und trifft dort mehr oder minder zwangsläufig auf diese Aktivisten. Die Anwender- und Programmierungskompetenzen der ehrenamtlichen Mitglieder kompensieren das Fehlen hauptamtlicher Strukturen. Hieran zeigt sich, welches immenses Potenzial zur politischen Mobilisierung im Internet vorhanden ist und dass dies von den etablierten Parteien bislang kaum genutzt wird.

Trotzdem bleiben die Piraten nur sehr begrenzt handlungs- und ausstrahlungsfähig. Zum einen lässt sich das Kommunikationsgewirr der Piratenpartei mit unzähligen Mailinglisten und Blogs, den kommunikativen Aktivitäten bei Twitter, den konkurrierenden Meinungsfindungstools, den verschiedenen Podcast- und Webzeitungsangeboten kaum überblicken. Um halbwegs systematisch einzelnen Debatten zu folgen, bedarf es erheblicher Zeit-

### *Netzkulturelle Prägung*

ressourcen und einer ausgeklügelten Strategie, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Der fortschreitenden innerparteilichen Differenzierung und Aktivität stehen seit geraumer Zeit personelle Kontroversen, misslungene Parteitage und fortwährender Streit entgegen, die das Bild der Partei in der Öffentlichkeit stark prägen. Die nautischen Begriffe, eigen tümlichen Rituale, die komplizierten Wahlverfahren und die Verschrobenheit einiger Charaktere der Partei wirken eher exkludierend und abschreckend.

All diese recht spezifischen Eigenschaften der Piraten waren für die Parteientwicklung jedoch nicht immer hinderlich. Gerade im Berliner Wahlkampf stellten sie durchaus noch eine Stärke dar, trafen sie in der netzaffinen Hauptstadt doch auf einen entsprechenden Resonanzraum. So war es nicht verwunderlich, dass den Piraten 2011 gerade dort ihr Durchbruch gelang. Und mehr noch: Die Erweiterung des Programms um gesellschaftspolitische Themen, wie sie im Berliner Landesverband exemplarisch und erfolgreich erprobt wurden, erschloss den Piraten weitere wichtige Potenziale. Mit einem bunten Sammelsurium plakativer Forderungen gelang es dort, gleichermaßen ein linksliberales wie auch ein urban-alternatives Milieu anzusprechen. Zugleich erhielten sie durch die erhöhte mediale Präsenz Zugang zu einer bunten Protestwählerschaft, ihrer dritten Quelle. Die Piraten an Spree und Havel sammelten so erstmals eine insgesamt unzufriedene Wählerklientel ein, die für die folgenden Wahlerfolge der Partei elementar war: Junge Männer, Arbeitslose, aber auch Teile der

„Generation Praktikum“ sowie gewerkschaftlich gebundene Arbeiter entdeckten in den Piraten eine Alternative zu den etablierten Parteien.

Die durch den Berliner Erfolg ausgelöste bundesweite Aufmerksamkeit beflügelte die Aktivisten, führte den Piraten neue Mitglieder zu und ermöglichte den Sprung über die Sperrklausel im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Auch hier zog sie all jene an, die sich nicht oder nicht mehr von den etablierten Parteien vertreten fühlten und die zugleich die Wahl einer originären Protestpartei am linken oder rechten Flügel des Parteiensystems bewusst ablehnten. Die Umfragen verhießen der Partei deswegen eine glänzende Zukunft. Auf zweistellige Resultate taxierten alle Meinungsforschungsinstitute sie im Frühjahr 2012. Die Mitgliederzahlen verdreifachten sich nochmals binnen Jahresfrist. Strukturen konnten weiter konsolidiert werden. Die Medien und gerade die Gruppe vornehmlich jüngerer Online-Journalisten begleiteten den Aufstieg der Partei in dieser Phase mit einem gewissen Wohlwollen.

Die Piraten nährten unterdessen eine Reihe von politischen Hoffnungen in Bezug auf eine andere, erneuerte Demokratie. Sie kokettierten mit einem umfänglichen Transparenzversprechen. Es war dabei in Wahlauseinandersetzungen zweitrangig, dass dieses im parlamentarischen Alltag schwerlich einzulösen, ja möglicherweise auch kontraproduktiv sein kann. Schließlich sind die Vorurteile in der Wählerschaft gegenüber der politischen Klasse immens. So bemängeln viele Bürger die

Nachvollziehbarkeit komplexer Entscheidungen, verstehen die im Mehrebenensystem nicht immer logischen Kompromisse nicht und wähen als Motiv hinter manchen Entscheidungen Eigennutzen von Politikern oder schwer kontrollierbaren Lobbygruppen. Die Aussicht auf Transparenz erscheint da wie eine logische Reaktion und wirkt verheißungsvoll, wenngleich sie latent populistisch bleibt.

Ähnliches lässt sich über die basisdemokratischen Ideen der Piratenpartei sagen. Sie greifen idealisierte und in Teilen naive Vorstellungen einer attischen Demokratie auf und suggerieren, dass diese durch die technologischen Möglichkeiten des Internets nun erstmals auf komplexe Gesellschaften anwendbar würde. Gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Partizipationsbereitschaft in der Bevölkerung fallen solche Forderungen auf fruchtbaren Boden. Natürlich blenden die Piraten dabei die geradezu klassischen Probleme der plebiszitären Demokratie aus. Die jakobinische Versuchung, Minderheiten zu majorisieren, die mangelnde Verantwortung von Entscheidern oder die soziale Selektivität von plebiszitären Entscheidungen sind unverändert gewichtige Probleme.

Neben den strukturellen Problemen der Piraten gibt es gegenwärtig einige Schwierigkeiten, die sich aus dem Wachstum ihrer Organisation ergeben haben: Die Partei hat programmatisch nur in wenigen Fällen mehr Substanz gewonnen. Zwar debattiert sie in fast allen Politikfeldern und zeigt erste Ansätze einer programmatischen Erweiterung. Jedoch fällt es ihr und vor allem ihren Repräsentanten schwer,

sich in politischen Grundsatz- wie Detailfragen konkret zu verorten. Mit der zunehmenden Größe sind die innerparteilichen Prozesse komplizierter geworden. So ist die Partei politisch inzwischen vielfältiger und keineswegs mehr nur netzpolitisch ausgerichtet. Doch jenseits der prononcierten Forderung für ein bedingungsloses Grundeinkommen, dem Plädoyer für ein humanistisches Menschenbild in der Wirtschaftspolitik oder der plakativen Forderung nach fahrscheinlosem Nahverkehr mangelt es den Piraten vielfach an detaillierten Konzepten, wie sie ihre Forderungen umsetzen oder konkretisieren wollen. Auch einige wichtige Richtungsentscheidungen sind bis heute offengeblieben. Sozial-, Renten-, Außen- oder Wirtschaftspolitik sind selbst auf der Ebene des Grundsatzprogramms weitgehend ungeklärt. Die parteipolitische Selbstverortung als sozialliberale Kraft stellt sich weiterhin als Bauchgefühl heraus, das bislang mit nur wenig Substanz angereichert worden ist. Nichtsdestoweniger gibt es natürlich ideologische Grundlagen. Die Übernahme von Elementen der Hackerethik, die Bezugnahme auf das Konzept der Gemeingüter, das Plädoyer für Netzneutralität und ein liberales Staatsverständnis sind in den Forderungen zweifelsohne erkennbar, wenngleich die textliche Niederlegung dieser Positionen den Piraten Mühe bereitet. Auf den Parteitagen wird dieses Unbehagen schnell sichtbar und steht gegenwärtig auch einer stringenten Programmdebatte entgegen.

Dass sich dieses Problem nicht lösen lässt, hängt mit dem Fehlen einer klaren innerparteilichen Aushandlungsebene zusammen. Paral-

*Politische  
Wachstumsschmerzen*

lees Arbeiten und gegenläufige Aktivitäten der Mitglieder in einer der zahlreichen Arbeitsgemeinschaften sind strukturell gewollt, führen jedoch zu Ressourcenverschwendung. Die Basispartizipation vollzieht sich oft un gelenkt und entfaltet mitunter auch selbstzerstörerische Potenziale. Gerade dann, wenn das Prinzip der Selbstermächtigung des Einzelnen in einen Gegensatz zu bereits niedergelegten programmatischen Zielen gerät, schwillt die innerparteiliche Erregung rasch an. Das folgende kommunikative Gewitter in den sozialen Netzwerken, in Blogs oder Foren dringt seit den Wahlerfolgen und aufgrund der vollkommenen Transparenz der Partei rasch nach außen, wo es medial verstärkt wird. Innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten schaukeln sich so zu erbitterten persönlichen Auseinandersetzungen hoch und lassen sich nur schwer begrenzen. Besonders bedenklich ist, dass diese Form des Umgangs auch dazu führt, dass in der Mitgliedschaft und auf Funktionärs ebene Frauen massiv unterrepräsentiert sind. Die von den Piraten gepflegte Chiffre, postgender zu sein (also Geschlechterunterschiede bereits überwunden zu haben), erweist sich im Lichte dessen allzu oft als Rechtfertigungsstrategie.

Eine weitere Kehrseite der mangelnden Struktur und Hierarchie in der Partei ist auch die sukzessive Ausbildung einer informellen Macht hierarchie. Speziell die Fraktionen und einzelne herausgehobene Mitglieder gewinnen mit einem Mal eine erhebliche Deutungsmacht im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Partei. Über die Besetzung von Versammlungsämtern, Wahlleitungen und nicht zuletzt durch das situative

Eingreifen mit funktionalen Argumenten in Debatten wird die Partei unmerklich, aber doch entscheidend beeinflusst. Längst läuft die Parteiorganisation überdies Gefahr, dass die Unterschiede zwischen schwächeren und stärkeren Regionen vertieft werden.

Für eine dieser Entwicklung entgegenwirkende Professionalisierung fehlt es der Partei jedoch insbesondere an finanziellen Ressourcen. Auch die parlamentarische Arbeit der Partei löst bislang nicht das Versprechen ein, die Dinge wirklich zu verändern. Die neuen Parlamentarier und Mandatsträger auf kommunaler Ebene sind bislang noch damit beschäftigt, Strukturen aufzubauen. Sie müssen sich vielfach in unbekannte und dazu noch reichlich komplexe Materie einarbeiten und werden davon infolge ihres Erfahrungsmangels überfordert. Zusätzlich müssen sie ihre oftmals unter Zeitdruck zu treffenden Entscheidungen für die notorisch kritische Parteibasis aufbereiten. Diese lauert wie auch die Medienberichterstat ter geradezu auf Fehler der Verantwortlichen; kleinere und größere Skandale werden schnell aufgebauscht. So gestaltet sich die Einbeziehung der Parteibasis bei parlamentarischen Prozessen als noch nicht ausgereift.

Über lange Zeit ist es der Piratenpartei gelungen, ihre Mängel charmant als Andersartigkeit zu vermarkten. Ja, die Piraten haben einen Imagegewinn daraus generieren können, dass sie in der Tat anders sind als die etablierten Parteien. Dadurch konnten sie Projektionsfläche für unbefriedigte, zum Teil untereinander widersprüchliche politische Bedürfnisse bleiben. Darüber gelang es ihnen, eine Zeit lang

### *Vorzüge der Unprofessionalität*

jene Protestwähler an sich zu binden, die ihnen in der ersten Jahreshälfte 2012 zugelaufen waren. Spätestens seit dem Sommer 2012 kommen allerdings zunehmend die Nachteile der Parteiorganisation zum Vorschein. Der erhebliche Verschleiß beim Führungspersonal, die Ineffizienz der Basispartizipation, die Unprofessionalität im öffentlichen Auftritt und nicht zuletzt die Mühen, die politische Alltagsarbeit abseits von Wahlkämpfen durch eine Themen- und Strategieplanung zu gestalten, stellen sich als grundlegende Probleme der Partei dar. Auch deswegen bröckeln die Zustimmungswerte langsam, aber stetig. Personalquerelen, Schwierigkeiten des niedersächsischen Landesverbands bei der Kandidatenaufstellung und Kommunikationsprobleme der Landtagsfraktionen haben das Image der Piraten in der Öffentlichkeit beeinträchtigt. In der Zwischenzeit behindern die selbst aufgestellten Regeln ein Stück weit eine wirksame Kommunikation und Vernetzung der Partei. Durch die affektive Ablehnung von Lobbyismus steht man der institutionalisierten Kommunikation mit gesellschaftlichen Großgruppen reserviert gegenüber und sucht selten selbst den Diskurs mit ihnen, aus Angst korrumpiert zu werden.

So verflog der im Wahlkampf entstandene Reiz, und die Protestwähler begannen sich von der Partei abzuwenden. Parallel dazu gingen auch die einstigen Kerngruppen der Piraten Stück für Stück auf Distanz. In dem Maße, wie die Partei ihre so ertragreiche dritte Quelle, die Protestwähler, anzapfte, versiegte nämlich ihre erste. Gerade einige Piraten der ersten Stunde bemängeln, die Partei beschäftige sich

kaum noch mit ihren damaligen Anliegen. Auch außenstehende Netzaktivisten kritisieren eine fehlende thematische Weiterentwicklung und Agilität. Zugleich haben alle anderen Parteien netzpolitische Kompetenzen aufgebaut und diese zum Teil wirksamer in die gesellschaftliche Debatte eingespeist als die Piraten. Diese vermögen indessen abseits der Parteitage keine Klärung von Positionen zu erreichen, mit der Folge, dass ein seit Jahren schwelender Konflikt um die Nutzung von LiquidFeedback als eines orts- und zeitunabhängigen Entscheidungstools wieder an Schärfe gewinnt. So verstärkt sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, die Piraten befassten sich in erster Linie mit sich selbst und mit parteiinternen Verfahrensweisen, legten es aber keineswegs auf einen inklusiven gesellschaftlichen Dialog an. Selten gelingt es der Piratenpartei, in laufende gesellschaftliche Debatten wirksam einzugreifen, gar die politische Agenda zu beeinflussen oder zu steuern. Im besten Falle reagiert sie auf laufende Diskussionen, doch vielfach erst verzögert und dann kaum wahrnehmbar.

Mit dem Scheitern bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 scheint der Hype um die Piratenpartei nun vorerst vorbei zu sein. In den Parteizentralen der im Bundestag vertretenen Parteien bereitet man sich auf die Bundestagswahl vor und meint, sich nicht mehr allzu intensiv um den neuen politischen Mitbewerber kümmern zu müssen. Das vereinfacht die Strategiebildung: Rot-Grün versus Schwarz-Gelb und dazwischen allein die Linke als Joker im Spiel, der politische Kalküle durcheinanderbringen kann; daneben allen-

*Abwärtsspiralen*

falls noch die Möglichkeit einer Großen Koalition. Vielfach scheinen sich Politik und Medien wieder auf den Status quo ante Piraten einzustellen. Doch möglicherweise greift diese Rechnung zu kurz, denn ein Potenzial ist eindeutig vorhanden.

Schließlich haben die Piraten in vier sehr unterschiedlich strukturierten Bundesländern den Sprung über die Sperrklausel geschafft und erzielten zwischenzeitlich zweistellige Umfragewerte auf Bundesebene. Sie hatten empirisch bewiesen, dass es reale Perspektiven für eine Partei ihrer Art gibt. Insbesondere die dritte Quelle, die gesellschaftliche Unzufriedenheit, hat die Piraten ja bei Wahlen stark werden lassen. Ihre Ergebnisse sind einerseits ein Resultat der Beliebigkeit und Flexibilität der Wähler, andererseits sind sie auch eine Gegenreaktion darauf. Die neue Partei kanalisierte die Hoffnungen auf eine konzisere und klarer akzentuierte Politik. Dass es der Piratenpartei gelungen ist, von allen anderen Parteien Wähler und in einem etwas begrenzteren Umfang auch Mitglieder abzuziehen, zeugt jedenfalls davon, dass es offensichtlich die Sehnsucht nach einer politischen Alternative gibt. Genau dafür haben die Piraten zumindest zeitweilig eine geeignete Projektionsfläche geboten. Fraglich ist, ob ihnen das nochmals gelingt.

Dafür spricht allerdings, dass auch die zweite Erfolgsquelle weiterhin ertragreich ist. Schließlich haben die Piraten bewiesen, welches Mobilisierungspotenzial in einer konsequenten Nutzung des Internets liegt. Zum Problem ist jedoch geworden, dass die aktiven Piraten immer stärker in eine selbstreferenzielle

„Filter Bubble“ (Pariser 2012: 678) geraten sind: Jenseits der Aktivitäten ihrer Partei nehmen sie Politik und Gesellschaft kaum noch wahr, was insbesondere im niedersächsischen Wahlkampf zu einem Problem wurde, in dem Materialien, Aktionen und Veranstaltungen stark auf die Kernklientel zugeschnitten waren. Ähnliche Probleme zeichnen sich bei den Vorbereitungen der Partei auf die Bundestagswahl ab. Der Blick vieler Mitglieder verengt sich mittlerweile auf die Binnenperspektive ihrer Partei, und sie haben die Fähigkeit zur authentischen und unkonventionellen politischen Kommunikation deutlich eingebüßt.

Die Geschichte der bundesdeutschen Parteienlandschaft lehrt indes, dass Parteien im Wege ihrer Etablierung und Konsolidierung Rückschläge hinnehmen müssen, dass sie im Idealfall daraus lernen und sich verändern. Eine ausgeprägte Lernbereitschaft ist bei den Piraten zweifelsohne zu konstatieren. Auch verfügen sie durch die unvermindert junge Parteimitgliedschaft über beachtliche Aktivitätsressourcen. 45 Landtagsabgeordnete, über 200 Kommunalmandate und die Aussicht, bei der Europawahl durch den Wegfall der Sperrklausel in jedem Fall Mandate erlangen zu können, ermöglichen der Partei den Aufbau von Kompetenzen. Einige der Lern-, Veränderungs- und Professionalisierungsprozesse, die schon auf der Ebene der Piratenfraktionen deutlich zu erkennen waren, könnten in der kommenden Zeit auch in die Parteibasis diffundieren und zu einer Neubestimmung bzw. Konkretisierung von bislang widersprüchlichen Prinzipien und Zielen führen. Es ist wesentlich für eine Partei,

*Potenzial  
bleibt erhalten*

dass sie in einer gesellschaftlichen Konfliktlinie (Cleavage) einen Pol unverwechselbar besetzt. Die Tatsache, dass die Piratenpartei bislang kein wirklich genuin neues Cleavage besetzen kann, muss sich dabei keineswegs negativ auswirken. Sie könnte sich tatsächlich als liberale oder möglicherweise auch linksliberale Kraft etablieren, wenn zugleich der Niedergang der FDP anhält und das vorhandene gesellschaftliche Potenzial für eine liberale Partei nicht anderweitig absorbiert werden kann. Das sozialliberale Bauchgefühl der Piraten und die habituelle Nonkonformität stehen den Selbstverortungen der bisherigen FDP-Anhängerschaft allerdings entgegen.

Gegenwärtig sieht es aus, als würden die Piraten eher den Weg anderer Parteineugrün-

dungen in der bundesdeutschen Geschichte gehen. Ihr vorläufiger Niedergang überdeckt aber sowohl die Potenziale der Partei selbst als auch die in der Mitte der Gesellschaft vorhandene Basis für eine Protestpartei. Die drei Quellen, aus denen heraus die Piraten ihren zwischenzeitlichen Erfolg speisen konnten, sind jedoch sehr verschieden und nur bedingt miteinander kompatibel. Die Piraten werden Schwierigkeiten haben, alle drei Quellen erneut in gleicher Weise anzuzapfen. So könnte es sein, dass andere Parteien diese stärker zu nutzen vermögen.

Für die Piraten bedeutet dies: Ihre weitere Etablierung ist nach wie vor nicht ausgeschlossen, doch sie wird weitaus schwieriger, als es im Frühjahr 2012 den Anschein hatte.

*Etablierung schwierig,  
aber nicht  
ausgeschlossen*

## Anhang

### Glossar

*Unter Mitarbeit von Christopher Schmitz*

Etherpad, #gate und Kegelklub – die Piratenpartei auf Anhieb zu verstehen ist nicht immer einfach. Sowohl in ihren politischen Forderungen als auch in ihren Organisationsmitteln, ihrer Arbeitsweise und Sprache sind die Piraten oftmals unkonventionell und stark von der Kultur des Internets geprägt. Dies hebt sie einerseits in der Landschaft der deutschen Parteien hervor und ist eine Quelle für Authentizität und Zusammenhalt innerhalb der Partei. Andererseits erschwert es vielen Menschen den Zugang zur Partei. Im Folgenden finden sich einige Erklärungen und Übersetzungen zentraler Begriffe, Abkürzungen und Symbole.

#### ACTA, SOPA/PIPA

Diese Buchstabenkombinationen stehen für verschiedene internationale Gesetzesvorhaben oder Abkommen, die eine stärkere Regulierung der Internetkommunikation vorsahen oder implizierten und daher in die Kritik gerieten. Für Europa ist insbesondere das Anti-Counterfeiting-Trade-Agreement (kurz ACTA) relevant, das sich gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen richtete und zum Jahreswechsel 2011/2012 eine europaweite Protestbewegung auslöste. Infolgedessen lehnte das EU-Parlament das ACTA-Vorhaben im Juli 2012 ab. Die Piratenpartei hatte bereits in den Jahren zuvor weitgehend erfolglos gegen ACTA demonstriert und auch 2012 die Proteste unterstützt.

#### Adhocracy

Bei Adhocracy handelt es sich um eine Plattform, welche versucht, die Vorstellungen der → Liquid Democracy umzusetzen. Die Software funktioniert ähnlich wie das von den Piraten verwendete → LiquidFeedback.

#### AKVorratsdatenspeicherung

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist ein 2005 entstandener Zusammenschluss von Datenschützern, Bürgerrechtlern und Netzaktivisten. Diese engagierten sich gegen die von der Bundes-

regierung geplante Einführung der → Vorratsdatenspeicherung und forderten eine Ausweitung von herkömmlichen Bürger- und Freiheitsrechten auf die digitale Sphäre. Aktive aus diesem Spektrum wechselten später in die Piratenpartei. Einige lokale Strukturen des Arbeitskreises scheinen in der Piratenpartei aufgegangen zu sein.

#### Approval Voting

Die Piraten greifen für ihre Wahlen auf unterschiedliche Abstimmungsverfahren zurück. Am häufigsten ist das Approval Voting, die sogenannte Akzeptanzwahl. Dabei kann man beliebig vielen Kandidaten jeweils eine Stimme geben. Gewählt ist am Ende derjenige Kandidat mit der höchsten Zustimmung.

#### Barcamp

Barcamps stellen ein offenes Konferenzformat dar, dessen Konzept an den Prinzipien von → OpenSource-Projekten orientiert ist und das sowohl in der Piratenpartei als auch in der Internetszene weit verbreitet ist. Die Initiatoren von Barcamps sind zumeist nur für organisatorische und konzeptionelle Rahmenelemente verantwortlich, während die Teilnehmer der Konferenz diese in weiten Teilen selbstorganisiert mit Inhalten füllen. Viele Treffen und Konferenzen der Piraten haben den Charakter von Barcamps. An diesen nehmen Mitglieder und Funktionsträger der Partei weitge-

hend gleichberechtigt teil. Ein jährlich stattfindendes Barcamp der Piraten stellt beispielsweise die Konferenz → OpenMind dar.

### Bit-Torrent-Tracker

Bit-Torrent-Tracker sind Plattformen im Internet, die zwischen Nachfrage und Angebot von Dateien mit Musik, Videos oder Computerspielen vermitteln, ohne diese selbst anzubieten. Das Vorgehen der schwedischen Justiz gegen den populären Bit-Torrent-Tracker The Pirate Bay spielte eine wichtige Rolle für den Aufstieg der schwedischen Piratenpartei, aber auch für die Popularisierung der deutschen Piratenpartei im Jahr 2009.

### Blog

Der oder das Weblog (kurz Blog) ist eine Art online und öffentlich geführtes Tagebuch. Die Bezeichnung leitet sich aus dem Begriff Logbuch ab. Artikel und multimediale Beiträge, sogenannte Blogposts, erscheinen zumeist in chronologischer Reihenfolge. Die meisten Blogs bieten eine Kommentarfunktion an. Die Inhalte und die in Blogs benutzten Medienformate sind sehr variabel. Dementsprechend umfangreich ist das Themenspektrum der Blogosphäre, also der Gesamtumwelt verschiedenster Blogs. So gibt es Reise-Blogs, Wissenschafts-Blogs, Kunst-Blogs etc. In der Piratenpartei kommunizieren viele Mitglieder und Funktionsträger über Blogs, in denen viele der innerparteilichen Debatten geführt werden.

### Chaos Computer Club

Der Chaos Computer Club (CCC) ist die größte Hackervereinigung und einer der wichtigsten Bezugspunkte der politischen Internetszene in Deutschland. Seine Mitglieder nehmen immer wieder Stellung zu Aspekten, die mit dem technologischen Wandel und der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft einhergehen. Die Devise „Öffentliche Daten nutzen, private Daten schützen!“ geht beispielsweise auf den CCC zurück, ebenso das

Konzept einer Kulturwertmark (einer Pflichtabgabe je Internetzugang) zur Reform des Urheberrechts. Auch die Verbannung von Wahlcomputern aus den Wahlkabinen in Deutschland geht maßgeblich auf vom CCC aufgedeckten Sicherheitslücken bei den Geräten zurück. Der CCC ist wie auch der → AK Vorratsdatenspeicherung Teil des historischen Vorfelds der Piratenpartei.

### Club Mate

Club Mate ist ein koffeinhaltiges Brausegetränk, das in der → Hackerkultur und anderen digitalkulturellen Kreisen große Popularität genießt. Auch auf Treffen oder in Abgeordnetenbüros von Piraten werden oftmals größere Mengen (leerer) Mate-Flaschen gesichtet.

### Creative Commons

Ähnlich wie → OpenSource bezeichnet Creative Commons ein alternatives Urheberrechts- und Lizenzsystem, das den Umgang mit Werken vereinfachen soll. Urheber können durch die Wahl des Lizenztyps festlegen, ob und unter welchen Bedingungen ihr Werk verwendet oder weiterverbreitet werden darf. Die Lizenzierungen reichen hierbei von der Kennzeichnung als gemeinfrei über die freie Weitergabe unter Nennung des Urhebers unter der Maßgabe, dass keine Veränderungen am Werk durchgeführt werden dürfen, bis hin zu restriktiven Lizenzen, die eine nichtvergütete Weiterverwendung untersagen. Dadurch soll erreicht werden, dass Urheber selbstbestimmt über die Weiterverwendung ihrer Werke verfügen können und zweck- und werkgebundene Lizenzen vergeben können. Die Idee und Praxis von Creative Commons ist innerhalb der Piratenpartei sehr weit verbreitet und stellt den Ausgangspunkt für verschiedene programmatische Debatten um Gemeingüter dar.

### Digital Natives

Der Begriff geht vermutlich auf einen Essay von Marc Prensky mit dem Titel „Digital Natives, Digital

Immigrants“ aus dem Jahr 2001 zurück. Dieser behauptet, dass mittlerweile eine Generation herangewachsen sei, die bereits von Kindesbeinen an mit digitaler Technologie, also hauptsächlich Internet und Mobiltelefonen, sozialisiert wurde. Eine solche Generation ginge selbstverständlicher mit diesen Technologien um. Unsicherheiten älterer Kohorten ob der Konfrontation mit einer völlig fremden Technologie und Lebenswelt oder die schrittweise Co-Evolution vom analogen ins digitale Zeitalter sind dieser Generation dementsprechend fremd und in Teilen auch unbegreiflich. Die Gruppe der Digital Natives trug in Deutschland wesentlich zum Wachstumsschub der Piratenpartei im Jahr 2009 bei und beförderte einen kulturellen und programmatischen Wandel der Piratenpartei.

### **Digitales Zeitalter**

In Abgrenzung zum analogen Zeitalter wird damit die zunehmende Durchdringung gesellschaftlicher Strukturen von digitaler Kommunikation beschrieben. Wann und wie umfangreich der Übergang stattgefunden hat, ist dabei ebenso umstritten wie die Bewertung dieses neuen Zeitalters, die zwischen freudiger Erwartung, Begrüßung, Skepsis und offener Ablehnung changiert. Die Piratenpartei selbst beschreibt sich oftmals als Partei des digitalen Zeitalters. Eine derartige, an sozialwissenschaftliche Theorien zur Wissensgesellschaft erinnernde Perspektive dient innerparteilich vielfach als Reservoir für die eigene Sinnggebung und historische Einordnung der Partei.

### **eSport**

Mit eSport werden Wettkämpfe zwischen Computerspielern bezeichnet, die diese mit sportlichem Ehrgeiz betreiben. Es gibt hier verschiedene Ligen, Turniere, Welt- und Europameisterschaften.

### **Etherpad**

Etherpads sind Editionsprogramme mit angehängter Chat-Funktion im Internet. Die als eine Art ge-

meinschaftlich genutzter Notizbücher fungierenden Pads bieten für Arbeitsprojekte den Vorteil, dass sie von mehreren Personen gleichzeitig benutzt werden können und somit kollaborative Prozesse ermöglichen. In der Piratenpartei werden in Etherpads verschiedenste Formen von Texten produziert.

### **Fail**

Ein Fail bezeichnet in der netzkulturellen Kommunikation die negative Bewertung einer Aktion, Aussage oder Tatsache z. B. als Fehlschlag, ein zum Scheitern verurteiltes Vorhaben oder ein offensichtliches Fehlurteil. Die Verwendung dieses Begriffs tritt dabei fast immer in einem abwertenden, spöttischen Kontext auf und ist auch in der Piratenpartei im Rahmen von Kritik an Personen, Handlungen oder Prozessen weit verbreitet.

### **Filter Bubble**

Der Begriff Filter Bubble ist vom Netzaktivisten Eli Pariser in die Debatte eingeführt worden. Er verweist damit auf den Umstand, dass die Internetkommunikation durch die Algorithmen der Suchmaschinen und sozialen Netzwerke so angelegt ist, dass man bevorzugt mit den Personen und Dingen in Verbindung gebracht wird, die den eigenen Interessen und Neigungen entsprechen. Weil dieser Prozess von den Benutzern selbst zumeist nicht wahrgenommen wird, verschiebt sich deren Wahrnehmungshorizont. Sie nehmen nur noch den sie interessierenden und genehmen Teil der Realität wahr und werden nicht mehr mit missliebigen oder gegenläufigen Tendenzen konfrontiert. Durch die ausgedehnte Kommunikation via Internet und durch ihre eigenen Online-Strukturen laufen die Piraten massiv Gefahr, Opfer ihrer Filter Bubble zu werden.

### **Gate**

Ein Gate ist die Bezeichnung für ein Informationsleck oder andere Formen eines politischen Skan-

dals. Vermutlich wurde der Begriff von der Watergate-Affäre inspiriert, wobei es seiner Verwendung sicherlich entgegenkommt, dass er nicht nur auf einen historischen Moment Bezug nimmt, sondern sich dahinter auch schlicht die englische Bezeichnung „Tür“ verbirgt, durch die man Zugang zu Informationen erhalten kann. Vor allem in der Kommunikation auf → Twitter hat es sich eingebürgert, von Medien oder Parteimitgliedern aufgedeckte Skandale mit dem Kürzel #gate zu versehen.

### Hacker

Hacker bilden sicherlich eine der schillerndsten und ältesten Subkulturen des Internets. Grundsätzlich meint der Begriff Hacker einen Technik-enthusiasten. Eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Hackerkulturen ist die Suche nach Grenzen und Schwachstellen technischer Systeme sowie Möglichkeiten, diese zu überwinden. Zwar ermöglicht dies einen potenziellen kriminellen Missbrauch der so gewonnenen Kenntnisse, aber zumeist dienen Praktiken von Hackern entweder als Test der eigenen Fähigkeiten oder einem aus Hackersicht definierten Begriff des Gemeinwohls. Entgegen der landläufigen Auffassung bezeichnet der Begriff des „Hackers“ demnach keine Personen mit hoher krimineller Energie, die in Computernetzwerke einbrechen, um sich zu bereichern oder der eigenen Zerstörungswut freien Lauf zu lassen. Solche Leute werden innerhalb der Hackerszene als „Cracker“ bezeichnet. Die historische Entwicklung der Hackerkultur, vor allem in ihren politischen Ausformungen, stellt eine zentrale Grundlage der Ideen- und Symbolwelt der Piratenpartei dar und bietet für viele Mitglieder einen ideologischen Überbau, auf den maßgebliche programmatische Einflüsse zurückgehen.

### Hackerspace

Dieser Begriff bezeichnet Räume, in denen sich Hacker und andere an Wissenschaft, Technologie oder digitaler Kultur Interessierte treffen, sich aus-

tauschen und gemeinsam Projekten nachgehen. Ein bekannter deutscher Hackerspace stellt der Berliner Club C-Base dar, wo 2006 die Piratenpartei gegründet wurde.

### Hashtag

Hashtags stellen eine verbreitete Praktik im Mikrobloggingdienst (Dienst zum Versenden von Kurznachrichten mit begrenzter Zeichenanzahl ähnlich wie bei SMS) → Twitter dar. Sie ermöglichen eine Verschlagwortung der eigenen Beiträge, indem Begriffen oder Wendungen das Rautenzeichen (#) vorangestellt wird. Sie dienen dazu, die einzelnen Nachrichten (sogenannte Tweets) zu sortieren, da Beiträge mit identischem Hashtag einfacher aufgefunden werden können und so eine Diskussion oder ein Meinungsaustausch unter einem eigenen Oberbegriff strukturiert werden kann. Hashtags selbst können zu Symbolen für bestimmte Debatten oder Protesthaltungen werden. So avancierte im Vorfeld des ersten politischen Durchbruchs der Piratenpartei im Sommer 2009 das Twitter-Schlagwort → #zensursula, zum Symbol der Protestbewegung gegen das Zugangserschwerungsgesetz.

### Internetkultur

Die Internetkultur bezeichnet ein Konglomerat von Werten, Einstellungen und Codes, die typisch für die Kommunikation im Internet sind. Ausfluss dessen sind zahlreiche Subkulturen, die sich mehr oder weniger stark voneinander unterscheiden. Allen gemein ist der ursprünglich starke Einfluss wissenschaftlicher Prinzipien, da die ersten dreißig Jahre der Internetentwicklung vielfach im universitären Umfeld stattfanden. Dadurch ist die Internetkultur einerseits von einer kollaborativen, emanzipatorischen und offenen Kommunikationskultur, andererseits aber auch von einer libertär-meritokratischen Grundhaltung geprägt, die in der Netzkultur eine eigenwillige Symbiose eingehen. Ausdruck findet das in Arbeitsweisen ebenso wie in Symboliken, Begrifflichkeiten und Ähnlichem. Vieles davon ist in die Piratenpartei eingegangen.

### **JuPis**

JuPis ist die Abkürzung für Junge Piraten, die Jugendorganisation der Piraten, welche als selbstständiger Verein organisiert ist.

### **Kandidatengrillen**

Mit Kandidatengrillen wird das Befragungsritual beschrieben, das die Piraten im Vorfeld einer Wahl anwenden. Dabei werden die Bewerber für ein Amt ausgiebig nach politischen Positionen, Vorlieben und persönlichen Vorstellungen über das Amt oder vorherige politische Erfahrungen befragt.

### **Kegelklub**

Der Kegelklub ist eine lose parteiinterne Vereinigung, in der sich vor allem weibliche Mitglieder der Piraten aus dem Landesverband Berlin zusammengeschlossen haben. Der Kegelklub widmet sich schwerpunktmäßig geschlechterpolitischen Fragen und hat u. a. mehrere Mitgliederstudien erstellt. Die Positionen des Kegelklubs sind sowohl durch feministische Sichtweisen als auch durch die → Postgender-Perspektive geprägt.

### **LAN-Party**

LAN-Parties sind Treffen, bei denen mehrere Computerspieler über die in einem Netzwerk zusammengeschalteten Rechner gegeneinander Wettkämpfe austragen.

### **LimeSurvey**

LimeSurvey ist ein Tool zur Erhebung von Umfragen im Internet. Die Piraten setzen in einigen Landesverbänden diese Software ein, um kurzzeitig Stimmungsbilder in der Partei zu erheben. Auch eine bundesweite Befragung zur Organisation des Bundesparteitags 2013 wurde über LimeSurvey abgehalten.

### **Liquid Democracy**

Liquid Democracy ist eine demokratietheoretische Konzeption, welche die Grenzen zwischen repräsentativer und direkter Demokratie aufzulösen und deren Merkmale zu vermischen sucht. Während in der repräsentativen Demokratie die Differenz zwischen denjenigen, die Entscheidungen treffen (Agenten), und jenen, die sie dazu beauftragt haben (Prinzipale), konstitutiv ist, versucht Liquid Democracy diese Trennung zu vermindern und im besten Falle aufzuheben. Somit wird den Teilnehmern einer solchen Demokratie die Möglichkeit eröffnet, über konkrete politische Entscheidungen direkt mitzubestimmen oder ihre Stimme weitergeben zu können. Im Unterschied zur plebiszitären Demokratie wird bei Liquid Democracy durch die Einbindung von digitaler Kommunikation versucht, flexibel Aushandlungsebenen und Rückkoppelungsformen zu finden. Verfechter der Liquid Democracy erhoffen sich davon, dass wie in der attischen Demokratie die Bürger ihre Anliegen selbst wahrnehmen und zugleich der in Demokratien essenzielle Diskurs auch in der Großgesellschaft möglich bleibt. Kritiker verweisen auf die Selektivität der Verfahren und bemängeln die geringe Inklusionsleistung von aufwendigen Partizipationsweisen. Ein besonderer Kritikpunkt stellt dabei die verwendete Software dar. Die Piratenpartei setzt hier auf das System → LiquidFeedback.

### **LiquidFeedback**

LiquidFeedback ist der Name einer internetbasierten Diskussions-, Meinungsbildungs- und Abstimmungssoftware, die sich am demokratietheoretischen Konzept der → Liquid Democracy orientiert. LiquidFeedback ist in der Piratenpartei ebenso verbreitet wie umstritten und genießt bislang nur in wenigen Landesverbänden Satzungsrang. Nach Meinung vieler Befürworter des Systems bietet die Institutionalisierung von LiquidFeedback die Möglichkeit, das von der Partei angestrebte Ideal einer umfassenden Basispartizipation praktisch zu rea-

lisieren, indem die Parteibasis dauerhaft, verbindlich und flexibel an politischen Entscheidungen teilhaben kann. LiquidFeedback wird bereits von einigen Mandatsträgern und Fraktionen der Piratenpartei eingesetzt, um die Parteimitglieder bei ihrer politischen Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. Ein Vorteil des Systems besteht darin, demokratische Prozesse zeitlich, örtlich und thematisch zu flexibilisieren. Die Kritik am System selbst macht sich vor allem an technischen Mängeln und Defiziten in der Bedienbarkeit fest. Andererseits wird immer wieder der nicht aufzulösende Widerspruch zwischen dem Anspruch auf geheime Wahl und dem Ziel der Verbindlichkeit und Manipulationskontrolle ins Feld geführt.

### Mailinglisten

Mailinglisten sind ein eher klassisches Instrument der Internetkommunikation und können grundsätzlich als thematisch gegliederte elektronische Kettenbriefe beschrieben werden. Jede über die Liste verschickte Mail wird von allen Personen, die jene spezifische Liste abonniert haben, empfangen. Umgekehrt ist es damit auch jeder Person möglich, eine Nachricht über die Liste zu verschicken. Ein großer Teil der Kommunikation in der Piratenpartei vollzieht sich auf den Mailinglisten, die zudem als Instrument der Informationsverteilung genutzt werden. Jede Gliederungsebene und jeder Arbeitszusammenhang verfügt in der Regel über eine Mailingliste.

### Mem

Mem (Pl. Meme) ist ein internetspezifischer Begriff für einen sehr bekannten, klassischen, archetypischen oder auch nur in seiner Art sehr originellen Inhalt, der aufgrund dieser spezifischen Eigenschaft denkwürdig und ausreichend bekannt ist. Die genaue Form dieses Inhalts ist dabei ebenso wenig festgelegt wie die genauen Anforderungen, die nötig sind, damit ein Inhalt zum Mem wird. Ein bekanntes Mem ist beispielsweise „Where the hell is Matt?“ Die Videos des Amerikaners Matt Har-

ding, der an den verschiedensten Orten der Welt den gleichen Tanz tanzte, wurden millionenfach aufgerufen. Da Bekanntheit relativ ist je nach Größe der Gruppe, für die ein Inhalt produziert wird, ist die Bedeutung oder sinnstiftende bzw. prägende Wirkung eines Inhalts von außen nur sehr schwierig zu erfassen. Vielfach sind Meme auch einfach nur geflügelte Worte oder Aphorismen, die vor allem in Netzkreisen eine hohe Popularität genießen. Aktuelle oder klassische Meme sind vielfach Teil der innerparteilichen Kommunikation der Piraten.

### Microbloggingdienste

Siehe → Twitter

### Mumble

Mumble ist ein Programm, das für Chats benutzt werden kann. Hauptsächlich genutzt wird es jedoch für Gesprächskonferenzen via Internet. Mumble ist eine unter → OpenSource-Lizenz vertriebene Kommunikationssoftware und erfüllt im Grunde die gleichen Aufgaben wie die weit bekanntere Alternative Skype. Die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, Vorstände oder Arbeitszusammenhänge in der Piratenpartei nutzen Mumble, um ihre Sitzungen abzuhalten.

### My little Pony

Eine seit den 1980er Jahren populäre amerikanische Serie mit animierten Spielzeugponys, die seit einigen Jahren im Internet eine hohe Popularität gewonnen hat. Sie ist dort Teil der → Internetkultur, ein sogenanntes → Mem. Die Berliner Piraten haben in die Geschäftsordnung ihres Landesparteitags eine Regelung aufgenommen, dass eine Folge der Serie auf Antrag abgespielt werden kann. Dies wird angewandt, um hoch aufwallende Debatten zu befrieden.

### **Netzaktivisten**

Dieser Begriff bezeichnet diejenigen, die sich für Bürgerrechte im Internet einsetzen sowie jene, die das Internet nutzen, um ihre politischen Debatten und Ziele zu verbreiten.

### **Nerd**

Gemeinhin werden mit diesem Begriff Männer bezeichnet, denen ein Set von stereotypen Eigenschaften zugeschrieben wird: Interessen im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Fächer, hohe Kompetenz im Bereich der Computer- und Informationstechnik, die jedoch zulasten der Sozialkompetenz gehen. Ursprünglich in einem diffamierenden Sinne gebraucht, entfaltet der Begriff „Nerd“ seit einigen Jahren eine Art popkulturellen Siegeszugs, seitdem stereotype Merkmale, wie die große rechteckige Hornbrille, salonfähige Modeaccessoires oder Fernsehserien wie „The Big Bang-Theory“ zum Bestandteil der Populärkultur wurden. Analog zu diesem Prozess wurde der Aufstieg der Piratenpartei als politischer Siegeszug der Nerds beschreiben. Nicht wenige Piraten beziehen sich mit einer gewissen Ironie auf den Begriff Nerd, um ihre ambivalente Rolle zwischen Sub- und Populärkultur zu verorten.

### **OpenMind**

Die OpenMind ist eine jährlich von den Piraten ausgetragene Konferenz, auf der vor allem neue Ideen und inhaltliche Impulse für die politische Arbeit gesammelt werden. Auch werden dort strategische Debatten und innerparteiliche Vernetzungsprozesse vorangetrieben. Die OpenMind findet in der zweiten Jahreshälfte in Kassel statt und wird in Form eines → Barcamps organisiert.

### **OpenSource**

Der Ausdruck OpenSource bezieht sich auf ein Softwareprojekt, das einen speziellen urheberrechtlichen und organisatorisch offenen Status

aufweist. Softwareprogramme werden hier mittels offener Lizenzen zur freien Verfügung ins Netz gestellt. Damit werden diese zur Bearbeitung und Verbesserung durch interessierte, engagierte und qualifizierte Personen freigegeben. Die freie Enzyklopädie Wikipedia folgt ebenso dem OpenSource-Prinzip wie das Betriebssystem Linux. Im Umfeld derartiger Projekte hatte sich in den letzten Jahrzehnten eine soziale Szene entwickelt, die als historisches Vorfeld für die Entstehung der Piratenpartei und deren gesellschaftliche Verankerung zu betrachten ist. Auch die Organisationsstrukturen und -kultur der Piratenpartei selbst sind stark von der Idee und den Erfahrungen vieler Piraten in OpenSource-Projekten geprägt.

### **Pad**

Siehe → Etherpad

### **Plattformneutralität**

Plattformneutralität bedeutet, dass der Zugang zu einer Infrastruktur und deren Nutzung diskriminierungsfrei möglich sind. Jeder Nutzen, der sich unmittelbar aus der Verwendung von Infrastruktur ergibt, steht im Gegenzug auch der Allgemeinheit wieder zur Verfügung. Verschiedene Konzepte und Ideen der Piratenpartei, wie beispielsweise die Forderung eines fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs, lassen sich mit Hilfe des Aspekts der Plattformneutralität erfassen.

### **Pledgebank.com**

Hierbei handelt es sich um eine Internetplattform, auf der Personen Versprechen abgeben können, etwas zu tun, wenn eine bestimmte Zahl anderer es auch tun wird. Die Piraten nutzen diese Seite immer wieder zur Generierung von Spenden, die geleistet werden, wenn sich hinreichend viele andere Spender finden.

## Postgender

Postgender bezeichnet einen in der Geschlechterforschung entstandenen Ansatz, der sich für die Abschaffung von Geschlechterunterschieden einsetzt. Dieser Ansatz geht davon aus, dass sich erst durch die Differenzierung in unterschiedliche biologische Geschlechter die Diskriminierung nach dem gesellschaftlich konstruierten Geschlecht ergibt. Deswegen wird beispielsweise die Abschaffung geschlechtseindeutiger Vornamen oder der Verzicht auf nach dem Geschlecht differenzierten Statistiken eingefordert. In der Kritik steht dieser Ansatz, weil er dazu führe, real existente Unterschiede und Ungleichheiten zu missachten. Ein wesentlicher Teil der Piraten stuft sich als postgender ein. Zugleich wird an der Postgenderperspektive immer wieder erhebliche Kritik geübt.

## Shitstorm

Der mittlerweile von der Netz- in die Massenkultur gewanderte Begriff bezeichnet eine massive Welle von Kritik im Internet, die von einer großen Menge von Personen gegenüber einer Einzelperson oder einer bestimmten Gruppe formuliert wird. Im Gegensatz zu einem bloßen Sturm der Entrüstung haben Shitstorms die Tendenz, sich zu verselbstständigen und einen mehrheitlich vulgären, destruktiven und aggressiven Charakter anzunehmen. Gerade das Medium → Twitter fördert aufgrund seiner kommunikativen Charakteristika die Entstehung von Shitstorms, da die vorgegebene Zeichenbegrenzung eine Schlichtung von Konflikten durch detaillierte und differenzierte Beiträge verhindert. Bei den Piraten gehören Shitstorms aufgrund der intensiven Nutzung digitaler Kommunikationsmittel zum Parteialltag. Dabei tragen Shitstorms aufgrund ihres destruktiven und aggressiven Charakters oftmals dazu bei, inhaltliche oder strategische Positionierungen der Partei zu unterminieren.

## Stream

Ein Stream bezeichnet die Übertragung von Inhalten (Musik, Filmen, Podcasts, Veranstaltungen etc.) im Internet. Der Begriff geht auf den dabei notwendigen Datenstrom zurück, der entsteht, wenn live oder zeitversetzt die gesendeten Inhalte vom Sender zum Empfänger fließen, ohne dass die Daten auf dem empfangenden Rechner dauerhaft gespeichert werden müssen. Das umfangreiche Angebot an Videostreams von Parteitagen, Veranstaltungen oder → Barcamps der Piratenpartei ermöglicht zumindest partiell eine Teilhabe am Parteilernen unabhängig vom Wohnort und von den Ressourcen der Mitglieder.

## Twitter

Twitter ist ein webbasierter Microbloggingdienst. Mittels sogenannter Tweets, Kurznachrichten von maximal 140 Zeichen Länge, findet die chronologisch angeordnete Kommunikation über die sogenannte Twitter-Timeline statt. Twitter ist vor allem für aktive Piraten ein wichtiges Forum zur Verbreitung von Informationen und zur sozialen Interaktion.

## Vorratsdatenspeicherung

Die Vorratsdatenspeicherung beschreibt einen mittlerweile ersatzlos abgeschafften Gesetzentwurf, dem zufolge alle Anbieter von Telefondiensten verpflichtet werden sollten, sämtliche anfallenden Verkehrsdaten bei Kommunikation über Festnetz, Mobilfunk oder das Internet ausnahmslos für maximal sechs Monate („auf Vorrat“) zwischenspeichern. Die Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung ist für die politische Sozialisation vieler Piraten von hoher Bedeutung.

## Web 2.0

Web 2.0 ist ein Schlagwort für eine Evolutionsstufe des World Wide Web. Ein Web 1.0 wurde dabei erst retrospektiv identifiziert, als im Laufe der tech-

nischen Entwicklung deutlich wurde, dass sich die Kommunikationsstrukturen im Internet gewandelt hatten. Meist ist mit Web 2.0 eine Verschiebung von Produktions- und Konsumverhalten im Web gemeint. Zu Zeiten des Web 1.0 war es lediglich Experten vorbehalten, online Inhalte zu produzieren, weil die technischen Hürden entsprechende Qualifikationen voraussetzten. Mit zunehmender Massentauglichkeit des Internets wurden Grenzen zwischen Produzenten und Konsumenten weitgehend aufgelöst, wodurch kollaborative Prozesse in einem größeren Maßstab möglich wurden. Die Entwicklung der Piraten hat von der technischen und sozialen Verbreitung des Web 2.0 stark profitiert, da es die kulturellen, aber auch organisatorischen Voraussetzungen für eine Teilhabe an der Partei verbreiterte.

### **Whistleblower**

Whistleblower verraten als Insider Geheimnisse oder haben Zugang zu vertraulichen Dokumenten, die sie öffentlich machen. Durch das Internet ist die Verbreitung solcher Informationen vereinfacht worden. Eine Plattform wie Wikileaks hat sich dieser Form der Kommunikation verschrieben. Die Piraten treten dafür ein, Whistleblower zu schützen. Hier folgen sie den Ansprüchen der → Hackerkultur.

### **Wiki**

Ein Wiki ist ein Sammelbegriff für ein dezentral und kollaborativ betriebenes System, das es den Nutzern ermöglicht, nicht nur Inhalte zu lesen, sondern diese auch umgehend und nachvollziehbar zu verändern und zu editieren. Das bekannteste Wiki-basierte Projekt ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia. Innerhalb der Piratenpartei werden Wikis zur kollektiven Sammlung und öffentlichen Bereitstellung von organisatorischen und inhaltlichen Informationen benutzt.

### **#zensursula**

Ist sowohl ein → Hashtag als auch ein wichtiges Symbol der Protestbewegung gegen das Zugangserschwerungsgesetz. Der Begriff stellt eine Kombination aus dem Wort Zensur und dem Vornamen der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen dar. Geprägt wurde dieser Begriff im Zuge der Debatte um die Einführung des sogenannten Zugangserschwerungsgesetzes, das die Internetdiensteanbieter dazu anhielt, auf Anweisung von Polizeibehörden Websites mit kinderpornografischen Inhalten zu sperren. Die Gegner und Kritiker des Gesetzesvorhabens argumentierten hierbei, dass Sperrungen technisch ineffektiv, da sehr leicht zu umgehen seien und potenziell harmlose Internetauftritte ebenso treffen könnten, wodurch sie letztlich ihren Zweck verfehlten und darüber hinaus nicht das Problem an sich lösen würden. In Anbetracht dieser Umstände wurde das Vorhaben dieser Netzsperrungen als ein unverhältnismäßiger Eingriff in mutmaßliche Grundrechte der Bewegungsfreiheit im Netz und letztlich auch als Einstieg in eine allgemeine Zensur empfunden.

### **Zugangserschwerungsgesetz**

Siehe → #zensursula

## Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich/Daniel, Philip (2012): Politische Beteiligung: Wohin?, in: Asbach, Olaf/Schäfer, Rieke/Selk, Veith/Weiß, Alexander (Hg.), Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft, Wiesbaden, S. 189-194.

Altmaier, Peter (2011): Mein neues Leben unter Piraten, faz.net, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/digitales-denken/politik-und-internet-mein-neues-leben-unter-piraten-11493287.html> (aufgerufen 18.09.2012).

Appelius, Stefan/Fuhrer, Armin (2012): Das Betriebssystem erneuern, Alles über die Piratenpartei, Berlin.

Barbrook, Richard/Cameron, Andy (1997): Die kalifornische Ideologie, Wiedergeburt der Moderne?, Telepolis. Magazin der Netzkultur, <http://www.heise.de/tp/artikel/1/1007/1.html> (aufgerufen 12.05.2012).

Bartels, Henning (2009): Die Piratenpartei, Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung (Reihe Netzbürger 1), Berlin.

Bebber, Werner van (2011): Piratin Graf kündigt ihrem Freund wieder, Tagesspiegel Online, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/vorwurf-der-vetternwirtschaft-piratin-graf-kuendigt-ihrem-freund-wieder/5839292.html> (aufgerufen 24.10.2012).

Becker, Sven (2012a): Piraten als böse Stiefkinder, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/netzaktivisten-kritisieren-die-piratenpartei-a-872040.html> (aufgerufen 13.12.2012).

Becker, Sven (2012b): Sozial-liberaler Flügel setzt sich vom Schwarm ab, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/piraten-sozial-liberaler-fluegel-gruendet-eigenen-verein-a-872445.html> (aufgerufen 14.12.2012).

Becker, Sven/Kaiser, Simone/Latsch, Gunther/Schmidt, Fidelius/Theile, Merlind (2012): Selbst entzaubert, in: Der Spiegel, 43, 22.10.2012, S. 30-32.

Becker, Sven/Meiritz, Annett/Theile, Merlind (2012): Flaute, in: Der Spiegel, 31, 30.07.2012, S. 34 f.

Behrens, Jan/Kistner, Axel/Nitsche, Andreas/Swierczek, Björn (2012): LiquidFeedback-Entwickler distanzieren sich vom Einsatz ihrer Software in der Piratenpartei, <http://liquidfeedback.org/2012/09/17/liquidfeedback-entwickler-distanzieren-sich-vom-einsatz-ihrer-software-in-der-piratenpartei/> (aufgerufen 12.10.2012).

Bewarder, Manuel (2012): Das „geheime“ Programm der Piratenpartei, Welt Online, [www.welt.de/108884004](http://www.welt.de/108884004) (aufgerufen 04.09.2012).

Bewarder, Manuel (2013): Tschüss, Piratenpartei! So brauchen wir dich nicht, Welt Online, <http://www.welt.de/112930679> (aufgerufen 20.01.2013).

Bieber, Christoph (2010): Politik digital, Online zum Wähler, Salzhemmendorf.

Bieber, Christoph (2012a): Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7, S. 27-33.

Bieber, Christoph (2012b): Neu mal klug, in: The European, 4, S. 26-28.

- Bohnenkamp, Christian (2012): Piraten wollen Carsten Schulz loswerden, Neue Presse Online, <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Piraten-wollen-Carsten-Schulz-loswerden> (aufgerufen 31.01.2013).
- Borchard, Michael/Stoye, Sabine (2011): Einzug der Piratenpartei in das Berliner Abgeordnetenhaus – eine Analyse des Wahlergebnisses, Konrad Adenauer Stiftung, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28957-544-1-30.pdf?110930114956](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28957-544-1-30.pdf?110930114956) (aufgerufen 18.04.2012).
- Boyd, Ovid Pacific (2008): Differences in eDemocracy Parties' eParticipation Systems, in: *Information Polity*, 13, S. 167-188.
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2012): Die Parteien und das Wählerherz, [www.medpsy.uniklinikum-leipzig.de/red\\_tools/dl\\_document.php?id=282](http://www.medpsy.uniklinikum-leipzig.de/red_tools/dl_document.php?id=282) (aufgerufen 19.09.2012).
- Buck, Sebastian (2012): Liquid Democracy – eine Realisierung deliberativer Hoffnungen?, Zum Selbstverständnis der Piratenpartei, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 3, S. 626-635.
- Burger, Jörg (2012): Spuren der Macht, *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/2012/41/Piratenpartei-Berlin-Abgeordnetenhaus/komplettansicht> (aufgerufen 02.11.2012).
- Castells, Manuel (2005): *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden.
- Christmann, Karin (2012): Piraten-Abgeordneter nennt Frauenquote „Tittenbonus“, *Tagesspiegel Online*, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/chauvinismus-debatte-piraten-abgeordneter-nennt-frauenquote-tittenbonus/6659142.html> (aufgerufen 29.10.2012).
- Coleman, E. Gabriella/Golub, Alex (2008): Hacker Practice: Moral Genres and the Cultural Articulation of Liberalism, in: *Anthropological Theory*, 3, S. 255-277.
- Coleman, Gabriella (2011): Hacker Politics and Publics, in: *Public Culture*, 3, S. 511-516.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Bonn.
- Deckert, Sarah-Marie (2012): Kevin Barth findet „den Juden an sich unsympathisch“, *Tagesspiegel Online*, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/antisemitismus-in-der-piratenpartei-kevin-barth-findet-den-juden-an-sich-unsympathisch/6186544.html> (aufgerufen 16.04.2012).
- Dobusch, Leonard/Quack, Sigrid (2010): Urheberrecht zwischen Kreativität und Verwertung: Transnationale Mobilisierung und private Regulierung, *MPIfG Discussion Paper 10/6*, Köln.
- Dobusch, Leonard/Quack, Sigrid (2011): Auf dem Weg zu einer Wissensallmende?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28-30, S. 41-46.
- Dobusch, Leonard/Gollatz, Kirsten (2012): Piraten zwischen transnationaler Bewegung und lokalem Phänomen, in: *Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld, S. 25-40.
- Dobusch, Leonard/Pick, Yussi (2012): Alles fließt. Liquid Democracy in Theorie und Praxis, [dobusch.net](http://www.dobusch.net), [http://www.dobusch.net/pub/pol/Dobusch-Pick%282012%29Alles\\_fliesst-Liquid\\_Democracy\\_in\\_Theorie\\_und\\_Praxis-FINAL120219.pdf](http://www.dobusch.net/pub/pol/Dobusch-Pick%282012%29Alles_fliesst-Liquid_Democracy_in_Theorie_und_Praxis-FINAL120219.pdf) (aufgerufen 27.06.2012).
- Emmer, Martin/Wolling, Jens (2010): Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit, in: *Schweiger, Wolfgang/Beck, Klaus (Hg.), Handbuch Online-Kommunikation*, Wiesbaden, S. 36-72.

- Fischermann, Thomas (2012): Knappheit ist von gestern, Zeit Online, <http://www.zeit.de/2012/15/Piratenpartei-Wirtschaftspolitik/komplettansicht> (aufgerufen 11.04.2012).
- Fraenkel, Ernst (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt/Main.
- Freeman, Jo (2004): Tyrannei der Strukturlosigkeit. Ein Beitrag zu und aus der amerikanischen Frauenbewegung, all4all, <http://www.all4all.org/2004/03/625.shtml> (aufgerufen 31.01.2013).
- Glötz, Peter (1997): Die politische Krise als Kommunikations-Krise, Eine kommunikationswissenschaftliche Makroanalyse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36-37, S. 3-7.
- Guggenberger, Bernd (2012): „Verflüssigung“ der Politik – was dann?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 38-39, S. 10-17.
- Gürbüz, Recep (2011): Piratenpartei. Genese, Ziele, Struktur, Zukunftsaussichten, Wiesbaden.
- Haas, Stefanie/Hilmer, Richard (2012): Digitale Wutbürger oder Grüne 2.0? Zur Wählerstruktur der Piratenpartei, in: Schröder, Michael (Hg.), Die Web-Revolution. Das Internet verändert Politik und Medien, München, S. 175-200.
- Hank, Rainer/Meck, Georg (2012): Wenn Kunst und Kommerz sich küssen, faz.net, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/urheberrechtsdebatte-in-der-piratenpartei-wenn-kunst-und-kommerz-sich-kuessen-11733900.html> (aufgerufen 17.10.2012).
- Häusler, Martin (2011): Die Piratenpartei. Freiheit, die wir meinen. Neue Gesichter für die Politik, Berlin.
- Hensel, Alexander (2011): Warum die Piraten in Berlin so gut ankommen, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786016,00.html> (aufgerufen 25.04.2012).
- Hensel, Alexander (2012a): Das Milieu der Piraten, Erben der Internetkultur, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld, S. 41-51.
- Hensel, Alexander (2012b): Der verlockende Reiz des Neuen. Zur politischen Wirkung der Piratenpartei als nicht-etablierte Partei, in: Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 1, S. 105-112.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Walter, Franz (2012): Meuterei auf der Deutschland. Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Schmitz, Christopher (2013): „Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat“, Internetproteste, in: Walter, Franz/Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg, S. 265-298.
- Henzler, Claudia (2012a): Der Kandidatengrill, in: Süddeutsche Zeitung, 27.02.2012.
- Henzler, Claudia (2012b): Mumble für die Schnelligkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 27.03.2012.
- Hirscher, Gerhard (2011): Die Wählerschaft der PIRATEN-Partei, [http://www.hss.de/uploads/tx\\_ddceventsbrowser/111121\\_Argu-kompakt.pdf](http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/111121_Argu-kompakt.pdf) (aufgerufen 18.04.2012).
- Hönigsberger, Herbert/Osterberg, Sven (2012): Diskurs mit den Piraten. Eine sprachbasierte Lageanalyse und Empfehlungen zu einer Diskursstrategie, Heinrich Böll Stiftung, Berlin, [http://www.boell.de/downloads/201210\\_Studie\\_Diskurs\\_mit\\_den\\_Piraten.pdf](http://www.boell.de/downloads/201210_Studie_Diskurs_mit_den_Piraten.pdf) (aufgerufen 30.10.2012).

Honnigfort, Bernhard (2012): Gefährliche Eroberungen der Piraten, FR Online, <http://www.fr-online.de/politik/piratenpartei-im-aufwind-gefaehrliche-eroberungen-der-piraten,1472596,12000132,view,printVersion.html> (aufgerufen 29.03.2012).

Horst, Patrick (2012): Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012: SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 4, S. 524-543.

Jesse, Eckhard (2011): Das Abschneiden der kleinen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 und ihre Perspektiven, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, S. 179-197.

Kegelklub (2012): Ergebnisse der Umfrage des Kegelklubs zur Genderdebatte in der Piratenpartei. Wir machen das jetzt mit der Sachlichkeit, kegelklub.net, <http://kegelklub.net/blog/wp-content/uploads/2012/03/120310-Kegelklub-Auswertung.pdf> (aufgerufen 27.03.2012).

Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld.

Klecha, Stephan (2011): Minderheitsregierungen in Deutschland, Hannover.

Kleinert, Hubert (2012): Krise der repräsentativen Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 38-39, S. 18-24.

Kompa, Markus (2012): Merlind Theile – Kaffeesatz und Sitze im Café, <http://www.kanzleikompa.de/2012/11/04/merlind-theile-kaffeesatz-und-satze-im-cafe/> (aufgerufen 05.11.2012).

Koschmieder, Carsten (2012): Piraten und Possenreißer statt Politiker und Populisten. Eine Analyse der Anti-Establishment- und Anti-Parteienbewegungen in Europa, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09323.pdf> (aufgerufen 20.09.2012).

Koschmieder, Carsten (2013): Die Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 213-235.

Koß, Michael (2011): Die diskursiven Grundlagen der Politisierung des Schutzes der Privatsphäre: Einige Überlegungen am Beispiel der schwedischen Piratenpartei, in: Busch, Andreas/Hofmann, Jeanette (Hg.), Politik und die Regulierung von Information (Politische Vierteljahresschrift, Sonderband 46), Baden-Baden, S. 344-376.

Krätzig, Sebastian (2010): Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der neuen Konfiguration der Mehrparteienrepublik, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4, S. 91-98.

Kucklick, Manuela S. (2013): Die Piratenpartei und die Genderproblematik, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 149-174.

Lanier, Jaron (2010): Gadget. Warum die Zukunft uns braucht, Berlin.

Larsson, Linda (2011): Die schwedische Piratenpartei, <http://library.fes.de/pdf-files/id/o8574-20111102.pdf> (aufgerufen 14.02.2012).

Leggewie, Claus (2012): Den Laptop auch mal zuklappen. Zur Kritik der Distributionsmittel einer politischen Bewegung – eine skeptische Nachbetrachtung, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld, S. 233-240.

- Levy, Steven (2010): Hackers, Sebastopol/CA.
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias (2009): Die flüchtige Macht begabter Individualisten, in: Lorenz, Robert/Micus, Matthias (Hg.), Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden, S. 487-504.
- Mayer-Schönberger, Viktor (2011): Separated at Birth? Über die gesellschaftlichen Verfügungsmechanismen von Information am Beispiel Datenschutz und Urheberrecht, in: Busch, Andreas/Hofmann, Jeanette (Hg.), Politik und die Regulierung von Information (Politische Vierteljahresschrift, Sonderband 46) Baden-Baden, S. 190-207.
- Meiritz, Annett (2012): Geiz-Debatte entzweit Piraten, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/geiz-gate-debatte-um-mandatstraegerabgabe-wirbelt-piratenpartei-auf-a-847638.html> (aufgerufen 08.08.2012).
- Meiritz, Annett/Reißmann, Ole (2012): Piraten legen Reförmchen vor, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/piraten-legen-ersten-gesetzentwurf-zum-urheberrecht-vor-a-853630.html> (aufgerufen 14.12.2012).
- Merton, Robert K. (1985): Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenssoziologie, Frankfurt/Main.
- Meves, Helge/Krüger, Marian (2012): Zum Programmparteitag der Piratenpartei am 24./25.11.2012 in Bochum, Lafontaines Linke, [http://www.lafontaines-linke.de/wp-content/uploads/2012/11/Piraten\\_Krüger\\_Meves.pdf](http://www.lafontaines-linke.de/wp-content/uploads/2012/11/Piraten_Krüger_Meves.pdf) (aufgerufen 31.01.2013).
- Mouffe, Chantal (2010): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Bonn.
- Neumann, Felix (2011): Die Piratenpartei, Entstehung und Perspektive, <http://fxneumann.de/wp-content/uploads/2011/10/felix-neumann-piratenpartei-entstehung-und-perspektive.pdf> (aufgerufen 25.04.2012).
- Neumann, Felix (2013): Plattformneutralität. Zur Programmatik der Piratenpartei, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 175-188.
- Neumann, Tobias (2011): Die Piratenpartei Deutschland, Entwicklung und Selbstverständnis (Reihe Netzbürger 4), Berlin.
- Neumann, Tobias/Fritz, Johannes (2012): Die Piratenpartei – ein neues Demokratieverständnis?, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 3, S. 327-337.
- Niedermayer, Oskar (2010): Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 4, S. 838-854.
- Niedermayer, Oskar (2012): Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2011: Grün war die Hoffnung, die Realität ist rot-schwarz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1, S. 18-35.
- Niedermayer, Oskar (2013a): Die Wähler der Piratenpartei: Wo kommen sie her, wer sind sie und was bewegt sie zur Piratenwahl, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 63-73.
- Niedermayer, Oskar (2013b): Organisationsstruktur, Finanzen und Personal der Piratenpartei, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden, S. 81-99.

- o. V. (= ohne Verfasser) (2010): Piratenpartei verstrickt sich in Satzungs-Klein-Klein, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/o,1518,730251,00.html> (aufgerufen 30.04.2012).
- o. V. (2011): Piratenpartei entschuldigt sich für Datenpanne, Berliner Morgenpost Online, <http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1820817/Piratenpartei-entschuldigt-sich-fuer-Datenpanne.html> (aufgerufen 24.10.2012).
- o. V. (2012): Piratenpartei soll Wahlprogramm kopiert haben, ndr.de, [http://www.ndr.de/regional/schleswig-holstein/landtagswahlen\\_schleswig\\_holstein\\_2012/piraten315.html](http://www.ndr.de/regional/schleswig-holstein/landtagswahlen_schleswig_holstein_2012/piraten315.html) (aufgerufen 18.10.2012).
- Oberreuter, Heinrich (2012): Substanzverlust des Parlamentarismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 38-39, S. 25-31.
- Offe, Claus (2007): Was ist „Sozialliberalismus“?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 3, S. 28-31.
- Onken, Holger/Schneider, Sebastian H. (2012): Entern, kentern oder auflaufen? Zu den Aussichten der Piratenpartei im deutschen Parteiensystem, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3, S. 609-625.
- Paetau, Michael (2010): Die Piratenpartei, Vision einer freien Wissensordnung, in: Forum Wissenschaft, 4, S. 51-54.
- Paetau, Michael (2011): Parlamente geentert, Piraten an Bord, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10, S. 11-14.
- Palfrey, John G./Gasser, Urs (2008): Born Digital. Understanding the First Generation of Digital Natives, New York.
- Pappi, Franz Urban (2005): Cleavage, in: Nohlen, Dieter (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, München, Bd. 1, S. 104-106.
- Pariser, Eli (2012): Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden, München.
- Pergande, Frank (2012): Plagiatsvorwürfe beim Wahlprogramm, faz.net, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wahl-in-schleswig-holstein-2012/piratenpartei-in-schleswig-holstein-plagiatsvoruerfe-beim-wahlprogramm-11718946.html> (aufgerufen 18.10.2012).
- Pickel, Susanne (2012): Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger – ein Blick auf die Empirie, in: Weißeno, Georg/Buchstein, Hubertus (Hg.), Politisch handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen, Bonn, S. 39-57.
- Piratenpartei Deutschland (2011a): Bundestagswahl 2013/Wahlprogramm, [http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2013/Wahlprogramm](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm) (aufgerufen 16.10.2012).
- Piratenpartei Deutschland (2011b): Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland, Parteiprogramm der Piraten, [piratenpartei.de, http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/o/04/Grundsatzprogramm-Piratenpartei.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/o/04/Grundsatzprogramm-Piratenpartei.pdf) (aufgerufen 03.02.2012).
- Piratenwiki (2007): Mitglieder, [piratenpartei.de, http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder](http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder) (aufgerufen 19.12.2012).
- Plaum, Wätzold (2012): Die Wiki-Revolution. Absturz und Neustart der westlichen Demokratie, Berlin.

- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5-6, S. 3-9.
- Reinbold, Fabian (2012a): Das Piraten-Problem heißt Ponader, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-doppelruecktritt-bei-piraten-geht-es-gegen-ponader-a-863722.html#spRedirectedFrom=www> (aufgerufen 07.11.2012).
- Reinbold, Fabian (2012b): Piraten quälen sich durch Problem-Parteitag, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/piraten-parteitag-in-wolfenbuettel-a-845719.html> (aufgerufen 25.10.2012).
- Reinbold, Fabian (2013): Piraten im freien Fall: Wollt ihr überhaupt in den Bundestag, Piraten?, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-piratenpartei-muss-entscheiden-ob-sie-in-den-bundestag-will-a-878870.html> (aufgerufen 24.01.2013).
- Reißmann, Ole/Stöcker, Christian/Lischka, Konrad (2012): We are Anonymous. Die Maske des Protests. Wer sie sind, was sie antreibt, was sie wollen, München.
- Schmitt, Carl (1926): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München, Leipzig.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven, in: Shell Deutschland Holding GmbH (Hg.), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Bonn, S. 129-164.
- Schneider, Johannes (2012): Unmut unter den Piraten, Tagesspiegel Online, <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-parteitag-unmut-unter-den-piraten/7440032.html> (aufgerufen 29.11.2012).
- Schulte, Ulrich (2012): Holzkeule oder Wattebäuschchen, taz.de, <http://www.taz.de/!93720/> (aufgerufen 04.10.2012).
- Schütt-Wetschky, Eberhard (1991): Der freie Volksvertreter: Illusion oder Wirklichkeit? Zur Kritik der Lehre vom „Parteienstaat“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21-22, S. 15-23.
- Seemann, Michael (2012): Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld, S. 91-99.
- Siri, Jasmin (2012): Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form, Wiesbaden.
- Siri, Jasmin/Villa, Paula-Irene (2012): Piratinnen – Fehlanzeige Gender?, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld, S. 145-171.
- Sorge, Petra (2012): „Das ist nicht meine Partei“. Interview mit Stephan Urbach und Philip Brechler, Cicero Online, <http://www.cicero.de/berliner-republik/das-ist-nicht-meine-partei/52668> (aufgerufen 28.11.2012).
- SPD (2011): Abgeordnetenhauswahl Berlin. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

SPD (2012a): Landtagswahl Saarland. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

SPD (2012b): Landtagswahl Schleswig-Holstein. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis des Infratest-Dimap-Berichts für die SPD, Berlin.

Stalder, Felix (2011): Demokratie jenseits der Repräsentation. Der Erfolg der Piratenpartei beruht auf dem Wandel der Arbeit, in: Analyse & Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 565, 21.10.2011, [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak565/09.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak565/09.htm) (aufgerufen 20.03.2012).

Stark, Jens (2012): Schweizer Piraten mit neuem „Käpten“, computerworld.ch, <http://www.computerworld.ch/news/it-branche/artikel/schweizer-piraten-mit-neuem-kaepten-59374/> (aufgerufen 18.10.2012).

Stegbauer, Christian (2009): Wikipedia (Netzwerkforschung 2), Wiesbaden.

Stiefel, Hendrik (2012): Abschließende Statistiken #BPT122, <http://www.machmaldieaugenauf.de/2012/11/28/abschliessende-statistiken-bpt122/> (aufgerufen 22.01.2013).

Szpiro, George G. (2011): Die verflixte Mathematik der Demokratie, Berlin, Heidelberg.

Theile, Merlind (2010): Klar zum Kentern, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728903,00.html> (aufgerufen 30.04.2012).

Thiede, Patrick (2012): Schlawfl Segel bei den Piraten, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 04.09.2012.

Törne, Lars von (2011): Piraten heuern Konfliktschlichter an, Tagesspiegel Online, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/mediator-gesucht-piraten-heuern-konfliktschlichter-an/5924620.html> (aufgerufen 24.10.2012).

Unger, Simone (2012): Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken, Wiesbaden.

Wagner, Marie Katharina (2012): Die Piraten, Von einem Lebensgefühl zum Machtfaktor, Gütersloh.

Wallbaum, Klaus (2012a): Mobbing per Twitter bei der Piratenpartei. Schwere Vorwürfe nach dem Landesparteitag, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 08.02.2012.

Wallbaum, Klaus (2012b): Eine Partei und ihr Chaos, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 23.07.2012.

Walter, Franz (2013): Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts, in: Walter, Franz/Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg, S. 299-340.

Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen.

Wentzien, Birgit (2012): Orangene Revolution, in: The European, 4, S. 23 f.

Wenzlaff, Oliver (2012): Piratenkommunikation. Was die Eliten in Politik und Wirtschaft von den Piraten lernen können, Berlin.

Wiesendahl, Elmar (2006a): Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

Wiesendahl, Elmar (2006b): Parteien, Frankfurt/Main.

Wilde, Anna-Lena (2011): Piraten ahoi! Warum junge Menschen die Piratenpartei entern, Berlin.

Winkler, Jürgen R. (2012): Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012: Von Jamaika zur Großen Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3, S. 507-524.

Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian (2010): Die Piratenpartei, Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?, München.

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Europäische Piratenparteien bei Wahlen auf nationaler Ebene .....	9
Tabelle 2:	Bundesparteitage der Piraten .....	18
Tabelle 3:	Bundeschvorstände der Piratenpartei .....	24
Tabelle 4:	Mitgliedsbeiträge der deutschen Parteien .....	36
Tabelle 5:	Frauenanteil und Quotenregelungen im Vergleich .....	59
Tabelle 6:	Wählerwanderung Piraten .....	63
Tabelle 7:	Sonntagsfrage Piratenpartei .....	65
Tabelle 8:	Kleine Anfragen der Piraten .....	75
Tabelle 9:	Plenaranträge der Piraten .....	77
Tabelle 10:	Plenaranträge anderer Oppositionsparteien .....	77

## Hinweise zu den Autoren

**Dr. Stephan Klecha**, geboren 1978, hat Sozialwissenschaften in Göttingen studiert. Nach beruflichen Tätigkeiten an der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg arbeitet er jetzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine thematischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Veränderungen des Parteiensystems, Regierungsformate (insbesondere Minderheitsregierungen) und Wahlrecht.

**Alexander Hensel** (M.A.), geboren 1983, hat Politikwissenschaft, Philosophie sowie Medien- und Kommunikationswissenschaft in Göttingen und Madrid studiert. Er forscht seit 2009 zum Thema Piratenpartei und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine thematischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen soziale Bewegungen, Parteien und Internetkultur. Er betreut zudem den Blog und das Videoangebot des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

**Christopher Schmitz** (B.A.), geboren 1988, studiert Politikwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Seit 2012 arbeitet er zu sozialen Bewegungen sowie Protestformationen und Internetkultur. Weitere Arbeitsinteressen liegen in den Bereichen moderne politische Theorie und Krisendiagnosen der Demokratie.

## Danksagung

Studien wie diese sind letztlich nicht nur das Werk der Autoren. Ohne die großzügige Förderung der Otto Brenner Stiftung wie der Hans-Böckler-Stiftung hätte es keine Möglichkeit gegeben, derart umfänglich und empirisch weitläufig in das Thema einzusteigen. Ohne die Unterstützung von Professor Dr. Franz Walter wäre dieser Zweig der Parteienforschung am Göttinger Institut für Demokratieforschung wohl kaum so intensiv eingeschlagen worden. Und ohne die Zuarbeit, die Literaturrecherche und die Unterstützung bei der Erstellung des Glossars durch Christopher Schmitz wären wir wohl im Material schlicht ertrunken. Ebenso danken wir unseren Kollegen und Kolleginnen vom Göttinger Institut für Demokratieforschung, mit denen wir einzelne Aspekte und Thesen fortwährend gewinnbringend diskutieren konnten. Elke Habicht hat mit ihrem Lektorat dazu beigetragen, dass der Text noch flüssiger und lesbarer geworden ist.

Last but not least danken wir auch der Piratenpartei, deren Mitglieder uns nicht nur umfängliches Material bereitgestellt haben, sondern auch keine Scheu hatten, sich von uns zahlreich interviewen und umfangreich beobachten zu lassen.

Göttingen, im März 2013



*„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“ (Otto Brenner 1968)*

## Ausschreibung

# Otto Brenner Preis 2013

Es werden Beiträge prämiert, die für einen kritischen Journalismus vorbildlich und beispielhaft sind und die für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner stehen. Vorausgesetzt werden gründliche Recherche und eingehende Analyse.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von **47.000 Euro** dotiert, das sich wie folgt aufteilt:

<b>1. Preis</b>	<b>10.000 Euro</b>
<b>2. Preis</b>	<b>5.000 Euro</b>
<b>3. Preis</b>	<b>3.000 Euro</b>

Zusätzlich vergibt die Otto Brenner Stiftung:

**für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)**  
**den Otto Brenner Preis „Spezial“ 10.000 Euro**

**in Zusammenarbeit mit „netzwerk recherche e.V.“**  
**drei Recherche-Stipendien von je 5.000 Euro**

**für Nachwuchsjournalisten**  
**den „Newcomerpreis“ 2.000 Euro**

**und für Medienprojekte**  
**den „Medienprojektpreis“ 2.000 Euro**

## **Bewerbungszeitraum: 1. April - 31. Juli**

Die Bewerbungsbögen mit allen erforderlichen Informationen erhalten Sie unter:  
**[www.otto-brenner-preis.de](http://www.otto-brenner-preis.de)**

Otto Brenner Stiftung  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79  
60329 Frankfurt am Main  
E-Mail: [info@otto-brenner-preis.de](mailto:info@otto-brenner-preis.de)  
Tel.: 069 / 6693 - 2576  
Fax: 069 / 6693 - 2786

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der geförderten Projekte öffentlich

zugänglich und veröffentlicht z. B. die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“. Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 6. Dezember 2011 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Konto:	905 460 03	oder	161 010 000 0
BLZ:	500 500 00		500 101 11
Bank:	HELABA Frankfurt/Main		SEB Bank Frankfurt/Main

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Konto:	905 460 11	oder	198 736 390 0
BLZ:	500 500 00		500 101 11
Bank:	HELABA Frankfurt/Main		SEB Bank Frankfurt/Main

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 74**  
Alexander Hensel, Stephan Klecha  
**Die Piratenpartei**  
Havarie eines politischen Projekts?
- **OBS-Arbeitsheft 73**  
Fritz Wolf  
**Im öffentlichen Auftrag**  
Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge
- **OBS-Arbeitsheft 72\***  
Bernd Gäbler  
**Hohle Idole**  
Was Bohlen, Klum und Katzenberger so erfolgreich macht
- **OBS-Arbeitsheft 71\***  
Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz  
**„Bild“ und Wulff – Ziemlich beste Partner**  
Fallstudie über eine einseitig aufgelöste Geschäftsbeziehung
- **OBS-Arbeitsheft 70\***  
Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg  
**Marktordnung für Lobbyisten**  
Wie Politik den Lobbyeinfluss regulieren kann
- **OBS-Arbeitsheft 69**  
Sandra Siebenhüter  
**Integrationshemmnis Leiharbeit**  
Auswirkungen von Leiharbeit auf Menschen mit Migrationshintergrund
- **OBS-Arbeitsheft 68\***  
Bernd Gäbler  
**„... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“**  
Inszenierungsstrategien, redaktionelle Dramaturgien und Rolle der TV-Polit-Talkshows
- **OBS-Arbeitsheft 67\***  
Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz  
**Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde**  
Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010
- **OBS-Arbeitsheft 66**  
Rainer Weinert  
**Berufliche Weiterbildung in Europa**  
Was Deutschland von nordeuropäischen Ländern lernen kann
- **OBS-Arbeitsheft 65**  
Burkart Lutz unter Mitwirkung von Holle Grünert, Thomas Ketzmerick und Ingo Wiekert  
**Fachkräftemangel in Ostdeutschland**  
Konsequenzen für Beschäftigung und Interessenvertretung
- **OBS-Arbeitsheft 64**  
Brigitte Hamm, Hannes Koch  
**Soziale und ökologische Verantwortung**  
Zur Umsetzung des Global Compact in deutschen Mitgliedsunternehmen

\* leider vergriffen

**OBS**-Arbeitsheft 74

**Die Piratenpartei**

[www.piraten-studie.de](http://www.piraten-studie.de)  
[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)